Nr. 53. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 3. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Strich durch den Sprachenparagraphen.

Die Kommission des Reichstags zur Beratung des Reichsvereinsgesetzentwurfs hat am Montag mit einem gescheiten Streich die erste Lesung beschlossen: sie hat den berüchtigten § 7, den Ausnahmeparagraphen gegen die nichtdeutschen Nationalitäten, in Besonderheit gegen die Polen, abgelehnt. Der Freisinn hat es wirklich einmal gewagt, gegen den Blockstachel zu löken, er ist in der Hauptsache festgeblieben. Freilich hat er versucht, einen Kompromiß mit der Regierung und den Konservativen zu erlangen; er wollte in eine gewisse Erschwerung der polnischen Versammlungen willigen, aber sie völlig in die Willkür der Polizei zu geben, dazu konnte er sich trotz der drohenden Worte der Regierung und der Blockgenossen von der Rechten nicht entschließen. Und da sein Viertelsangebot der Rechten zu gering war, so fiel es mit dem § 7 und eine Lücke gähnt jetzt, wo jene Bestimmung stehen sollte, die den barbarischen Ausnahmegesetzkampf der preußischen Reaktion gegen die Polen in die Reichsgesetzgebung verpflanzen sollte.

Es ist eine verdiente, eine zehnfach und hundertfach verdiente Ohrfeige, die dieser Beschluß der Kommission der preußischen Regierung versetzt. Hundertfach verdient ist diese Brandmarkung der preußischen Polenpolitik, die so ungeheuerlich, so sehr wider alle Gebote zivilisierter Gesellschaft ist, daß selbst der Blockfreisinn davor zurückschreckt, sich zum Mitschuldigen an diesem Verbrechen wider die Kultur zu machen. Selbst der Blockfreisinn, der doch auf den Wink Bülows und vor dem Stirnrunzeln der Konservativen schon so vieles an Grundsätzen und Würde geopfert hat, der so vieles geschluckt, so manche starke Zumutung hingenommen hat, ohne zu mucken. Dieser auf den Fischbeck gekommene Freisinn, der um des Blocks willen, um der Stellung als Regierungspartei willen den letzten Rest von Liberalismus stückweise drangab, er hat hier eine Ablehnung gewagt, die den Block aufs höchste gefährden kann! Das hat er getan um des Sprachenparagraphen willen!

Es ist die schärfste, die schimpflichste Kennzeichnung der preußischen Polenpolitik, die denkbar ist. Selbst die Hörigen des Blocks versagen den preußischen Knebelmeistern den Gehorsam. Ein Brandmal für diese, das unverwischbar bleibt, selbst wenn die Hörigen schließlich doch noch zu Kreuze kriechen sollten!

Denn noch ist der Ausnahmeparagraph nicht gefallen. Der ersten Lesung folgt die zweite Lesung in der Kommission und ihr die zweite und dritte Lesung im Plenum des Reichstags. Da ist noch viel Zeit zum Kuhhandeln, zum Kompromisseln, zum Umfallen. Wie der Freisinn in der letzten, entscheidenden Abstimmung stimmen, ob er festbleiben wird gegen die bekannte Drohung deutscher Minister, daß das Gesetz scheitert, wenn die Volksvertretung sich nicht gefügig zeigt, das kann erst die Zeit ergeben. Das Bedürfnis des Freisinns, wenigstens einen positiven Erfolg seiner Blockverrätereien, einen wirklichen Gegenwert für eine lange Liste politischer Verluste seinen Wählern aufzeigen zu können, ist groß und dringend und könnte ihn schließlich dazu bringen, diesen Erfolg selbst durch die Zustimmung zu einem fluchwürdigen Ausnahmegesetz zu erkaufen. Aber er hat sich den Weg zu dieser Brücke zum Block durch seine Ablehnung in erster Lesung selbst erschwert und er muß sich bewußt sein, daß er den Nutzen, den ihm die jetzige Ablehnung einbringen kann, zehnfach aufs Spiel setzt, wenn er sich zum Mitschuldigen an diesem empörenden Stück preußischer Polenunterdrückung macht.

Die Arbeiterschaft hat neben den Polen besonderen Grund, den Sprachenparagraphen zu verdammen. Er ist auch zur Erschwerung ihrer Organisations- und Aufklärungsarbeit zu verwenden und die preußische Reaktion pflegt nichts umkommen zu lassen, was ihr dienen kann. Die Arbeiterschaft wird deshalb auch aus diesem Gesichtspunkt den Strich durch den § 7 freudig zustimmend begrüßen. Und sie wird während der ganzen Dauer der Beratung des Entwurfs auf der Wacht zu bleiben haben, um dem Freisinn den Nacken zu steifen und ihn am Umfallen zu hindern.

* * *

Bei den anderen Bestimmungen des Entwurfs sind in der Kommission einige kleine Verbesserungen erreicht worden. So ist namentlich die sehr gefährliche Bestimmung im § 9 geändert worden, wonach die Polizei zur Auflösung einer Versammlung berechtigt sein sollte, wenn einem Redner, dessen Ausführungen nach Ansicht des überwachenden Beamten den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten, vom Vorsitzenden nicht das Wort entzogen werde. Diese Fassung, die die Redner direkt der Polizeiwillkür unterstellt hätte, die selbst für Preußen eine erhebliche Verschlechterung des jetzigen Zustandes bedeuten würde, ist ersetzt durch eine Bestimmung, die sich im wesentlichen an die preußische Verordnung anlehnt. Sie bedroht die Versammlung dann mit Auflösung, wenn in ihr Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen enthalten. Es ist bezeichnend, daß dieses Festhalten an einer Bestimmung der bald 60 Jahre alten preußischen Verordnung aus der schlimmsten Reaktionszeit als eine Verbesserung des Reichsvereinsgesetzentwurfs bezeichnet werden muß und nicht minder bezeichnend, daß die Kommissionsmehrheit über diese Verordnung nicht hinwegzugehen wagte.

Sehr zaghaft sind auch alle anderen Schritte, die die Kommission über den Wortlaut der Regierungsvorlage hinaus gewagt hat. So zaghaft, daß es sich kaum verlohnt, sie im einzelnen zu betrachten. Die Anzeigepflicht für Versammlungen ist beibehalten, ebenso die Verpflichtung der politischen Vereine, Vorstandsliste und Satzungen einzureichen. Ein Recht der Bürger auf Versammlungen unter freiem Himmel haben die bürgerlichen Parteien nicht zu statuieren gewagt; es bleibt bei dem Recht der Polizei, solche Versammlungen zu verbieten; die einzige schüchterne Verbesserung ist, daß sie dieses Recht nur haben soll, wenn sie eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs befürchtet, während die Regierungsvorlage auch polizeiliche Befürchtungen für die öffentliche Ordnung und Sicherheit als Verbotsgründe gelten lassen wollte. In der polizeilichen Praxis wird der Unterschied nicht gerade überwältigend sein. Das hohe Strafmaximum von 600 Mk., das die Strafbestimmungen des Entwurfs vorsahen, ist auf 300 bezw. 150 Mk. herabgesetzt worden.

Eine Sicherung des Koalitionsrechts hat dagegen die Kommissionsmehrheit in das Gesetz zu bringen sich geweigert und den § 16, der die schändlichen Ausnahmebestimmungen gegen die ländlichen Arbeiter und Dienstboten, die ihnen das Koalitionsrecht nehmen, für absehbare Zeit konservieren soll, hat die Kommission nicht hinausgebracht. Es soll nach dem Willen der Mehrheit bei diesem schreienden Unrecht bleiben.

Die Konservativen haben beim § 2 heftige Vorstöße gegen das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen und der Jugendlichen gemacht. Da sie wohl einsahen, daß selbst ihre nächsten Bankgenossen, die Nationalliberalen, nicht dafür zu haben sein würden, die Entrechtung der Frauen aufrecht zu erhalten, wie sie die preußische Verordnung ausspricht, (die sie mit Schülern und Lehrlingen zu den Unmündigen zählt), so beschränkten die Herren sich darauf, den Frauen wenigstens das Recht des Zutritts zu den Wählerversammlungen streitig zu machen, natürlich „um der Würde der deutschen Frauen willen"! Die Kommission hat sie abfallen lassen. Um so mehr bestanden sie nun auf der Entrechtung der Jugendlichen. Auch darin haben die Konservativen in der ersten Lesung nichts erreicht. Aber die Gefahr besteht, daß ihnen in der zweiten Lesung der Freisinn die Jugendlichen zum Opfer bringt. Herr Müller-Meiningen hat in der Kommission Andeutungen gemacht, daß in der zweiten Lesung eine Einigung in diesem Punkt auf Grund einer Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens möglich sein werde. In einem wichtigen Stück wäre demnach der Freisinn bereit, noch hinter die Regierungsvorlage zurückzugehen. Noch dazu ohne jeden zwingenden Grund, da die Regierung die Vorlage nicht scheitern lassen könnte wegen Ablehnung eines konservativen Verschlechterungsantrags, den sie selbst nicht gefordert hat. Kommt der Freisinn hier wirklich den Konservativen entgegen, so tut er es lediglich im Interesse der Blockpolitik.

Die Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt der Entwurf, wie ihn die Kommission gestaltet hat, nicht entfernt. Die Sozialdemokratie hat nach Kräften auf Verbesserungen gedrungen; das wenige, was erreicht ist, kommt auf das Konto ihres unablässigen Drängens ihrer scharfen Kritik. Sie wird weiter dafür kämpfen, daß die zweite Lesung dieses Wenige nicht wieder streicht. Und die Arbeiterschaft muß ihre Partei dabei kräftig unterstützen.

Schluß der Heimarbeiterdebatte.

Der letzte Tag der ersten Lesung der zwei Gewerbegesetze im Reichstage drehte sich fast ausschließlich um die Heimarbeit. Es war einem Freisinnigen, dem im Meininger Oberland gewählten Schuldirektor Enders, vorbehalten, der Heimarbeiteraussstellung in Berlin etwas am Zeuge zu flicken, indem er die Behauptung aufstellte, sie sei tendenziös auf die Herauskehrung der schlechten Seiten der Heimarbeit zugeschnitten gewesen.

Uebertrumpft wurde der Freisinnige dann aber von dem nationalliberalen Lizentiaten und Sekretär des evangelischen Bundes Herrn Dr. Everling. Im Stil und Ton eines Kanzelredners, der eine kindliche Freude über alle Einrichtungen in dieser schönen Gotteswelt erkünstelt, um das Volk, den dummen Michel, zur demütigen Erduldung aller der Erniedrigungen und Entbehrungen zu erziehen, die ihm der Kapitalismus aufbürdet, pries er das Los der Heimarbeiter in ihren schmucken Wohnungen beim genußreichen Zusammenarbeiten der ganzen Familie. Vor Entzücken verdrehte er die Aeuglein und wedelte das Köpflein wie ein vergnügtes Lämmerschwänzchen, als er von einem alten Paar erzählte, einem Ebenbild von Goethes Philemon und Baucis, die er in ihrem Heim bei der Zigarrendreherei angetroffen und die er beglückwünscht habe, daß sie so einträchtiglich zusammen ihre Tagesarbeit verrichten könnten, während er in Berlin, fern von der liebenden Gattin, seine schweren Pflichten als Reichstagsabgeordneter in trüber Einsamkeit verrichten müsse. Daß die beiden alten Leute das als bitteren Hohn empfunden haben, hat Herr Everling in seiner pfäffischen Selbstgefälligkeit offenbar ebensowenig empfunden, wie er es begriff, daß im Reichstage seine Versuche, das Elend der Heimarbeiter mit dem Zuckerguß seiner frömmelnden Süßlichkeiten zu überziehen, bei den wirklichen Kennern jener grauenhaften Ausbeutung ganzer Familien ein Gefühl tiefsten Ekels erzeugen mußten.

Da bekundete der Pfarrer Naumann immerhin ein besseres Verständnis für die Zustände, die die Heimarbeit geschaffen. Er meinte, es komme darauf an, die Hausindustriellen aufzurütteln aus der völligen Verzagtheit, in die der Kapitalismus sie hinabgedrückt hat, und sie zu neuem Lebensmut zu erwecken. Sein soziales Empfinden trat aufrichtig zutage, sein soziales Verständnis versagte jedoch, als er auf die Mittel zu sprechen kam, mit denen Abhülfe geschaffen werden könnte. Er meinte, das wohlhabende Publikum solle keine Waren kaufen, die für Schundlöhne in der Hausindustrie hergestellt seien. Als ob das Publikum je ernstlich kontrollieren wolle oder werde, woher die preiswerten Waren im Laden stammen! Gegen das von der Sozialdemokratie geforderte schrittweise Verbot der Hausarbeit hatte er einzuwenden, es mache die Arbeiter brotlos. Als ob dann nicht die Fabrikanten genötigt sein würden, die Produktion in Arbeitsräume zu verlegen, die den gesetzlichen Schutzbedingungen entsprächen! Kurz, Herr Naumann redete ebenso ethisch, aber auch ebenso unpraktisch wie weiland der Oberstleutnant Egidy.

Der freisinnige Fabrikant Günther aus dem Vogtland vertrat wieder den Standpunkt der „wohlwollenden" Fabrikanten, der die Hausindustrie für reformbedürftig, aber unentbehrlich erklärt, „im Interesse der Arbeiter" natürlich.

Genosse Stadthagen schälte aus dieser Hülle des Wohlwollens für die Arbeiter den Kern, die Rücksicht auf die Unternehmerinteressen heraus. Nicht der Arbeiter, sondern der Ausbeutung wegen wolle man die Hausindustrie erhalten. Der angeblich versittlichende Einfluß der Kinderarbeit sei ein Unternehmertrick, den schon in den vierziger Jahren die englischen Unternehmer für die grauenhafteste gesundheitzerstörende Kinderausbeutung vorgebracht hätten. Wenn Herr Naumann, an der völligen Beseitigung des Elends verzweifelnd, auf die Armenpflege hingewiesen habe, so sei das die Bankrotterklärung der kapitalistischen Sozialreform. Die Sozialdemokratie scheue auch hier nicht davor zurück, ganze Arbeit zu machen.

Dann ging Stadthagen noch ausführlich auf die Mängel der Novelle zum Gewerbegesetz ein, die fast durchweg hinter den berechtigten Erwartungen zurückgeblieben sei. Die zehnstündige Arbeitszeit der Frauen würde durch die vielen Ausnahmebestimmungen nahezu illusorisch gemacht. Nicht einmal der Sonnabendnachmittag solle völlig freigegeben werden. In der Kommission müsse darauf hingearbeitet werden, diese Mängel abzustellen sowie für die Sicherung des Koalitionsrechts hinzuwirken. Der Arbeitsvertrag sei die ökonomische Zufluchtsstätte für Millionen Menschen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß den Arbeitern die wirkliche Gleichberechtigung gewährleistet werde.

Die Zentrumsabgeordneten Schiffer und Erzberger versuchten, zwischen der Stellung der anderen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie die mittlere Linie zu finden. Herr Erzberger machte dabei den Verschlag, den § 152 der Gewerbeordnung überhaupt zu streichen, da er nur als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter wirke.

Die Regierung hielt es nicht für nötig, in die Debatte einzugreifen. So gingen denn die beiden Gesetzentwürfe an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Klassenkampf oder Illusionspolitik.

Auf unseren Artikel „Verleugnung des Klassenkampfes" antwortet Genosse Südekum in der „Sächsischen Arbeiterzeitung". Auch die Redaktion dieses Parteiblattes wendet sich gegen unsere Darlegungen. Obwohl die Entgegnungen zweieinhalb Spalten Raum einnehmen, bieten sie leider sehr wenig Anhalt zu einer sachlichen Diskussion. Südekum und die „Sächsische Arbeiterzeitung" wiederholen einfach in allerhand gewundenen und unbestimmten Wendungen die Redensarten, deren Richtigkeit und Irrigkeit wir gerade dargetan haben. „Tief blicken" läßt es aber immerhin, daß Südekum die Führung des Wahlrechts- und Wahlkampfes vom Standpunkte des Klassenkampfes aus, d. h. die Belehrung der Wähler über die wirtschaftlichen Triebkräfte und Gegensätze innerhalb der Gesellschaft und Parteien, „Sektentaktik" und „Absonderungsmethoden" nennt. Da sich von preußischen Parteiblättern eigentlich nur die Magdeburgische „Volksstimme" durch Abdruck des Artikels Südekums auf dessen Seite gestellt hat, hoffen wir, daß die preußische Sozialdemokratie den Wahlkampf trotz des revisionistischen Ekelnamens „Sektentaktik" im Geiste dieser Taktik, der sozialistischen, führen wird.

Aber ein Argument hat Südekum doch vorzubringen. Die Sozialdemokratie, meint er, brauche doch nicht zu beweisen, daß der Freisinn, dem wirtschaftlichen Interesse seiner herrschenden Unternehmerkreise gemäß, nicht für die Gleichberechtigung des Proletariats eintreten könne. Man brauche nur die an der Demokratie interessierten Elemente des Freisinns zu veranlassen, die Verwirklichung der freisinnigen Programmforderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts energisch zu verlangen. Gäbe der Freisinn dann seine Programmforderung preis, so sei gerade das die beste Aufklärung über die vorhandenen Klassengegensätze.

Das klingt leidlich, ist aber doch nur bloßes Gerede. Der Freisinn wird natürlich nicht so einfältig sein, seine Programmforderung

offensichtlich zu verleugnen. Es wird pathetisch das allgemeine gleiche Wahlrecht fordern. Er wird auch dafür stimmen, wie er das ja am 10. Januar schon getan hat. Schließlich aber wird er sich dann doch mit einem Kompromißwahlrecht abspeisen lassen, und er wird dann noch damit renommieren, daß er wenigstens etwas herausgeschlagen habe. Und vom Standpunkt des parlamentarischen Wahlrechtskampfes aus wird ihm schließlich auch kein Mensch einen Vorwurf daraus machen können, daß er schließlich akzeptierte, was zu bekommen war. So lange also die Kritik an der Oberfläche haftet, sind die Karten des Freisinns so leicht nicht aufzudecken!

An schönen Ausreden wird es dem Freisinn also nicht fehlen, und die Anhänger, die die Blockpolitik nicht zur Sozialdemokratie trieb, werden sich auch mit der „Politik des Erreichbaren" begnügen, sofern sie die Führer mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht nur auf die Zukunft vertrösten. Der Freisinn wurstelt dann eben weiter, trotz konservativ-liberaler Paarung und trotz Wahlrechtsverrats.

Will man die demokratischen Elemente des Freisinns aufklären, so darf das nicht den politischen Ereignissen selbst überlassen werden, sondern man muß den Wählern die Handlungen des Freisinns im Lichte des Klassenkampfes zeigen. Und wir sollten meinen, daß das Maß der Freisinnssünden bereits ein so gerüttelt volles sei, daß es wahrhaftig nicht noch weiterer Sünden bedürfte, um Arbeiter, Kleinbürger und Intellektuelle durch prinzipiell-sozialistische Beleuchtung der Freisinnspolitik zur Sozialdemokratie herüberzuziehen! Denn nur dadurch, daß sie sich der proletarischen Klassenbewegung anschließen, bedeuten sie eine Verstärkung der Armee der Wahlrechtskämpfer und des von ihr ausgehenden Druckes; innerhalb des Freisinns bilden sie eine ohnmächtige, immer wieder vertröstete und dann stets von neuem düpierte Minorität, deren politische Energie völlig brachgelegt ist. Soll aber der Freisinn, und sollte das Zentrum wirklich durch Stimmenverluste zu Konzessionen an die Demokratie zu zwingen sein, so wäre gerade das Mittel des Klassenkampfes und der durch ihn verursachten Schwächung dieser Parteien das einzige Mittel, das widerstrebende Bürgertum nach links zu drängen.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung" meint, es bedürfe nicht der Wiederholung der Klassenkampfaufschrift auf jedem Artikel. Sicherlich nicht — aber wenn Genossen wie Südekum und andere mehr Wahlbetrachtungen anstellen, die der sozialistischen Auffassung des Klassenkampfes geradezu mit Fäusten ins Gesicht schlagen, so ist es leider notwendig, solche Genossen wieder einmal an das ABC des Sozialismus zu erinnern. Zudem handelt es sich gar nicht um einen theoretischen Streit, sondern um etwas eminent Praktisches und Wichtiges: die Taktik des bevorstehenden Wahlkampfes! Und wenn die „Münchener Post" dem Genossen Südekum durch die unverblümte Parole beispringt: „Der preußische Wahlrechtskampf — kein proletarischer Klassenkampf" — so ist das erst recht ein Beweis für die Notwendigkeit, alle Versuche, die proletarische Wahlkampftaktik auf die revisionistischen Abwege einer unfruchtbaren Illusionspolitik zu bringen, schon im Keime zu ersticken! —

Die englische Schulvorlage.

London, 26. Februar. Seit sechs Jahren befindet sich England in einer Volksschulkrise. Es handelt sich dabei nicht um den Unterricht weltlicher Gegenstände oder um bessere pädagogische Methoden, sondern um die Form des Religionsunterrichts. Es ist ein Kampf der verschiedenen religiösen Sekten, der nur durch die Verweltlichung der Schule, durch die Trennung von Staat und Religionsunterricht endgültig beseitigt werden könnte. Aber diese logische Lösung wollen weder die Konservativen noch die Liberalen annehmen. Die Logik, sagen die Engländer, ist revolutionär, und zu einer Revolution darf man nur greifen, wenn alle Mittel, die die Erfahrung sonst bietet, vollständig versagen. Seit 1902 hatten wir mehrere Unterrichtsvorlagen, die teils von den demokratischen Sekten, teils vom Oberhause verworfen wurden, so daß die liberale Regierung abermals gezwungen ist, mit einer neuen Vorlage hervorzutreten. Es ist indes recht zweifelhaft, ob sie, wenn angenommen, das Land befriedigen würde.

England und Wales (also ohne Schottland und Irland, die ein eigenes Schulwesen haben) besitzen zweierlei Volksschulen: öffentliche und freiwillige. Die öffentlichen Volksschulen werden von den Gemeindesteuern und Staatszuschüssen erhalten und sind paritätisch: der Religionsunterricht besteht aus der Bibel und den allgemeinen Glaubensgrundsätzen des Christentums. Die freiwilligen Volksschulen sind konfessionell und werden von freiwilligen Gaben ihrer Anhänger und von Staatszuschüssen erhalten.

Die Konservativen ziehen konfessionelle Schulen vor, die Liberalen sind für paritätische Schulen. Die ersteren würden, wenn sie nur könnten, den konfessionellen Schulen die Gemeindesteuern zur Verfügung stellen. Dagegen sagen die Liberalen, daß die Zahlung von Gemeindesteuern für Schulzwecke auch die Beherrschung der Schule durch die Gemeinde und die Befreiung der Lehrer von konfessionellen Prüfungen einschließt. Hinzu kommt noch, daß die Nonkonformisten (die von der Staatskirche losgelösten protestantischen Sekten) sich dagegen wehren, für die Schulen der Staatskirche zu steuern. Mit diesen Schwierigkeiten muß die liberale Regierung rechnen und bei der Abfassung einer Unterrichtsvorlage irgend ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Forderungen und Richtungen finden.

Die neue Vorlage bestimmt: Eine Volksschule ist im allgemeinen eine öffentliche Schule, die der Beherrschung durch die Gemeinde untersteht und die von den Lehrern keine andere als wissenschaftliche und pädagogische Befähigung verlangen darf. Der Schulzwang kann nur von den Behörden der öffentlichen Schulen ausgeübt werden.

Die freiwilligen (konfessionellen) Schulen sollen auch fernerhin bestehen. Nur muß der weltliche Unterricht die Höhe des in den öffentlichen Schulen erteilten erreichen, worüber die öffentlichen Schulinspektoren zu entscheiden haben. Sie erhalten Staatszuschüsse, aber ihre finanzielle Grundlage soll auch fernerhin aus freiwilligen Gaben bestehen. Der Schulbesuch der Kinder kann von solchen Instituten nicht erzwungen werden.

Kleine Dorfschulen, die mindestens 30 Schüler haben, sollen der Gemeinde unterstellt, also zu öffentlichen Schulen gemacht werden. Der Unterricht soll entweder weltlich oder paritätisch sein; jedoch steht es den Eltern frei, ihren Kindern an Sonnabenden und Sonntagen in den Schulgebäuden konfessionellen Religionsunterricht durch Geistliche erteilen zu lassen.

Im Namen der Arbeiterpartei sprach Genosse Macdonald gegen die Vorlage und zeigte, daß die einzige logische und praktische Lösung die Verweltlichung der Schule sei. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März 1908.

Der Bankrott des Strafvollzuges.

Das Dreiklassenparlament beendete heute die zweite Lesung des Etats für das Ministerium des Innern. Zu lebhaften Erörterungen kam es bei dem Kapitel „Landgendarmen", über deren schlechte Besoldung ebenso zu klagen ist wie über die aller anderen preußischen Staatsproletarier. Müller-Berlin, der Entdecker des Generalstreiks vom 18. März, forderte naiv Wahlfreiheit für die Gendarmen, mußte sich aber von dem Zentrumsabgeordneten Busch darauf hinweisen lassen, daß selbst Naumann den schweren Fehler begangen hat, eine Erneuerung des alten bismärckischen Beamtenerlasses für die Wahlen zum Landtage für 1908 zu fordern. Das war allerdings in der Zeit, als des Freisinns rosiger Optimismus im Fürsten Bülow noch einen Wahlrechtskämpfer sah.

Beim Kapitel „Fürsorgeerziehung" wurde lebhaft über den Mißerfolg der Fürsorgeerziehungsanstalten geklagt, wobei nebenbei wiederum zum Vorschein kam, daß die Fürsorgezöglinge zum großen Teil in schwerer Arbeit für geringen Lohn ausgebeutet werden. Auf die wahren Gründe des Mißerfolges der Fürsorgeerziehung wies keiner hin. Sie sind bei den Enthüllungen aus dem Greifswalder Mädchenheim der Oeffentlichkeit bekannt geworden und bestehen in Prügeln, kulturwidriger Behandlung, mangelhaftem Unterricht und Frömmelei. Wegen der Enthüllungen über das Greifswalder Mädchenheim haben übrigens der Regierungspräsident und der Minister des Innern die vor Monaten so stolz angekündigte Klage bis heute noch nicht erhoben. Aehnliche Gründe liegen dem Mißerfolge der Strafanstalten zugrunde. Der Abg. Rosenow machte den ganz vernünftigen Vorschlag, zu Gefängnisdirektoren nicht ausschließlich ausgediente Offiziere, und zu den schlecht besoldeten Gefängnisärzten nicht ausschließlich viel beschäftigte Privatärzte nebenamtlich anzustellen. Die tieferen Gründe für das Versagen aller Versuche, die Kriminalität einzuschränken, liegen natürlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen, von denen man im preußischen Privilegienparlament nicht spricht, in der Not und dem Elend der breiten Masse. Die Konservativen und das Zentrum aber wollen die Strafvollstreckung durch brutalere Behandlung der Strafgefangenen und durch ihre Unterbringung in — konfessionell getrennten Anstalten verbessern. Alle Strafanstalten sollen dem Ministerium des Innern unterstellt werden, von dem man noch skrupelloseres Vorgehen erwartet, als vom preußischen Justizministerium. Nebenbei klagte dieser in Preußen herrschende Block der unbedingten Kulturfeinde über die hohen Kosten der Fürsorgeerziehung, der Unterbringung geisteskranker Verbrecher und der Strafanstalten. Nachdem man heute zur Hebung der Kultur in Preußen Prügel gegen die Strafgefangenen vorgeschlagen hat, wird man sich morgen im Abgeordnetenhause wieder mit dem vom Herrenhause nur schwach beschädigten Kulturwerk der Polenenteignungsvorlage beschäftigen. —

Kein Bündnis mit der Sozialdemokratie!

Die Tante Voß erklärt hochnäsig, daß der Freisinn es ablehne, ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie anzustreben, „die bei den Landtagswahlen ihre Front nahezu ausschließlich gegen den Freisinn richtet". Der brave Freisinn! Seinen Stolz würde es gar nicht verletzen, wenn die Sozialdemokratie ihn unterstützte, ohne irgendwelche Gegenleistung zu verlangen! Ja, der Freisinn fände es ganz in der Ordnung, wenn die Sozialdemokratie überhaupt auf jedes selbständige Eingreifen in den preußischen Wahlkampf verzichtete. Der Freisinn hat zwar 1903 im ganzen nur 89 000 Wähler aufgebracht gegen 314 000 sozialdemokratische Wähler, er hat speziell in Berlin 122 000 sozialdemokratischen Wählern nur 20 000 freisinnige Wähler entgegenzustellen vermocht — allein der wackere Freisinn würde es nur als einen selbstverständlichen Tribut der Hochachtung betrachten, wenn die Sozialdemokratie zugunsten des Freisinns bescheidentlich von der Wahlstatt verschwände. Da wir diesen Gefallen dem bescheidenen Freisinn nicht tun können, sondern auf politischem Gebiete dem liberalen Prinzip des freien Wettbewerbes huldigen, schleudert uns die Tante Voß die vernichtende Anklage ins Gesicht, daß wir unsere Front besonders gegen den Freisinn richteten. Mit größerem Rechte könnten wir als die Stärkeren dem Freisinn den Vorschlag machen, doch einfach zu unseren Gunsten auf selbständige Wahlbeteiligung zu verzichten und gleich sozialdemokratische Wahlmänner zu wählen! Aber daran denken wir ja nicht, wir gönnen dem Freisinn gern jeden ehrlich erkämpften Erfolg, sei es auch gegen uns. Wohl aber war die Sozialdemokratie 1903 bereit, den Freisinn zu unterstützen, wo sie zu seinen Gunsten den Ausschlag gab, sofern sich der Freisinn durch bindende Verpflichtung bereit erklärte, auch seinerseits die Sozialdemokratie zu unterstützen. Die maßgebenden Freisinnskreise lehnten das 1903 ab, sie verlangten die sozialdemokratische Unterstützung ohne jede Gegenleistung! Darauf lautete natürlich die sozialdemokratische Parole: **Gewehr bei Fuß!**

Die „Vossische Zeitung" erklärt nun, daß der Freisinn auch diesmal kein „Bündnis mit der Sozialdemokratie" anstreben werde. Das macht uns nicht unglücklich! Mag der Freisinn sehen, wie weit er mit der Unterstützung der Reaktion kommt. Es ist ja bereits ein nationalliberal-freisinniges Bündnis im Werke. Mag der Freisinn sich mit der Partei verbrüdern, die am 10. Januar 1908 **gegen die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gestimmt hat!** Um so wirksamer wird die Sozialdemokratie den Freisinn bekämpfen können! Wenn der Freisinn sich selbst zu den Wahlrechtsgegnern gesellt und Wahlrechtsfeinden **aktiv oder passiv zum Siege verhilft**, so kann es dem Proletariate um so gleichgültiger sein, wie viele der Gegner des gleichen Wahlrechts der offenen Reaktion angehören und wie viele der verkappten Reaktion! —

Zur Gemütsberuhigung.

Die „Freisinnige Zeitung" vom Sonntag, **den 1. März**, verbreitet die Ente, daß die „Zentralleitung der sozialdemokratischen Partei" für den 18. März den Generalstreik anordnen werde.

Die „Freisinnige Zeitung" hat offenbar etwas läuten hören, sie weiß aber nicht, wo die Glocken hängen.

Zur Gemütsberuhigung der „Freisinnigen Zeitung" und der von Herrn Müller-Sagan bereits im voraus mobil gemachten Polizei sei bemerkt, daß bereits seit Wochen von den

Kulturpolitische Glossen.*)

Vom nationalen Gefühl und der Nationalitätsfimpelei.

Eine russische Genossin, die jahrelang die aufreibende Kleinarbeit der sozialistischen Agitation unter den russischen Arbeitern leitete, in den Tagen der siegreichen Revolution die proletarischen Organisationen mächtig emporwachsen und dann unter dem Schreckensregime der Diktatur zusammenstürzen sah, kam nach Berlin und unterrichtete sich über die sozialistische Bewegung in Deutschland. Sie merkte sich die großen Zahlen der deutschen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Organisationen, die Stimmenabgaben, die Vertretungen in den verschiedensten Wahlkörperschaften, die Auflagen der Zeitungen, sah sich das große Haus des „Vorwärts" an, sah die Ungetüme von Rotationsmaschinen, welche die Aufgabe haben, das geistige Destillat des Sozialismus, um das sich mehrere starke Männer im Oberstübchen der Redaktion bemühen, mittels Druckerschwärze auf zahllose Zeitungsblätter zu übertragen; und nachdem sie das alles wahrgenommen hatte, sagte sie:

— Wenn ich sehe, wie großzügig, wohlgeordnet und festgefügt hier alles ist, so empfinde ich — ich muß es zu meiner Beschämung gestehen — einen Neid. Ein Gefühl der Mißgunst steigt in mir auf, daß die Deutschen das alles haben und wir Russen nicht.

Das Gefühl, das meine junge russische Freundin beseelte, war gewiß von einer Art, daß sie sich seiner nicht zu schämen brauchte. Die Freude über die Erstarkung des Sozialismus in Deutschland weckte in ihr den brennenden Schmerz um die Schwierigkeiten, mit denen er in Rußland zu kämpfen hat, und löste den Seufzer aus: „Ach, wenn wir das alles doch bei uns hätten!" Der nationale Wettbewerb um den Sozialismus, der der Inbegriff ist der größten Freiheit und des größten Glücks der gesamten Menschheit, führt nicht zu nationalem Hader, sondern zur internationalen Solidarität. Abgesehen von den täglich wachsenden materiellen Zusammenhängen des gewerkschaftlichen und des politischen Kampfes der Arbeiter, kann man das deutlich an der Klassenpsychologie des Proletariats wahrnehmen.

Um bei Rußland zu bleiben, so hat der Heldenkampf des russischen Proletariats in der Revolution das Mitgefühl der Arbeitermassen in der ganzen zivilisierten Welt ausgelöst. Die russische Revolution ist von dem Proletariat der ganzen Welt mit erlebt worden: die Empfindungen des russischen Proletariats in diesen Kämpfen übertrugen sich auf die Arbeitermassen in Europa und Amerika und ließen Millionen und Abermillionen Proletarier ohne Unterschied der Nation, der politischen Verhältnisse, der Entfernung in gleichen seelischen Schwingungen aufjubeln, oder Zorn, Haß, Schrecken und Trotz empfinden. So aber auch überall und in allen Dingen. Jeder Sieg des Proletariats in einem Lande wird vom Proletariat der anderen Länder als sein eigener Sieg mitempfunden, jede Niederlage als seine Niederlage. Und hört man in Deutschland von den Zerwürfnissen der sozialdemokratischen Organisationen in Rußland, so weckt das hier am allerwenigsten das kalte Gefühl der Ueberlegenheit — „um wieviel besser sind wir doch als jene anderen!" —, sondern es schmerzt, weckt Unmut und Unwillen; ebenso wie man sich anderorts seelisch gehoben fühlt, wenn man von der Einheitlichkeit und Stärke des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland liest.

Man begreift die weltgeschichtliche Tragweite dieses ideellen Zusammenhanges des internationalen Proletariats erst, wenn man sich die nationale Zerrissenheit und den nationalen Eigendünkel vergegenwärtigt, die in den Reihen der Bourgeoisie herrschen. Der nationale Gedanke, der in der revolutionären Periode der Bourgeoisie dazu diente, das Volk über seine Kirchturmsinteressen hinauszubringen und es gegenüber den privilegierten Ständen zu einigen, und infolgedessen ein großer Schritt vorwärts im Sinne der Verallgemeinerung der menschlichen Kultur war, er ist heutzutage in der bürgerlichen Gesellschaft zu einem Mittel der gegenseitigen Einschränkung und der Zersetzung des Staates geworden. Die Bourgeoisie jeder Nation sucht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der wirtschaftlichen, der politischen Macht und auch der Kultur, die anderen Nationen sich zu unterordnen. Die deutschen Waren, die deutsche Sprache, die deutsche Wissenschaft und die deutsche Barttracht in der ganzen Welt! Im edlen Wettbewerb mit den großen verlangen dann die kleinen Nationen ihr eigenes Recht auf Beschränktheit. Sie wollen ihre eigene nationale Ausbeutung haben und wollen die großen Werke der Weltliteratur nicht im Urtext, sondern in den schlechten Kopien, welche ihre nationalen literarischen Handwerker daraus verfertigen, lesen.

Sieht man von dem Mordspatriotismus ab, hinter dem stets eine Beutelabschneiderei steckt, so findet man in der Seele des modernen Kulturmenschen, der „national fühlt", ein recht buntes Gemengsel: Ueberlieferungen aus der Zeit, da der nationale Gedanke noch revolutionär war, Konkurrenzneid, Literaturintereise, Kindheitserinnerungen, Rauflust und Flegelei, alles vom „nationalen Gemüt" überzogen und verschleiert. Ein solcher erklärt mit Emphase: ich bin ein Deutscher — ein Engländer — ein Russe — und meint damit: „die ganze Welt ist nur zu dem Zweck geschaffen worden, um sie mit dem Erdenfleck zu verschönern, auf dem ich aufgewachsen bin". Aeußert man aber Zweifel, ob denn wirklich die Weltgeschichte und alles, was geschieht, und die Zukunft der Menschheit nur den Zweck haben, diese oder jene Nation in die Höhe zubringen, so gerät man in eine recht peinliche Situation, die sich etwas verschieden gestaltet, je nachdem man es mit dem ungemütlichen oder gemütlichen Typus des Nationalisten zu tun hat.

Der Ungemütliche sagt nichts, aber er wirft einem einen bösen Blick zu, wie ein zähnefletschender Pavian. Man bekommt das Gefühl, daß man ein für allemal abgetan ist, daß einem keine Wahl, kein Ausweg mehr gelassen ist und nichts übrig bleibt, als in den Boden zu versinken. „Da du dich nicht als Russe oder Deutscher oder Engländer fühlst, wie kommst du Lumpenhund dazu, überhaupt mit deinem Dasein die Erde zu beschweren?" . . .

Der Gemütliche sieht einen wehmütig und zugleich indigniert an, doch voll mildherziger Verzeihung für die Unbill, die man ihm angetan hat, mit dem sanften, frommen Blick eines Kretins und sagt, wobei jedes Wort in eine Oeltunke getaucht wird: „Das verstehen Sie nicht; Sie haben kein nationales Gefühl." Und wieder fühlt man sich tief beschämt und weiß nicht, wo man sich verstecken soll. Man kommt sich vor, wie ein Mensch mit zwei gesunden Augen unter lauter Einäugigen. Wie sie einen über die Achsel ansehen, wie sie die Köpfe schütteln und einen bedauern: „der Aermste, er hat ja einen doppelten Blick, sein Auge kann an nichts haften bleiben, da es vom anderen Auge gestört wird, er kann an nichts eine Anhänglichkeit gewinnen — wie findet er sich zurecht, gerät nicht in Verzweiflung mit seinen zwei Augen?"

Das merkwürdigste aber ist, daß dieses nationale Gefühl, das die Seele des Deutschen, Tschechen usw. in Europa so sehr erfüllt, auf einmal verschwindet, wenn der Träger dieses Gefühls den Boden Amerikas unter die Füße bekommt. Doch die Wandlungen der nationalen Seele sind ein Problem, das eine eigene Behandlung verdient. Wir werden uns vielleicht noch einmal mit dem Leser darüber unterhalten wie auch über die wichtige Frage, wie sich die nationale Seele kleidet.

*) Wegen Raummangel von der Sonntagsnummer des 1. März zurückgestellt.

zuständigen Instanzen beschlossen worden ist, daß an allen größeren Orten, wo dieses möglich ist, am Nachmittag des 18. März in Erinnerung an die Märzereignisse von 1848 Volksversammlungen abgehalten werden sollen, in denen die Wahlrechtsfrage für Preußen zu erörtern ist.

Nationalliberale Wahlrechtsforderungen.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei besitzt eine staunenerregende Rührigkeit. Er hat endlich Zeit gefunden, offiziell zur Frage der preußischen Wahlrechtsreform Stellung zu nehmen. Nach einem Bericht des Abg. Schiffer einigte er sich auf folgende gediegene Resolution:

Die Reform des preußischen Landtagswahlrechts ist unaufschiebbar. Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abzusehen. Die Reform ist auf der Grundlage der von der preußischen Landtagsfraktion gestellten Anträge darauf zu richten, daß

1. zum Ausgleich für die eingetretenen erheblichen Veränderungen eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke und der Zahl der in ihnen zu wählenden Abgeordneten herbeigeführt wird;
2. daß auf die soziale und wirtschaftliche Schichtung des Volkes in ihrer Bedeutung für die Gesamtwohlfahrt Rücksicht genommen wird;
3. daß in diese Reform die geheime und direkte Stimmabgabe aufgenommen wird.

Neues enthält diese sogenannte „Stellungnahme" nicht. Geheime und direkte Stimmenabgabe, Pluralwahlrecht mit besonderer Begünstigung derer, die aus Besitz und Beschäftigung hohe Revenüen ziehen und deshalb hohe Steuern zahlen können, ferner eine Einteilung der Wahlbezirke, die den Großindustriellen eine starke Vertretung im preußischen Abgeordnetenhause sichert: das sind die Forderungen, auf die sich das Freiheitsgefühl der nationalliberalen Größen beschränkt. Und selbst diese bescheidenen Forderungen werden keine allzu eifrige Vertretung durch die nationalliberalen parlamentarischen Kommis des industriellen Großkapitals finden; denn den Schlotbaronen, die die Mittel für die Parteikasse liefern, sind selbst derartige Wünsche, wie erst kürzlich Herr Vorster bekundet, noch viel zu radikal. —

„National" als Schwindelfirma.

Die freisinnig-volksparteiliche „Breslauer Ztg." leistet sich in einem Artikel über „Gelbe Gewerkschaften" folgenden Hymnus auf die gelben Streikbrecherorganisationen:

„Es kann nicht verkannt werden, daß an sich dieser Bund, der sich als vierter zu den drei bisherigen Arbeiterorganisationen gesellt, eine Lücke auszufüllen wohl geeignet wäre. Die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften haben sich, ganz abgesehen von ihren utopistischen sozialen Endzielen, in eine so subversive Streikpolitik verbissen und üben einen solchen Terrorismus, daß die Reaktion unter den Arbeitern selbst nicht ausbleiben kann. Dem Programm der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine fehlt eine ausgesprochene, die Masse der Arbeiter faszinierende politische Idee. Diese christlich-sozialen Gewerkschaften arten aber immer mehr zu Verbänden aus, die von der reaktionären Richtung der Kirchen, sei es vom Ultramontanismus oder vom protestantischen antisemitischen Orthodoxismus Stöckerscher Observanz am Gängelbande geleitet werden. Dem Plan, die nationale Idee als einen Standart aufzupflanzen, um den sich alle frei und unabhängig denkenden Arbeiter scharten, wäre also in der Tat eine hohe Bedeutung nicht abzusprechen."

Der „nationale" Schwindel, der bei den Block- oder Hottentottenwahlen dank der Arbeit des Reichsverbandes und der amtlichen Wahlmoche gezogen hat, soll also nach Ansicht des Freisinns auch auf gewerkschaftlichem Gebiete ziehen. Die Hirsch-Dunckerschen sollen von den Gelben die nationale Maske — vielleicht auch sonst noch einiges?! — entlehnen, um die Arbeiter zu „faszinieren". Auf solchen durchsichtigen Schwindel fallen Arbeiter denn doch nicht herein!

Ein gefolterter Journalist.

Ueber einen scheußlichen Akt russischer Polizeibrutalität berichtet die „Frankf. Ztg.". Der Korrespondent der „Frankfurter Volksstimme", ein Italiener C. Leviné, war am 4. Januar in Minsk eingetroffen und am nächsten Tag bei einem seiner Bekannten, dem Studenten Kagan, zu Besuch. Plötzlich kam die Polizei und verhaftete alle sechs anwesenden Personen. Herr Leviné legitimierte sich sofort mit seinem von der italienischen Botschaft in Berlin ausgestellten Reisepaß und der notariell beglaubigten Legitimationskarte der „Frankfurter Volksstimme". Trotzdem wurde er einer körperlichen Untersuchung unterworfen, bei der man aber nur Zeitungsausschnitte und journalistische Notizen fand. Um 8 Uhr nachts wurde er in ein dunkles Loch beim Polizeilokal gesperrt, das dazu dient, Landstreicher und Betrunkene zu beherbergen. Der Grund seiner Verhaftung wurde ihm nicht mitgeteilt. Er konnte nur vermuten, daß die Polizei die sechs Leute als eine revolutionäre Versammlung betrachtete. Am 7. Januar sah Leviné auf dem Hofe der Polizeiverwaltung, wo die Verhafteten spazieren geführt wurden, eine Pforte offen, er betrat durch sie den nächsten Garten, von wo er die Straße erreichte. Auf der Straße setzte er sich in die erste Droschke und fuhr davon. Bald jedoch holten ihn drei Schutzleute, die ihm in einer anderen Droschke nachsetzten, ein. Ohne an Widerstand zu denken, ergab sich Leviné sofort den Schutzleuten, die ihn zu Boden warfen und bestialisch zu mißhandeln begannen. Er wurde mit Füßen getreten, man schlug ihn mit Fäusten, mit den Kolben der Revolver ins Gesicht, und das in Gegenwart einer großen Menschenmenge, die erfolglos gegen die Roheit der Polizisten protestierte. Nach der Mißhandlung wurde Leviné in eine Droschke geworfen, die Schutzleute nahmen auf dem Sitz Platz und fuhren fort, ihn mit Fäusten zu schlagen. Als der Verhaftete in das Polizeilokal gebracht worden war, machten die Polizeioffiziere den Schutzleuten Vorwürfe, daß sie Leviné nicht erschossen hätten, worauf sich diese wieder auf ihn losstürzten; er wurde zu Boden geschlagen und die Schutzleute traten den am Boden Liegenden mit den Füßen und Stiefelabsätzen und bedeckten seinen ganzen Körper mit Schlägen, wobei die heftigsten Hiebe in die Gegend der Lungen gerichtet waren. Am eifrigsten zeigte sich der Oberschutzmann Nummer I.

Nachdem die Schutzleute müde geworden waren, begannen die Polizeioffiziere die Exekution mit Faustschlägen ins Gesicht, mit flachen Säbelhieben fortzusetzen. „Die Mißhandelungen trugen nicht nur den Charakter der Rache, sondern auch den der Folter", schreibt Leviné in seiner Eingabe. Denn man wollte wissen, wohin er fliehen gewollt und wer ihm zur Flucht verholfen habe. Weder der italienische Reisepaß noch die übrigen Dokumente Levinés schützten ihn vor den Polizisten. Man erklärte sie für gefälscht, aber auf das Ersuchen Levinés, sich in der italienischen Botschaft nach seiner Identität zu erkundigen, antworteten ihm die Polizisten mit Gelächter und neuen Mißhandlungen und der Polizeibeamte Rymkus erklärte: „Was gehen uns die Botschaften an!" Leviné erklärte, seine vom Gericht anerkannte Schuld, wenn er eine solche habe, büßen zu wollen, er dürfe jedoch nicht willkürlich behandelt werden. Als Antwort darauf zog man ihm seine Oberkleider aus, um die Schläge empfindlicher zu machen. An die italienische Botschaft zu telegraphieren, wurde ihm nicht die Möglichkeit gegeben.

Im Gefängnis wurde dann Leviné nochmals mißhandelt. Erst am 18. Januar wurde er vor den Staatsanwalt geführt. Er wurde beschuldigt, zur Minsker „sozialrevolutionären Partei" zu gehören, obwohl aus seinem Paß hervorging, daß er erst den Tag zuvor nach Minsk gekommen war. Am 22. Januar kam der infolge der Mißhandlungen schwerkranke Mann in Einzelhaft. Schließlich durfte er doch an die italienische Botschaft berichten. Aber auch das hatte keinen Erfolg und Leviné befürchtet das schlimmste, da ihm die Polizisten offen mit der Wiederholung der Folterungen drohen. Der Gefängnisarzt hat seine Ueberführung in ein Hospital angeordnet, allein das Gefängnishospital ist so überfüllt, daß die kranken Gefangenen auf der Diele liegen.

Hoffentlich gelingt es unseren italienischen Genossen, ihre Regierung an ihre Pflicht zu erinnern und das unschuldige Opfer der russischen Barbarei den Händen seiner Henker zu entreißen.

Sydowsche Steuerpläne.

Wie die „Mil.-pol. Korresp." zu melden weiß, soll trotz seiner kurzen Amtsdauer der neue Reichsschatzsekretär auf der Suche nach neuen Reichseinnahmen bereits eine recht ergiebige Steuerquelle entdeckt haben. Die Stengelschen Novellen zur Tabakbesteuerung und des Spiritusmonopols werden, so versichert die betreffende Korrespondenz, zurzeit im Reichsschatzamt einer fundamentalen Umarbeitung unterzogen. Die Mehrbelastung des Branntweins dürfte die Gestalt einer reinen Fabrikatssteuer erhalten, während die umgeformte Banderolensteuer vorläufig nur die teuren Tabaksorten treffen soll. Daneben aber soll die Exzellenz Sydow herausgefunden haben, daß auch die Postverwaltung noch manches zur Sanierung der Reichsfinanzen beitragen könnte.

„Ihr möchte er", heißt es in der „Mil.-pol. Korresp.", „unbeschadet des Vorwurfes der Verkehrsfeindlichkeit, in der Aufbringung der Reichseinnahmen eine ähnliche Stellung zuweisen, wie sie die Eisenbahnen im Etat Preußens spielen. Angeblich setzt die Reichspost an den Postgebühren der Zeitungen jährlich fast 35 Millionen Mark zu. Etwa 11 Millionen Einnahmen auf diesem Gebiete stehen volle 45 Millionen Unkosten gegenüber. Hier will bestimmten Anzeichen zufolge die Sydowsche Reform zuerst einsetzen und, unter gerechter Würdigung der Verhältnisse, Mehreinnahmen von vielen Millionen schaffen. Auch eine Erhöhung der Worttaxe für Inlandtelegramme von 5 auf 7 Pfennig gehört unter die dem neuen Staatssekretär zugeschriebenen Finanzprojekte. Nur die Grundtaxe von 50 Pfennig für 10 Worte — „das Telegramm des kleinen Mannes" — soll beibehalten werden.

Die Mitteilung wird voraussichtlich dementiert werden — was natürlich nicht ausschließt, daß sie im wesentlichen richtig ist, wenn auch einzelne Zahlenangaben nicht stimmen mögen. Die neue Exzellenz hat deshalb ihren Posten erhalten, um die sog. Reichsfinanzreform im Sinne der Agrarkonservativen und ihres Geschäftsausschusses, des preußischen Staatsministeriums, durchzuführen, und deren Steuerprogramm schließt die Einführung direkter Reichssteuern aus. So bleiben nur neue Steuern auf den Verbrauch der Masse: auf Branntwein, Bier und Zigarren. Da aber in Anbetracht des stetig steigenden Defizits der Reichsfinanzen aus diesen allein der nötige Betrag nicht herausgeschunden werden kann, muß Herr Sydow notwendigerweise versuchen, noch andere Steuerquellen zu entdecken. Daß er dabei auf die Erhöhung des Zeitungsportos und der Telegrammgebühren verfallen ist, erscheint nicht verwunderlich; hat er doch bereits bei der Finanzreform des Jahres 1906 mit anerkennenswerter Zähigkeit die Erhöhung des Ortsportos befürwortet.

Wenn dann noch die Erbschaftssteuer etwas erweitert und erhöht wird — natürlich nicht zu viel; denn das gestatten die Junker nicht — läßt sich vielleicht auf zwei, drei Jahre das Loch im Reichssäckel stopfen, bis sogenannte „unvorhergesehene Fälle" wiederum eine neue Reichsfinanzreform nötig machen. —

Zwei „liebevolle" Soldatenerzieher!

Soldatenmißhandlungen kommen am Dresdener Kriegsgericht jetzt fortgesetzt zur Verhandlung. Folgende zwei Fälle seien hervorgehoben.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich der Sergeant Fuhrmann vom 12. Jägerbataillon zu verantworten. Er hatte eines Sonntags nach dem Kirchgange (!) einen Jäger, weil dieser zu „schlapp" gewesen sein soll, **mit beiden Fäusten vor die Brust gestoßen**, daß der Soldat gegen die Schränke taumelte. Der Angeklagte will den Soldaten nur mit seiner Brust berührt haben. Er wird von seinem Hauptmann als ein „tüchtiger" Unteroffizier geschildert, der im „Diensteifer etwas zu weit gegangen" ist. Das Gericht glaubte diese Roheit mit **5 Tagen mittlerem Arrest** genügend gestraft zu haben. Es nahm nicht Mißhandlung, sondern nur vorschriftswidrige Behandlung an. In den bei der Mißhandlung gebrauchten Ausdrücken „freches Subjekt" und „trauriger Mensch" hat es auch keine Beleidigung, sondern eine „berechtigte Kritik" erblickt.

Wegen Mißhandlung in zwei Fällen war der Unteroffizier Beyer vom 178. Infanterieregiment angeklagt. Dieser rabiate „Stellvertreter" hatte einem Rekruten auf dem Schießstand, weil dieser etwas versehen hatte, von hinten **einen kräftigen Schlag mit einem Schlüssel ins Genick** versetzt. Der Soldat schrie vor Schmerz auf und trug eine blutende Wunde davon, woraus sich eine große Beule entwickelte. Einige Zeit danach hat der Angeklagte demselben Soldaten während des Exerzierens ebenfalls wieder mit einem **harten Gegenstand zwei heftige Schläge hintereinander auf den Hinterkopf** versetzt. Auch hier hat der Soldat vor Schmerz laut aufgeschrien und hinterher noch vier Tage lang Schmerzen gehabt. Der Soldat hatte durch den Schrei den Feldwebel aufmerksam gemacht und dieser brachte den Vorfall zur Meldung. Eine ärztliche Untersuchung auf etwaige Folgen der Mißhandlungen **fand nicht statt.** (!) Da der Tatbestand einer Mißhandlung klar zu ersehen war, mußte das Kriegsgericht auch auf eine solche erkennen und warf gegen den Soldatenschinder **3 Wochen mittleren Arrest** (!) aus. Es nahm zugunsten des Angeklagten dessen „Erregung", „gute Führung" und Beurteilung an.

Wenn es sich um „Vorgesetzte" handelt, finden die Gerichte immer die nötigen und „schwerwiegenden" Milderungsgründe. —

Wahlrechtsdemonstranten vor Gericht.

Die Genossen Gilles, Westkamp und Milow in Düsseldorf sollten am 12. Januar ohne polizeiliche Erlaubnis einen öffentlichen Umzug veranstaltet haben, sie erhielten deshalb ein Strafmandat von 30 Mark. Gegen diese Strafmandate erhoben unsere Genossen Einspruch und erzielten sie vor dem Schöffengericht ihre Freisprechung. Die Polizei wollte beweisen, daß die drei Angeklagten als Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Volksvereins die Veranstalter des Aufzuges gewesen, was ihr aber nicht gelang. Die Genossen erklärten, daß sie öfter an der Spitze des Zuges marschiert seien, um einen Zusammenstoß mit der Polizei zu verhüten. Es mußte von den Zeugen zugegeben werden, daß die Menge den Anordnungen der Polizei keinen Widerstand entgegensetzte, und daß sich die Teilnehmer des Zuges nachher ruhig zu Hause begaben. Der Amtsanwalt hatte die Abweisung des Einspruchs beantragt, er wird also wohl Berufung gegen das freisprechende Urteil anmelden.

Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie

hat nunmehr auch in Lübeck eine Filiale errichtet. Am Donnerstag voriger Woche hielt der Angestellte des Verbandes, Dr. Bovenschen-Berlin, vor den bürgerlichen Parteien Lübecks eine Rede, in der er die längst widerlegten Lügen gegen die Sozialdemokratie zum Vortrag brachte. Die Fälschung der angeblich Liebknechtschen Worte von den Soldaten als „zweibeinige Tiere in Uniform" suchte er vom Reichsverband abzuschütteln, trotzdem vor dem Lübecker Schöffengericht von einem Reichsverbändler die Fälschung zugegeben werden mußte! Besonders lebhaft warb Bovenschen um die Gunst der Freisinnigen, denen hauptsächlich der Reichsverband bei der letzten Wahl tatkräftige Hülfe geleistet habe. In der Debatte erklärten sich denn auch die Führer der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung, die sich in Lübeck Liberale nennen, **mit den Bestrebungen des Reichsverleumdungsverbandes einverstanden** und sagten ihre Unterstützung zu. Liberalismus und Reichsliegenverband Arm in Arm! Fürwahr, beide sind gegenwärtig einander wert. —

Der Prozeß der Castanjenschen Bauverwaltung. Das Urteil in dem Beleidigungsprozeß des Legationsrates von der Groeben gegen den Redakteur Reuter vom „Kölner Lokal-Anzeiger" wegen der von dem Blatte gegen die von Castanjensche Bauverwaltung gerichteten Angriffe wurde nach mehrtägiger Verhandlung erst gestern nach Mitternacht gefällt. Das Landgericht, welches einen politischen Racheakt Reuters annahm, verurteilte Reuter zu 500 M. Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens. Der Schutz des § 193, der Wahrung öffentlicher Interessen, wurde dem Angeklagten nicht zugebilligt. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt. —

Ein Polizeistreich.

Wie uns aus Harburg telegraphiert wird, verbot die Polizei einen Lichtbildervortrag des Genossen Grempe über Frankreich. Die Versammlung fand aber statt und Grempe referierte über das aktuelle Thema: „Die Gesetzesunkenntnis der Harburger Polizei". Nach dem Vortrag unterhielt sich die Versammlung mit der Vorführung harmloser Lichtbilder. Als aber Grempe das Bild Ludwigs XIV. (!) vorführte, wurde die Versammlung aufgelöst. Ob dadurch der französische oder der deutsche Staat gerettet wurde, darüber meldet uns unser Korrespondent nichts.

Vom Gendarmenwitz im Oberelsaß.

Im elsaß-lothringischen Landesausschuß brachte vorige Woche der Abg. Blumenthal den Witz des Gendarmen Herrschelmann zur Sprache, der im Frühjahr 1907 aus einem Schranke im Schullokal der Gemeinde Ueberstraß im Oberelsaß die Mobilmachungsbefehle nahm, diese dann vom Lehrer forderte, und da dieser sie natürlich nicht beibringen konnte, ihm und dem Bürgermeister mit Verhaftung drohte. Der Lehrer besprach schließlich den Gendarmenwitz in einer Zeitung, wo er den Gendarmen als Dieb bezeichnete und dafür 50 M. Strafe erhielt. Der Gendarm aber wurde zur „Strafe" aus dem öden Ueberstraß nach dem weinfrohen Vogesenstädtchen Winzenheim versetzt. Staatssekretär v. Köller erklärte im Landesausschuß, daß er ein Begnadigungsgesuch des Lehrers unterstützen werde. Jetzt wird im „Journal d'Alsace-Lorraine" bekannt, daß das Ministerium auf ein Begnadigungsgesuch des Lehrers geantwortet habe, daß es nicht in der Lage sei, das Gesuch dem kaiserlichen Statthalter befürwortend vorzulegen. Es ist überhaupt ein Skandal, daß ein Lehrer, der sich in der Bezeichnung einer Tatsache, die für ihn die größten unverschuldeten Unannehmlichkeiten mit sich bringen konnte, nur in der Form etwas vergriff, um Gnade betteln muß. Aber so ist es nun einmal im Rechtsstaat Deutschland. Die Person des Gendarmen ist heilig und unverletzlich, auch dann, wenn er dumme Witze macht. Der Gendarm ist der Atlas, auf dem die Säulen des Reiches ruhen.

Oesterreich.

Der kroatische Statthalter.

Agram, 1. März. Im hiesigen Staatsbahnhof kam es gestern Abend gelegentlich der Abreise des Barons Rauch nach Budapest zu einem großen Skandal. Die zahlreiche Volksmenge stürmte mit Gewalt auf den Bahnhofsperron, um gewaltsam gegen den Banus vorzugehen; dieser mußte in den Hofwartesalon flüchten, welchen er, als der Eilzug in der Station eintraf, durch eine Seitentür verließ und so unbelästigt den Zug besteigen konnte.

Frankreich.

Nachwahlen.

Paris, 2. März. Bei der gestrigen Senatswahl in Besançon wurde der Radikalsozialist Grosjean gegen den Progressisten Mouser mit 484 gegen 412 Stimmen gewählt.

In Die, Dep. Drôme, ist Archimbaud (Radikalsozialist) in die Deputiertenkammer gewählt worden.

Italien.

Nasi.

Rom, 2. März. Nasi ist entschlossen, gegen das Urteil des obersten Gerichtshofes Berufung einzulegen, um Zeit zu gewinnen. Er hofft, nach dem zweiten Prozeß seine Gefängnisstrafe bereits abgesessen zu haben. „Giornale d'Italia" glaubt mitteilen zu können, daß der König die Begnadigung Nasis am 14. März, dem Namenstage König Humberts, verfügen wird.

England.

Ein angeblicher Generalstreik.

London, 2. März. „Daily News" bringt einen längeren Artikel über die Ausstandsgefahr in den Vereinigten Staaten. Das Blatt verzeichnet das Gerücht von einem angeblich bevorstehenden Generalstreik. Das Zeichen hierzu sollen die Eisenbahnarbeiter geben, welche die angekündigte Lohnreduzierung nicht anerkennen wollen. —

Rußland.

Sieben Hinrichtungen.

Die sieben Todesurteile, die das Kriegsgericht des Zaren über die Teilnehmer an den Attentatsplänen gegen den Großfürsten Nikolaus, Stolypin und den Justizminister verhängt hatte, sind Sonntag in Petersburg vollzogen worden. Unter den Hingerichteten befand sich auch Lebedinzew, den man nach seinem Passe für den italienischen Journalisten Mario Calvino gehalten hatte. Lebedinzew hatte in Rom Naturwissenschaften studiert und soll mit Calvino, einem Professor der Agritultur, befreundet gewesen sein. Calvino selbst gibt an, daß ihm sein Paß auf unbekannte Weise abhanden gekommen wäre. Er wird jetzt von der italienischen Polizei überwacht. Lebedinzew hat übrigens alle Interventionsversuche zurückgewiesen, die die italienische Regierung zu seinen gunsten unternehmen wollte. —

Amerika.

Eine staatsmännische Antwort.

Dem Kriegssekretär Taft wurde jüngst in einer Versammlung die Frage vorgelegt: „Was soll ein Mann tun, der auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist und trotz redlichen Bemühens keine Arbeit findet?" Darauf antwortete Taft in aller Unschuld und Harmlosigkeit: „God knows, I don't!" „Der liebe Gott mag's wissen, ich weiß es nicht!" — So hülflos sieht der größte Staatsmann nach Roosevelt, den die republikanische Partei besitzt und den sie auf den Präsidentenstuhl setzen will, dieser Frage gegenüber.

Diese Antwort wird in den Versammlungen der sozialistischen Partei und in ihrer Presse natürlich nach Kräften ausgenützt und agitatorisch verwertet. In allerlei Karikaturen wird der dickbäuchige Taft in seiner Ratlosigkeit und seinem Gottvertrauen dargestellt. —

Anarchistischer Wahnsinn.

Chicago, 2. März. Die Polizei stellte eine hiesige anarchistische Gesellschaft von Italienern fest, welche aufreizende Flugblätter gegen Geistliche verbreitet hat. Gestern, am Tage der Beisetzung des ermordeten Paters in Patterson, wurden Geheimpolizisten zum Schutze der Geistlichen in den hiesigen römisch-katholischen Kirchen direkt am Altar aufgestellt.

Ein weiteres Telegramm meldet: Zwei Männer drangen in die Wohnung des Polizeichefs Shippy ein und brachten ihm, seinem Sohn und seinem Kutscher durch Revolverschüsse und Dolchstiche schwere Verletzungen bei. Der Polizeichef erschoß einen seiner Angreifer. Man vermutet, die Angreifer seien Anarchisten, die die Tat verübten, um sich an dem Polizeichef wegen seines Vorgehens gegen die Anarchisten gelegentlich der Ermordung des Paters Leo Heinrich am 23. Februar zu rächen.

Marokko.

Protest französischer Sozialisten.

Paris, 1. März. Hier wurde gestern abend eine Protestversammlung abgehalten, die eine Tagesordnung annahm, die sich gegen die marokkanische Expedition, gegen die Verfolgung kämpfender Syndikatsangehöriger und gegen die Ausweisung russischer Sozialisten aussprach. Es waren fünftausend Personen anwesend. Jaurès sprach den Wunsch aus, daß die allgemeine Zivilisation der Völker sich einzig und allein auf dem Wege der friedlichen Durchdringung vollziehen möge. Die marokkanische Expedition sei unternommen worden für die Kapitalisten.

Neue Gefechte.

General d'Amade hat neue Zusammenstöße mit den Marokkanern gemeldet. Am 23. Februar ist er auf dem Marsche nach Sonk-el-Drin am Oued Mellah angegriffen worden. Die Kavallerie ist von Abteilungen der Medraka mit Heftigkeit angegriffen worden und hat nach einem ernsten Gefecht einen Vorstoß unternommen, der die Feinde zurücktrieb. Hierbei hat es auf französischer Seite **10 Tote** und **23 Verwundete** gegeben. Bei der Verfolgung der Marokkaner, die ihnen schwere Verluste verursacht haben soll, sind **drei Mann gefallen** und 13 Zuaven verwundet worden. Der Kampf hat von 8 Uhr früh bis zur Nacht gedauert.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Kommission kam am Montag nach vierkägiger Debatte endlich zur Abstimmung über den Sprachenparagraphen (§ 7). Die Debatte, die sich lange hinzog — es sprachen zu wiederholten Malen die Abgg. Schirmer (Z.), Graf Oppersdorf (Z.), Becker (Z.), Fürst Radziwill (Pole), v. Oerthen (Rpt.), Gans v. Puttlitz (k.) und Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.), von der Regierungsbank Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und Unterstaatssekretär Wermuth — am Sonnabend hatte Genosse Heine in eingehender Rede das Monstrum bekämpft — brachte nichts wesentlich Neues. Die Abstimmung vollzog sich in folgender Reihenfolge: zuerst wurde der Antrag der Polen:

„Als deutsch sind alle Sprachen und Mundarten zu behandeln, welche im Deutschen Reich von Reichsangehörigen als Muttersprache gesprochen werden"

mit den Stimmen des Blocks gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und Sozialdemokraten abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte der Antrag Gräf (Wirtsch. Vg.), von dem Geltungsbereich des § 7 diejenigen Versammlungen auszunehmen, in denen von den in dem § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Personenkreisen ausschließlich die dort bezeichneten Gegenstände erörtert würden. Hier brachte die Minderheit 13 Stimmen gegen 14 des Blocks auf, von dem allein der Abg. Gräf abgefallen war.

Dann kam der Vermittelungsantrag Müller-Meiningen (frs. Vp.) zur Abstimmung. Der Absatz 1 des Antrages, der bestimmt, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in der Regel in deutscher Sprache zu führen sind, wurde abgelehnt, da außer den Freisinnigen nur das Zentrum dafür eintrat, während die Polen und die Sozialdemokraten mit der Rechten und den Nationalliberalen dagegen stimmten. Hingegen wurden die folgenden Absätze 2—5, welche bestimmen, unter welchen Voraussetzungen in einer öffentlichen Versammlung in einer nichtdeutschen Sprache verhandelt werden kann (72stündige Anmeldefrist, Zustimmung des Veranstalters oder des Leiters und ausdrückliche Mitteilung an die Polizei) mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Hier schlossen sich Sozialdemokraten, Polen und Zentrum einmütig dem freisinnigen Antrage an. Der Schlußsatz des Antrages Müller-Meiningen, der der Landesgesetzgebung Verzicht auf diese Einschränkungen fremdsprachlicher Versammlungen gestatten wollte, wurde wiederum wie Absatz 1 abgelehnt. Für die Bestimmung des Regierungsentwurfes, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen durchweg in deutscher Sprache zu führen und Ausnahmen nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörden zulässig sind, erhoben sich nur die Rechte und die Nationalliberalen. Danach stand vom § 7 folgende Fassung zur Abstimmung:

„Wenn in einer öffentlichen Versammlung in einer fremden Sprache verhandelt werden soll, so haben die Veranstalter mindestens dreimal 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Bei der Anzeige muß die Absicht, in fremder Sprache zu verhandeln, mitgeteilt werden, und die Bezeichnung dieser fremden Sprache selbst erfolgen. — In Versammlungen, für welche die vorgeschriebene Mitteilung von dem Veranstalter nicht erfolgt, ist der Gebrauch einer fremden Sprache nicht erlaubt. — Die Anzeige wird durch öffentliche Bekanntmachung nicht ersetzt. — Ohne die ausdrückliche Einwilligung des Veranstalters oder des Leiters einer öffentlichen Versammlung darf in derselben in einer nichtdeutschen Sprache nicht verhandelt werden."

Der so gestaltete § 7 wurde in der Gesamtabstimmung mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Freisinnigen, die Nationalliberalen und einige Abgeordnete der Rechten. **Es ist also vom § 7 vorläufig nichts übrig geblieben.** —

Damit hatte die Kommission die erste Lesung des Vereinsgesetzes beendet.

Die zweite Lesung in der Kommission beginnt am Mittwoch, den 11. März.

Aus der Partei.

Die freie Jugendorganisation in Breslau blickt in diesen Tagen auf das erste Jahr ihrer Tätigkeit zurück. Von 12 im Februar vorigen Jahres stieg die Mitgliederzahl auf 89 im Dezember und jetzt beträgt sie 100. Der bis jetzt 20 Pf. monatlich betragende Beitrag wird vom 1. April ab um 5 Pf. erhöht.

Zur Vervollständigung der Parteibibliothek in Bielefeld wird ein Exemplar des Protokolls vom internationalen Arbeiterkongreß 1891 zu Brüssel (deutsche Ausgabe) zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote sind an den Parteisekretär, Adolf Jenker, Bielefeld, Marktstraße 8, zu richten. Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Warnung. Der Versilberer Gustav Schwier, geboren am 16. März 1878 zu Hamburg, hat das Vertrauen der Genossen zu Stendal getäuscht; er ist mit Marken und einkassierten Beiträgen verschwunden. Die Parteigenossen werden deshalb vor ihm gewarnt.

Die Bilanz der „Humanité". Die letzte Nummer der „Humanité" bringt die Bilanz des Verlages für das Jahr 1907. Danach ist immer noch ein Verlust von 105 000 Frank vorhanden. Wenn aber die Entwickelung des Blattes so weiter geht, dann ist zu hoffen, daß das Defizit bald verschwinden wird. Das Verlustkonto ist im Laufe des letzten Jahres immer geringer geworden. In den ersten sechs Monaten betrug es 73 000 Frank, im zweiten Halbjahr jedoch nur rund 32 000 Frank. Auch wenn man die letzten sechs Monate von 1907 im einzelnen betrachtet, ergibt sich eine ständige Abnahme. Während der Verlust im Juni noch 9500, im August 8500 Frank betrug, reduzierte er sich bis zum Monat Dezember auf nur 796 Frank. Es steht also zu hoffen, daß die „Humanité" bald ohne Verlust wirtschaften kann.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. In Nr. 230 des „Volksblatt" zu Saalfeld erschien eine Notiz, in der gesagt war, daß über die Zustände im Kreiskrankenhause zu Ranis viel gesprochen wird und daß eine Anzahl Beschwerden vorliegen sollen. Wegen dieser Notiz fühlten sich der Kreisausschuß des Kreises Ziegenrück, der dirigierende Arzt des Krankenhauses Dr. Schulze und der Krankenhausverwalter Kühn beleidigt. Vom Schöffengericht, das ihn erst vor einigen Tagen wegen angeblicher Beamtenbeleidigung zu 1 Woche Gefängnis verurteilte, wurde nun Genosse Zorn wegen dieser Sache zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Amtsanwalt beantragte 1 Woche Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Rohrleger und Helfer

haben offenbar zu einem großen Teile die Organisationszerklüftung in ihren Reihen satt. Sie finden sich in immer wachsender Zahl wieder im Metallarbeiterverbande zusammen. In der 40. Woche des Jahres 1906 zählten zum Deutschen Metallarbeiterverbande 1035 von ihnen, deren Zahl in einem Jahre auf 1430 stieg. Mit den vom Allgemeinen Verband übergetretenen und den neu aufgenommenen Kollegen ist die Zahl der Rohrleger und Helfer im Verbande jetzt auf 1700 angewachsen, und es ist zu erwarten, daß in der nächsten Zeit noch viele, die der Situation im Allgemeinen Verband vollständig überdrüssig geworden sind, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließen werden.

In der Versammlung der Rohrleger und Helfer, in der dies am Sonntag festgestellt wurde, machte Genosse Cohen auch bekannt, daß sich der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart mit den Uebertrittsbedingungen beschäftigt habe. Die Mitglieder des sogenannten „Allgemeinen" Verbandes, die den Uebertritt zum Zentralverbande wünschen, werden genau so behandelt wie die, welche aus anderen Zentralverbänden übertreten. Das heißt, es wird ihnen ihre bisherige Mitgliedschaft bei der Organisation, aus der sie kommen, voll angerechnet. Darüber hinaus den aus Anlaß des Konfliktes aus dem Zentralverbande Ausgeschiedenen auch noch die frühere Mitgliedschaft im Verbande anzurechnen, fehlt leider die Möglichkeit. Es könnten aus diesem Anlaß Konflikte mit anderen Verbänden entstehen. Denjenigen, die vor 2 Jahren ausgeschlossen worden sind, wird empfohlen, ein Aufnahmegesuch einzureichen. Diese äußere Formalität kann der Ordnung wegen nicht umgangen werden. Im übrigen will man gern allen, denen daran gelegen ist, wieder in die alten Reihen zurückzukehren, das größte Entgegenkommen zeigen. Auch den Kommissionsmitgliedern steht nichts im Wege, mit Ausnahme von Wiesenthal, den man nicht wünscht. Die Voraussetzung für eine Aufnahme ist, daß jeder gern kommt und den alten Zwist vergißt.

Die jetzige Stärke der Rohrlegergruppe im Metallarbeiterverbande verschiebt auch die Machtverhältnisse wieder zuungunsten der Wiesenthalschen Absplitterung. Wenn diese auch zahlenmäßig noch etwa 50 Proz. stärker ist — ein Verhältnis, daß sich aber täglich zugunsten des Verbandes verschiebt —, so ist sie doch nicht mehr ein so wesentlicher Machtfaktor im Gewerbe, wie vor den inneren Kämpfen im „Allgemeinen" Verbande. Die gewaltige Stütze, welche die 1700 Zentralverbändler in der hinter ihnen stehenden Organisation haben, machen sie in den kommenden Kämpfen gegenüber den etwa noch 2400 „Allgemeinen" Verbändlern zur ausschlaggebenden Organisation im Gewerbe. Das Vermögen des „Allgemeinen" Verbandes besteht in einem gesperrten Bankkonto; der Metallarbeiterverband hat in der Berliner Lokalkasse 412 000 M., in der Hauptkasse etwa vier Millionen. Im letzten Jahre betrug im Zentralverbande die Arbeitslosenunterstützung für die Rohrleger pro Kopf 28 M., für die Bauanschläger 30 M. und etwa das gleiche wurde an Krankenunterstützung gezahlt. Das kann nur eine starke Organisation leisten.

Und daß der Verband auch für die Rohrleger zu kämpfen weiß, davon gab der Bericht, den am Sonntag in der Versammlung der Rohrleger Eckhardt von der Agitationskommission der Branche erteilte, ein anschauliches Bild. Wo es zu einem offenen Ausbruch von Streitigkeiten mit den Unternehmern kam, da hat der Verband fast immer eine Entscheidung zugunsten der Arbeiter herbeigeführt. Den Rohrlegern kann leider aber der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie — wohl infolge ihrer Organisationszersplitterung — häufig Mißstände duldeten, die abgeschafft werden konnten und daß sie selbst in vielen Fällen nicht auf Durchführung der Tarifbestimmungen bestanden haben. Darum kann die Tätigkeit des Verbandes im letzten Jahre nur teilweise als zufriedenstellend bezeichnet werden; die Mitglieder haben ihre Leitung nicht genügend unterstützt, um den Tarif durchweg zur Anerkennung zu bringen. Es wird erwartet, daß stets Meldungen bei der Branchenkommission erstattet werden, wenn ein Unternehmer sich weigert, die Tarifbestimmungen einzuhalten. Wo dies versäumt wird, da kann die Leitung auch keine Ansprüche auf Maßregelungsunterstützung anerkennen, wenn Fälle solcher Art vorkommen. Das Vertrauensmännersystem muß ein besseres werden, die Kollegen sollten sich tüchtige und zuverlässige Leute zu Vertrauensmännern wählen. — Es fanden im letzten Jahre statt 26 Kommissionssitzungen, 13 Versammlungen der Vertrauensmänner, 11 Versammlungen der Branchen, 183 von den Werkstätten veranstaltete; drei Versammlungen in Köpenick, eine Versammlung in Spandau.

Die neue Agitationskommission besteht aus folgenden Leuten: Scharge, Gdanitz, Schweineberg, Schultz, Finius, Jakob, Wollenberg, Plöse, Rotenburger, Eckhardt und Fritz. Der letztere wurde in einer Versammlung der Kupferschmiede für die Kommission vorgeschlagen und die Rohrleger waren damit einverstanden.

Achtung, Kleber, Bauarbeiter!

Gesperrt sind: Giedeck, Eberswalder Straße 31, Bau: Soldiner Straße 29; Jülenfeld, Alexandrinenstr. 8, Bauten: Steglitz, Hansastraße Ecke Bergstraße; Schönebrg, Akazienstr. 26/27, Aschaffenburger Straße Ecke Haberlandstraße; Charlottenburg, Drobsenstraße; Menzel, Schoonenstraße Ecke Trelleborgerstraße; Schley, Pankow, Mühlenstraße Ecke Berliner Straße; Sehring, Bau Steger, Elberfelder Straße 41; Lindower Straße 24; Wichert, Bau Waisstraße 29; Lüdecke, Rixdorf, Bau Hermannstraße 196, Leinestraße 54. Die Sperre über Grottke, Bau Stolpische Straße 53, ist aufgehoben.

Nächste Versammlung: Mittwoch, 4. März, bei Meyer, Oranienstraße 103. (Siehe Annonce.)

Die Verbandsleitung.
Engelufer 15, Zimmer 35. Tel. IV. 9720.

Deutsches Reich.

Zwei Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit

der organisierten Textilarbeiter hat der Verband deutscher Textilarbeiter im Jahre 1907 veranstaltet. Die erste Zählung fand am 12. Juni, die zweite am 9. November statt. Das Resultat liegt jetzt vor und soll dasselbe der im Mai in Leipzig stattfindenden Verbandsgeneralversammlung in Sachen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung als Grundlage dienen. Zur Zeit der ersten Zählung waren alle Zweige der Industrie stark beschäftigt. Der November zeigte dagegen in einzelnen Zweigen rückläufige Konjunktur, andere wieder wurden durch das Weihnachtsgeschäft stärker als sonst in Anspruch genommen. Am 12. Juni hatte der Verband 118 133 Mitglieder, an der Zählung beteiligten sich 87 Proz., brauchbare Karten gingen 103 250 ein. Davon waren erwerbslos 5931 Mitglieder oder 5,7 Proz. zusammen 182 994 Tage.

Am 9. November beteiligten sich von 120 616 Mitgliedern 89 Proz. an der Zählung. Brauchbare Karten gingen 107 115 ein. Erwerbslos waren 6588 Mitglieder gleich 6,2 Proz. zusammen 224 468 Tage.

Von diesen erwerbslosen Mitgliedern waren infolge Krankheit ohne Beschäftigung am 12. Juni 3441 zusammen 102 208 Tage, am 9. November 3501 110 080 Tage. Die Statistik zeigt sodann, daß die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen mehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und vor allen Dingen mehr infolge ihrer Beschäftigung von Krankheiten heimgesucht werden und genötigt sind, die Arbeit auszusetzen als die Männer. Der Verband hatte am 12. Juni 43 250 weibliche Mitglieder, am 9. November 43 608. Erwerbslos waren am 12. Juni zusammen 3730 128 345 Tage. Davon waren krank 2143 zusammen 68 026 Tage, freiwillig hatten 417 die Arbeit 19 095 Tage ausgesetzt. Der Rest war aus anderen Ursachen arbeitslos. Am 9. November waren 4374 weibliche Mitglieder zusammen 171 720 Tage erwerbslos. Hiervon waren 2238 zusammen 52 748 Tage wegen Krankheit zur Untätigkeit verurteilt. Freiwillig hatten 913 Arbeiterinnen 45 973 Tage die Arbeit ausgesetzt. Die Zahl der infolge Krankheit oder aus anderen Ursachen erwerbslosen weiblichen Mitglieder übersteigt die der männlichen am 12. Juni um das dreifache, am 9. November um das vierfache. Bei den männlichen Mitgliedern entfallen am 12. Juni auf 71,4 Mitglieder 1 arbeitsloses, bei den weiblichen schon auf 24,7 1 solches. Zur Zeit der zweiten Zählung hatte sich der Stand etwas verschlechtert. Es entfallen auf 70,9 männliche und auf 18,9 weibliche Mitglieder je 1 arbeitsloses. Bezüglich der Krankheitsfälle ergaben in dieser Beziehung beide Zählungen das gleiche Resultat. Es kamen je 1 krankes Mitglied auf 49,5 männliche und 18,1 weibliche Mitglieder. Die Durchschnittsdauer der Krankheit betrug das einemal bei männlichen Mitgliedern 26,3 Tage, bei weiblichen 31,7 Tage; das anderemal bei männlichen 30,5 Tage, bei weiblichen 31,8 Tage. Die Durchschnittsdauer der aus anderen Gründen vorhandenen Arbeitslosigkeit betrug zur Zeit der ersten Zählung bei Männern 22,6 Tage, bei Arbeiterinnen 38 Tage; zur Zeit der zweiten Zählung bei Männern 14,7 Tage, bei Arbeiterinnen 47 Tage.

Die Ergebnisse der Statistik zeigen sowohl die Durchführbarkeit wie die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Textilarbeiterverband, welcher so außerordentlich stark mit der Frauenarbeit zu rechnen hat, kann, da bekanntlich mit Vorliebe die Arbeiterin vom Kapitalisten als Lohndrückerin verwendet wird, durch Einführung der Erwerbslosenunterstützung seine Kampfesposition nur stärken.

Achtung, Tabakspinner! Die Tabakspinner bei der Firma Wiprecht und Hauschild in Gera sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Verhältnisse dieser Arbeiter sind bisher die denkbar traurigsten gewesen.

Im Stukkateur- und Gipsergewerbe zu Heidelberg scheint der Ausbruch des Kampfes unvermeidlich. Soeben wird gemeldet, daß am 28. Februar im Beisein eines Vertreters des Hauptvorstandes des Stukkateurverbandes sowie des badischen Gipsermeisterverbandes zwischen Vertretern der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisation stattgefundene Verhandlungen über einen neuen Lohntarif sich zerschlagen haben. Die Unternehmervertreter bestanden strikte auf ihrer den Gehülfen gestellten Zumutung, wonach diese sich die zwei Jahre lang tariflich bestandenen Lohnsätze für die nächste Tarifperiode verringern und die Arbeitszeit verlängern lassen sollten. Kommt nicht noch in letzter Stunde ein Ausgleich des Konfliktes zustande, so ist die Arbeitseinstellung am 1. März unvermeidlich.

Auch der Arbeitgeberverband des Gipsergewerbes hat heute sämtliche Gehilfen, 500 bis 600 an Zahl, ausgesperrt, nachdem die Verhandlungen auf Erneuerung des am 29. Februar abgelaufenen Vertrages zwischen den beiderseitigen Organisationen infolge erhöhter Forderungen der Arbeiter gescheitert waren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gemeindewahlen.

Steglitz, 2. März. (Privat-Depesche des „Vorwärts".) Bei der heutigen Wahl sind beide Bezirke in Stichwahl gekommen: im ersten Bezirk der Sozialdemokrat mit dem Mieter, im zweiten Bezirk Hausbesitzer und Mieter.

Verschmelzung.

Saalfeld, 2. März. (W. H.) Die hier tagende Generalversammlung des Deutschen Lithographenbundes beschloß einstimmig die Auflösung des Bundes und Verschmelzung mit dem Verbande der Lithographen und Steindrucker.

Aussperrung aus Uebermut.

Budapest, 2. März. (W. H.) In der Torpedoabteilung der Danubius-Schiffsbaugesellschaft wurden alle Arbeiter wegen erhöhter Lohnforderungen ausgesperrt, trotzdem die Fabrik gegenwärtig dringende Bestellungen des Militärs auszuführen hat. Die Fabrik betrachtet die Forderungen der Arbeiter als ungerechtfertigt.

Katastrophen.

New York, 2. März. (W. H.) In Tampa (Florida) sind fünf große Zigarrenfabriken und 300 andere Häuser niedergebrannt.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Bukarest:

Im Hafen von Konstanza wütet ein großer Brand in den Warenmagazinen. Der Schaden wird auf eine Million geschätzt. Die Petroleumlager sind unberührt.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

117. Sitzung vom Montag, den 2. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Anfangs niemand, später v. Bethmann-Hollweg und Delbrück.

Präsident Graf Stolberg erbittet und erhält von dem Hause die Ermächtigung, dem Alterspräsidenten Abg. v. Winterfeldt-Menkin zu seinem heutigen 85. Geburtstage zu gratulieren.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der ersten Beratung der sogenannten großen Gewerbeordnungs-novelle.

Abg. **Enders** (frs. Vp): Die Sozialdemokratie will die Schäden, die die Heimindustrie hat, durch ihre völlige Abschaffung und Unterdrückung beseitigen. Das ist die Kur, die schon Dr. Eisenbart lebhaft empfohlen hat. (Heiterkeit b. d. Frs.) Wir sind nicht dazu bereit, nur damit durch die Fabrik die Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaften erleichtert wird, Hunderte und Tausende von Existenzen zu vernichten. Denn wir wollen Not beseitigen, nicht Not schaffen. Die Heimarbeiterausstellung in Berlin war eine soziale Tat, aber sie war doch einseitig und tendenziös. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Für unsere Sonneberger Spielwarenindustrie sogar entstellt und unwahr. (Hört! hört! bei den Freisinnigen, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Bei ihren Darstellungen mußte man sich allerdings sagen: lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Aber trotz der elenden Wohnungsverhältnisse, der übermäßigen und unregelmäßigen Arbeitszeiten, der Kinderarbeit und der Mängel der Organisation ist die Hausarbeit in ihrem Kerne gesund und wirtschaftlich und sozial notwendig und berechtigt. (Unruhe bei den Soziald.) Nur eine lokale Regelung für die einzelnen Industrien kann die zweifellos vorhandenen Schäden beseitigen. Heute erscheint uns notwendig, die Ausdehnung der Versicherung und alle die Formen des Hausgewerbes, das Verbot der Kinderarbeit in allen gesundheitsgefährlichen Industrien und das Hand in Hand gehen einer positiven Hülfsaktion mit den Verboten. Auch muß die Selbsthülfe der Heimarbeiter durch die Arbeitskammern organisiert werden: nur wenn sie die starken sozialen Waffen der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation anwenden, kann ihre Lage verbessert werden. Die Vorlagen, deren Fassung vielfach unbefriedigend ist, werden hoffentlich aus der Kommission so herauskommen, daß sie einen Markstein bilden auf dem Wege zur Gesundung des deutschen Volkes. (Bravo! bei den Freisinnigen, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Burckhardt** (wirtsch. Vg.) polemisiert gegen die Ausführungen der Abgg. Geyer und Molkenbuhr, die ohne Grund verallgemeinert hätten und bespricht die Lage der Heimarbeiter seines Wahlkreises.

Abg. **Naumann** (frs. Vg.):

Der Abg. Geyer hat ein sehr dunkeles Bild von der Hausindustrie entworfen, mein Parteifreund Enders hat versucht, ein helleres Bild zu entwerfen. Tatsächlich gibt es hellere und dunklere Stellen in ihr; es werden in ihr zum Teil vorzügliche Waren hergestellt. Aber immer bleibt die Tendenz in ihr, die Löhne zu drücken. Typisch für die Hausindustrie ist der billige Durchschnitt und was darunter ist. Man muß deshalb bei der Beurteilung der Hausindustrie von der Beurteilung der Waren ausgehen und deshalb war die Ausstellung der richtige Weg. Sie hatte die Tendenz, den Blick zu schärfen für den Zusammenhang zwischen der Ware und der Lebenshaltung der Produzenten. Deshalb wollen wir auch der nächsten Heimarbeiterausstellung in Frankfurt unsere besten Wünsche mitgeben. In der ganzen übrigen Welt ist die Kultur gestiegen, bei den Hausindustriellen ist sie seit Jahrzehnten dieselbe geblieben. Während die ganze übrige Welt sich gewandelt hat, ist die Hausindustrie stationär geblieben. Das eherne Lohngesetz hat sich bis heut in der Mehrzahl der hausindustriellen Betriebe als wahr erwiesen. Wer sich durch die Ausstellungen nicht belehren lassen will, für den genügt der Besuch eines Warenhauses; jedes Warenhaus ist eine Hausindustrieausstellung. Die billigen Preise der Warenhausartikel für Geschenke zum lieben Weihnachtsfest könnten nicht sein ohne elende Löhne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder, der billige Schundware kauft, trägt zur Verbreitung der Hausindustrie so viel bei, daß wir mit der Gesetzgebung nicht dagegen aufkommen. Die Frage der Hausindustrie ist nicht eine Frage der Profitwut der Unternehmer, sondern die ganze Volkskultur hat noch zu viele Züge und Tendenzen der Unsolidität, die auf den Schein einer Ware gerichtet ist. Da sind wir an der Grenze der Macht der Gesetzgebung. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Der Abg. Geyer sprach viel vom Verbot der Heimarbeit. Es ist mir nicht ganz klar geworden, ob er sie überhaupt verbieten wollte oder nur in der Tabakindustrie. (Abg. Geyer [Soz.]: Nur in der Tabakindustrie.) Nun, der Gedanke des völligen Verbots der Heimarbeit wird vielfach vertreten und keineswegs nur von Sozialdemokraten, sondern von Fabrikanten und Industriellen, welche die Heimarbeit als Schmutzkonkurrenz empfinden und auch von solchen Fabrikanten, die selbst Heimarbeiter beschäftigen und viel Uebelstände dieser Beschäftigung empfinden. Unter der Arbeiterschaft vertreten den Gedanken des Verbots der Heimarbeit lediglich die Fabrikarbeiter, welche ebenfalls die Heimarbeit als Schmutzkonkurrenz empfinden. Wie viele Heimarbeiter selbst für ein solches Verbot stimmen würden, wird sehr schwer festzustellen sein. Ferner vertreten den Gedanken des Verbots theoretische Sozialpolitiker, welche an die Reformierbarkeit der Heimarbeit nicht glauben. Für die Aufrechterhaltung der Heimarbeit hat man auf die wohltätigen Folgen für das Familienleben hingewiesen. Ich, der ich aus einem Heimarbeitergebiet stamme, habe darüber andere Ansichten, und bedeutet denn etwa überhaupt der Uebergang zur Fabrikarbeit eine Herabsetzung der sittlichen Qualitäten? Die Frage ist lediglich, ob das Verbot der Heimarbeit technisch durchführbar ist. Man kann wohl einen Zweig der Heimarbeit verbieten, dann gehen die Heimarbeiter aber in einen anderen Zweig der Hausindustrie über. Das allgemeine Verbot ist technisch undurchführbar, denn man kann doch nicht den Satz in die Gesetzgebung aufnehmen: Strafbar macht sich jeder, der etwas verkauft, was er in seiner Privatwohnung hergestellt hat. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Das Verbot der Heimarbeit hätte auch eine große Bedeutung für die Armenpflege. In Berlin gibt es 190 000 Heimarbeiterinnen, die in die Fabrik überzuführen eine sachliche Unmöglichkeit ist. Zum Teil leben sie von Heimarbeit, zum Teil von der Armenpflege. Mit dem völligen Verbot würden sie ganz der Armenpflege anheimfallen. Nur partielle Verbote können daher aus gesundheitlichen und ethischen Gesichtspunkten ins Auge gefaßt werden. Der Gedanke der Reformierbarkeit muß festgehalten werden, doch darf man sich auch davon nicht allzuviel versprechen. So wird in dem Gesetz vorgeschrieben, daß die Schlafräume freizuhalten sind von der Arbeit. Man hat dabei eine sehr schöne Vorstellung von gesunden und gut gelüfteten Schlafräumen. Nur fragen die Leute, welche in der Küche, im Korridor, einfach überall schlafen, wo sollen wir denn die Schlafstuben hernehmen, von denen der Gesetzgeber spricht. In Wirklichkeit heißen diese und ähnliche Vorschriften in bezug auf den Luftraum einfach: Schafft Euch gesunde Wohnungen an. Und die Leute fragen mit Recht: Wovon denn? Darauf antwortet das Gesetz: Das ist Eure Sache, wir bestimmen nur im § 19, daß Ihr bestraft werdet, wenn Ihr die Wohnungen nicht habt! Von dem Lohn, der für bessere Wohnungen nicht ausreicht, sollen die Leute dann die Strafe bezahlen, weil sie schlechte Wohnungen haben. Gleichzeitig will das Gesetz ihnen die Möglichkeit nehmen, ihre Kinder zu beschäftigen. Gewiß ist die Einschränkung der Kinderarbeit eine absolute Notwendigkeit; aber eine Lohneinbuße bedeutet sie für die Heimarbeiter sicherlich. Wer soll zudem die Kontrolle ausüben? Mein Parteifreund Enders sagte: die Schule. Ich glaube aber, die Lehrer in den Landgemeinden werden nicht gern die Angeber für gewerbliche Kontraventionen sein. (Sehr richtig!) Man müßte also auf Kontrollbestimmungen des Gesetzes kommen und wieder neue Funktionäre der öffentlichen Gewalt schaffen, die dem Gewerbe nachlaufen bis in seine letzten Ecken. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Sollte nicht eine Gewerbebehörde möglich sein, die auf Wahlen und Selbsttätigkeit der Beteiligten beruht? Das wichtigste in dem Entwurf scheint mir die Einführung des Registers der Hausindustriellen zu sein. Durch dieses öffentliche Register werden wir hoffentlich die verschämte Hausindustrie der Leute beseitigen, die durch ihre Heimarbeit unlautere Konkurrenz treiben, denn sie arbeiten, ohne von ihrer Arbeit ihren ganzen Lebensunterhalt zu bestreiten. Wir wollen lediglich den Heimindustriellen helfen, denen das ganze Leben nichts ist als eine bleierne Kette monotoner Arbeit. Mit dieser ganzen Frage hat die Blockpolitik nichts zu tun (Bravo links), hier stehen wir als Menschen zu Menschen, als Leute, denen es besser geht, denen gegenüber, die nichts haben als Not und Elend. Nur vom Standpunkte der reinen Menschlichkeit müssen wir diese Gesetzgebung betrachten. (Bravo! links.)

Abg. **Schiffer** (Z.)

bedauert, daß der Entwurf nicht auch für die männlichen Arbeiter den zehnstündigen Maximalarbeitstag einführt. Hier ist uns das Ausland, z. B. Frankreich, über, und wenn die französische Industrie diesen Zehnstundentag erträgt, wird es die deutsche Industrie auch können. Die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter steigt erfahrungsgemäß mit der Verkürzung der Arbeitszeit. (Sehr richtig!) Wenigstens sollte der sanitäre Maximalarbeitstag ausgedehnt werden z. B. auf die Hütten- und Walzwerkarbeiter, die in einer wahren Höllenglut arbeiten. Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen sollte möglichst eingeschränkt werden.

Erfreulich war es, daß die meisten Redner sich für Arbeiterausschüsse ausgesprochen haben; aber vom Standpunkt der Arbeiter muß ich verlangen, daß es sich auch um wirkliche Arbeiterausschüsse handeln muß, nicht bloß um eine Dekoration.

Sehr beklagen möchte ich, daß der Entwurf sich in keiner Weise mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter beschäftigt. Ein Ausbau und eine Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter wäre in diesem Entwurf sehr wohl möglich. Wenn die Herren vom Bundesrat wüßten, wie sehr gerade jetzt bei der niedergehenden Konjunktur die Unternehmer an Arbeiterführern sich zu rächen suchen, würden sie das wohl für nötig halten. Dazu kommt der ungleiche Rechtszustand für Arbeiter und Unternehmer. Arbeiter werden wegen Mißbrauch des Koalitionsrechts in strengster Weise bestraft, mit entehrender Gefängnisstrafe belegt. Wenn aber Unternehmer nicht nur durch Anwendung von Drohungen und Verrufserklärung, sondern durch Brotlosmachung Dutzende von Arbeitern einfach zwingen, von ihrem staatsbürgerlichen Koalitionsrecht nicht Gebrauch zu machen, gehen sie frei aus. Wir behalten uns vor, entsprechende Anträge in der Kommission zu stellen. Wir beantragen, da es noch nicht gescheben ist, die Verweisung der Vorlagen an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Everling** (natl.):

Die Verhandlungen waren recht erfreulich bis auf die unerfreuliche Haltung der Sozialdemokratie, welche unerfüllbare Forderungen aufstellte. Abg. Naumann hat ihnen nicht ganz sekundiert, indem er die Unmöglichkeit des Verbotes der Hausarbeit einsah. Aber warum sollte das Verbot wünschenswert sein? Es ist nicht richtig, daß die Hausindustrie die Löhne drückt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Hausindustrie hat sittliche Momente, indem sie die Leute selbständig erhält und ein idyllisches Familienleben ermöglicht. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) An der Beseitigung der Mißstände der Heimindustrie wollen wir mitarbeiten. Aber welcher Zauber liegt in dem Worte „Heim". (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Arbeit und Heim sind die größten Worte, die wir haben, wir wollen mit darauf hinarbeiten, daß ihre Verbindung etwas darstellt, was ihrer Bedeutung entspricht. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Günther-Plauen** (frs. Vp.): Es gibt in der Heimarbeit nicht nur dunkle, sondern auch helle Gebiete. In der sächsischen Spitzenindustrie werden jährlich für 60—70 Millionen Mark Waren hergestellt, davon die Hälfte in der Hausindustrie, der Wohlstand der Bevölkerung hat sich seit der Ausdehnung der Hausindustrie erheblich gehoben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, daß der Gesetzentwurf es vermieden hat, den von den Sozialdemokraten gepriesenen Weg des völligen Verbots der Heimarbeit zu betreten. Redner wendet sich dann zu den übrigen Bestimmungen der Vorlage, wobei er die weitgehenden polizeilichen Befugnisse für bedenklich erklärt. Auch erscheinen ihm die 60 Ausnahmetage vom Normalarbeitstage als zu gering.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Die Herren Vorredner hatten es so hingestellt, als ob wir ganz unerfüllbare Forderungen erheben, und als ob wir die ganze Heimindustrie vernichten wollen. Davon ist auch nicht ein Wort richtig. Der Parteigenosse Geyer hat Ihnen lediglich mit beweiskräftigen Ziffern dargelegt, daß in der Zigarren- und Tabakindustrie sich die Heimarbeit nur durch die allergrößte Ausbeutung halten kann, und daß aus diesem Grunde nötig ist, ein vollständiges glattes Verbot dieser Art der Ausbeutung auszusprechen. Im übrigen wissen ja die Vorredner, daß wir einen Gesetzentwurf auch in dieser Session wieder vorgelegt haben, in dem ganz klar abgegrenzt ist, in welchen Fällen die Ausbeutung der Heimindustrie nicht mehr fortbestehen soll. Wir wollen uns doch nicht vormachen lassen, als ob es sich bei Ihnen darum handelt, die Heimindustrie um der Arbeiter willen zu erhalten, während es Ihnen doch vielmehr darauf ankommt, die

Ausbeutung der Heimarbeiter

noch freier zu gestalten als bisher. Was mich beinahe empört hätte, wenn ich solche Ausführungen von freisinnigen Herren nicht schon gewohnt wäre, waren die Ausführungen der Herren Everling und Günther. Herr Everling stellte es so hin, als ob eitel Glück und Wohlergehen in der Heimindustrie herrsche. Er erzählte, daß er ein altes Ehepaar getroffen habe, das er um sein Zusammenarbeiten beneidet hätte. Wenn die alten Leute ihn gefragt haben, ob er nicht mit ihnen tauschen wolle, so waren sie also so höflich, in dieser höhnischen Weise ihrer Empörung über seine Verständnislosigkeit Ausdruck zu geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemo-

Kleines Feuilleton.

Theater.

Lustspielhaus: Hinterm Zaun, ein Stilleben in drei Akten von Karl Rößler. Das Stück, über dessen erfolgreiche Aufführung in Wien hier schon berichtet wurde, gelangte in einer Nachmittagsvorstellung vor geladenem Publikum zur Aufführung. Es gehört nicht wie Rößlers jetzt vielgespielter „Wolkenkratzer" zu jener Durchschnitts-Komödiensorte, bei der die Inspiration aus den erwarteten Tantiemen fließt. Man merkt, der Autor steht zu diesen Szenen in einem persönlichen Verhältnisse, er hat Erlebtes oder doch Stimmungsniederschläge sich von der Seele schreiben wollen. — Mit ein paar Situationen, die die Misere einer wandernden Schauspielertruppe, das Nebeneinander von dumpfer Depression und galgenhumoristischem Leichtsinn ungeschminkt naturalistisch wiedergeben, setzt die Skizze ein, um dann kontrastierend als Kehrseite Ruhm und Glück eines hoch emporgestiegenen Schauspielerpaares satirisch zu beleuchten. Eine Handlung, die die beiden Teile innerlich verknüpft, existiert nicht; ein äußerer Zusammenhang wird durch ein paar arge melodramatische Gewaltsamkeiten hergestellt. Der junge Bursche, der in den Vororten Karten für die Abendvorstellung vertreibt, wird bei der Gelegenheit von Gerda Stürmer, der eleganten Hofschauspielerin, als ihr uneheliches Kind erkannt. Er trifft, nachdem ihm von ihr erst ein alter reicher Herr als sein Erzeuger vorgestellt ist, zufällig mit dem Mann, dem er in Wahrheit sein Leben verdankt, zusammen, einem Maler, den Gerda seiner Armut wegen verließ und der nun, kalt und ausgebrannt, die letzten Illusionen des jungen Menschen niedertritt. Es sind massige Hebel, zu denen Rößler, um nur etwas scheinbare Bewegung in dieses „Stilleben" zu bringen, greift, aber es wäre unrecht, die Arbeit nach dieser äußeren Zurüstung zu beurteilen. Das worauf es ihm ankam, die Schilderung und Satire hat anschaulich interessante Momente. Wie die armen Schlucker des ersten Aktes, so tragen auch die Sekttrinkenden Herrschaften des zweiten Teils, die Prinzen erobernde Frau Gerda ihre gerissene Gesellschafterin und der ordenslüsterne Gatte, der große Hofschauspieler Stürmer, bei mancher karikierenden Uebertreibung, doch individuell prägnante Züge. Die Frivolitäten münden aus in eine Stimmung bitteren Hohnes. Die Aufführung war vorzüglich. In erster Reihe sind Gertrud Arnold, Ida Becker, Franz Schönfeld und Reinhold Köstlin zu nennen. Unter den Schmieranten traten besonders die Herren Beckmann und Impekoven hervor. Der Applaus war stark. dk.

Humor und Satire.

— Bei einem Hofball sehen zwei Herren zu, wie ein anderer sehr eifrig um den Minister schwänzelt. Der eine der beiden, der selbst in dem Rufe steht, daß er sich mächtig um die Gunst des Ministers mühe, sagt zu dem anderen: „Es ist gräßlich, wie der X. dem Minister reinkriecht!" — „So", meint der andere, „Sie sind ihm wohl schon mal drin begegnet?"

— Der dreifache Assistent. In der Rubrik „Amtliche Nachrichten" berichtet die „Badische Presse" in ihrer Nr. 67 vom 11. ds.: „Mit Entschließung Großherzogl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 4. Februar d. J. wurde Eisenbahnassistent Frz. Wagner in Neulußheim mit der Amtsbezeichnung „Betriebsassistent" zum Expeditionsassistenten ernannt." — O heiliger Bureaukratius! Die Herrn Beamten haben halt doch Chancen.

(„Jugend".)

— Die wahren Ursachen der Feuerbestattung. Warum die Leute eigentlich in Gotha und anderswo ihre Leichen verbrennen lassen oder auch gegen ihren Willen verbrannt werden, das hat nach emsigen Studien der „Pfarrerverein", ein Blatt zur Weiterbildung der Pfarrer, herausgebracht. Was die Qualität der Feuerofenbenutzer anlangt, so kommen nach ihm (in Gotha) zuerst die Selbstmörder, dann die Aengstlichen, die Furcht vor dem Lebendigbegrabenwerden haben, und zuletzt solche, bei denen man vorgenommene Vergiftungen verdecken will. In diesem Sinne fordert das um das Wohl seiner Mitmenschen besorgte Blatt „alte Erbonkel, reiche, häßliche Frauen und dergleichen Personen auf, die Leichenverbrennung im Testament auszuschließen, um niemand in Versuchung zu führen."

Notizen.

— Theaterchronik. Zur Feier des 70. Geburtstages von Adolf L'Arronge wird am Mittwoch im Schiller-Theater O. sein Lustspiel „Der Weg zum Herzen" und am Sonnabend im Deutschen Theater „Der Compagnon" aufgeführt. — Als Novität wird für Sonnabend im Neuen Schauspielhause „Der Dummkopf" von Fulda angekündigt. — Das Lessing-Theater bereitet den „Teufel" des Ungarn Molnar vor. — Hansi Niese verlängert (mit Reh und Truppe) ihr Gastspiel am Berliner Theater bis zum 31. März.

— Wochenplan des Schiller-Saals, Charlottenburg. Dienstag 8 Uhr: 9. Liederabend; Mittwoch: Fritz Stahl über Michel Angelo. Freitag 9 Uhr: Dr. E. Münzer über Peter Tschaikowski (mit musikalischen Erläuterungen). Sonnabendnachmittag 6 Uhr: Prof. Schubring: „Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken." Sonnabend 9 Uhr: Dr. M. Burkhardt über: „Die Ballade". Sonntag, den 9. März: Karl Maria von Weber-Abend.

— Die Lucca und die Politik. Die Sängerin, die jetzt 67jährig, achtzehn Jahre nachdem sie nicht mehr auf der Bühne gesungen hatte, gestorben ist, hat — wie man zu sagen pflegt — in den sechziger Jahren ganz Berlin berauscht. Die Wienerin, die durch einen glücklichen Zufall von einer unbeachteten Choristin zur Primadonna emporstieg, war nach dem Urteil der Zeitgenossen eine gleich große Sängerin wie Darstellerin, die den Teufel in der Kehle und in der ganzen kleinen, munteren Person hatte. Durch ihr Temperament und ihr Feuer, die sich um die vorgeschriebenen Takte und Tempi nicht immer kümmerten, entzückte sie mit ihrem Mezzosopran als Carmen, als Frau Fluth, als Leonore. . . In der Welt, in der man sich nicht langweilt, war sie jahrelang das Thema, und als sie mit ihrer Rivalin, der Mallinger, in Konflikt geriet, war das ein wichtiges Ereignis, um das sich Kämpfe für und wider entspannen. Der Kampf der Sängerinnen endigte 1872 mit dem Weggange der Lucca. Direkt politisch aber wurde eine Affäre der Lucca mit Bismarck, die für unsere Kulturgeschichte ebenso bezeichnend ist. In Ems hatten sich beide in einer Laune zusammen photographieren lassen. Das erregte großes Aergernis bei den Frommen. Und der große Mann kroch richtig zu Kreuze, indem er sich entschuldigte, Besserung versprach und darauf hinwies, daß die Lucca, wenn auch Sängerin, so doch auch eine Dame sei (sie habe einen adeligen preußischen Leutnant a. D. geheiratet), der man so wenig wie ihm selbst, jemals unerlaubte Beziehungen nachgesagt habe. So endigte diese Haupt- und Staatsaktion.

— Neues von den Elementen. Die bereits im vorigen Jahre angekündigte Zerlegung des Elements Ytrium in zwei neue Elemente: Neoytrium und Lutetium durch G. Urbain wird neuerdings aus Paris bestätigt. Die Atomgewichte der beiden Elemente sind inzwischen festgestellt und diese damit in das System eingefügt worden. — Das im Jahre 1868 im Spektrum der Sonne entdeckte und jetzt durch seine neuentdeckten Beziehungen zum Radium wichtig gewordene Element Helium war das einzige, das man bisher nicht aus dem gasförmigen in die beiden anderen Aggregatzustände hatte überführen können. Die theoretisch längst feststehende Ueberführbarkeit ist nun auch tatsächlich vollzogen worden durch den Professor Kamerlingh Onnes. Im Leidener Universitätslaboratorium gelang es ihm, Helium bei —272 Grad in den festen Zustand zu überführen. Da der errechnete absolute Nullpunkt bei —273 liegt, ist man bis auf einen Grad diesem errechneten tiefsten Kältepunkt nahe gekommen.

— Die Kolonialmöbel. Welch reiche Möglichkeiten dem deutschen Bürger, der sein Heim sinnig, ausdrucksvoll und kolonialpatriotisch schmücken will, zur Verfügung stehen, zeigt folgende Auktionsnotiz: In der Kunstauktion bei Lepke wurde ein ausgestopfter Alligator versteigert, der, aufrecht stehend, mit den Vorderflossen ein ovales Messingtablett hält. Der Spaß kostete 62 Mark. Der Alligator bildet das Gegenstück zu einem kürzlich versteigerten Elefantenfuß, aus dem ein Ruhesessel angefertigt worden war.

Wie wär's, wenn Herr Dernburg eine Ideenkonkurrenz und eine Ausstellung mit Preisen für besonders geschmackvolle Adaptierung von diesen und anderen Kolonialerzeugnissen veranstaltete? Wir wollen dabei sehr gerne positiv mitarbeiten.

kraten.) Die Heimarbeiter müßten schon ganz degeneriert und geistig defekt geworden sein, wenn sie es glauben würden, daß wir die Heimarbeiter vernichten wollen, wenn wir uns gegen die Ausbeutung in der Heimindustrie wenden. Der Herr Vorredner hat von dem

hohen sittlichen Wert der Kinderarbeit

gesprochen. Das sind dieselben Redewendungen, die wir nun schon beinahe ein Jahrhundert von den enragiertesten Kinderausbeutern gehört haben. In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es die Textilindustriellen, die sich entschieden dagegen sträubten, daß die Kinder nicht zur Arbeit herangezogen werden sollten. Als der Kultusminister gegen diese Kinderarbeit Front machte, beschwerten sich die Industriellen, daß man die Kinder noch gar in die Schule schicke. Und als der König Rechenschaft darüber forderte, warum die Stellungspflichtigen zum Militär immer minderwertiger würden, besonders in den Gegenden, wo die Kinderausbeutung herrschte, wurde ihm entgegengehalten, das läge daran, daß der Kultusminister verlange, die Kinder sollten in die Schule gehen. Damals wurde zum erstenmal dieser grausamen Kinderausbeutung entgegengetreten. Sind denn alle die Erhebungen, die öffentlichen Darlegungen aus England in der Mitte des vorigen Jahrhunderts so spurlos an den Herren vorübergegangen? Herr Naumann hat Ihnen ja einigermaßen das Bild des Elends in der Heimindustrie gezeichnet. Wir haben in unserem Antrag lediglich verlangt, daß die gewerbliche Herstellung und Bearbeitung von Nahrungs- und Genußmitteln durch Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiter untersagt werden soll. Und ferner, daß durch Beschluß des Bundesrats die Herstellung oder Bearbeitung von Waren durch Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiter verboten werden soll, wenn durch diese Herstellung oder Bearbeitung das Leben oder die Gesundheit der bei derselben beschäftigten Personen gefährdet wird oder dabei eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit der Konsumenten eintreten kann. Das ist doch das **mindeste**, was verlangt werden kann im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und der Konsumenten. Ferner haben wir verlangt, um der Ausbeutung in der Heimindustrie zu begegnen, daß ein

Lohnminimum

soweit wie möglich garantiert werden muß. Dieser Entwurf, den wir vorgelegt haben, ist durchaus durchführbar, wenn man nur der Ausbeutung wirklich zu Leibe gehen will. Sie aber wollen den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch auffallend, daß gerade die Herren Fabrikanten sich für die Regierungsvorlage besonders ereifern und sie als eine ungeheure Großtat hinstellen, während man gegen die Tatsachen, die mein Parteigenosse Geyer vorgebracht hat, keinen Grund hat anführen können. Herr Naumann hat zu meinem Bedauern sich dahin ausgesprochen, daß in der bürgerlichen Gesellschaft das Elend der Heimarbeit und die Armenpflege untrennbar verbunden seien. Ist das nicht die

allerschlimmste Anklage,

die Sie gegen Ihre Gesellschaftsordnung erheben können? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unsittlich und ungerecht, zu erklären: Wir können dabei nichts machen; damit die Leute überhaupt noch weiter arbeiten können, müssen wir diese grausame Ausbeutung weiter gestatten. Nein, hier heißt es, herzhaft anfassen. Herr Naumann meinte, die Dinge, die jetzt in der Heimarbeit hergestellt werden, würden dann überhaupt nicht hergestellt werden. Er weiß doch aber aus der Heimarbeitsausstellung, daß durchaus nicht nur minderwertige Dinge in der Heimarbeit erzeugt werden. Es werden außerordentlich wertvolle Sachen, seidene Kleider, Litzen für Generalsuniformen, wertvolle Stickereien in der Heimarbeit angefertigt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was nützt der Appell an die Frauen, sie sollten nicht so billig kaufen, sie sollten bedenken, daß die schönsten Prunkkleider in dem Elend der Heimindustrie hergestellt werden. Mit diesem Appell an die Wohlhabenden wird nichts erreicht, dadurch ist den Heimarbeitern nicht geholfen. Es ist auch nicht richtig, daß die Dinge sonst nicht hergestellt würden. Wenn ich heute eine Krawatte kaufe, so kaufe ich sie doch nicht deswegen, weil sie in der Heimindustrie hergestellt ist, sondern weil ich sie brauche. Dem Käufer ist es ganz gleichgültig, wo die Sachen hergestellt sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will übrigens daran erinnern, was ich vorher vergaß zu bemerken: als ich das hohe Lied von dem Segen der Kinderarbeit aus dem Munde des Herrn Günther hörte, da mußte ich lebhaft an den Mann denken, der gelegentlich betreffs der Kinderarbeit erklärte: Wie weit sind wir doch in der Kultur, bei uns arbeiten sogar schon die fünf- und sechsjährigen Kinder. Das ist der Standpunkt, den auch die Herren Günther, Enders, Everling vertreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Arbeiter kann das gar nicht anders wirken, als daß sie sagen: Wir leben in großem Elend, und da kommen die Herren Abgeordneten her und meinen, wie wunderschön wir es haben. Alle diese Darlegungen dieser Herren Freisinnigen und Nationalliberalen sind genau ebenso und mit genau denselben Worten gemacht zur

Beschönigung der Kinder- und Frauenausbeutung,

als man diese einschränken wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nein, meine Herren, auf dem Gebiete der Heimarbeit muß gründlich vorgegangen werden.

Mein Freund Molkenbuhr hatte durchaus recht, als er behauptete, auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung habe der Bundesrat heute bereits das Recht, Verordnungen auch für die Heimarbeit zu erlassen. Der Regierungsvertreter hat am Sonnabend freilich versucht, es so darzustellen, als ob zwar die Tatsachen, die Molkenbuhr angeführt hat, richtig seien, nicht aber die Deutung, die er ihnen gegeben. Und er behauptet, daß der Bundesrat nicht das Recht habe, Verordnungen für Familienbetriebe zu erlassen. Der Beweis ist ihm jedoch nicht gelungen. Ich betone noch einmal einen Punkt, über den der Regierungsvertreter hinweggegangen ist. Als die Verwendung des Phosphors vom Bundesrat verboten wurde, wurde nicht Halt gemacht und zwar mit Recht nicht Halt gemacht, bei der Familie, sondern mit vollem Recht ist auch in die Familienbetriebe hineingeleuchtet worden. Damals hat der Bundesrat also die Bestimmungen so aufgefaßt, wie man sie auch auffassen muß, wenn anders man annimmt, daß Heimarbeiter auch Arbeiter sind. Das aber ist eben der schwierige Punkt, das ist der Hauptpunkt, um den es sich handelt. Sie wollen sich aber auf den Standpunkt stellen, als ob die Heimarbeiter keine Arbeiter seien, sondern selbständige Gewerbetreibende. Dieser Auffassung muß auf das allerentschiedenste entgegengetreten werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wäre diese Auffassung richtig, so könnten Schutzbestimmungen für die Hausarbeiter überhaupt nicht gemacht werden. Die Judikatur freilich ist zwiespältig, eine ganze Anzahl Gewerberichter sind zu einer solchen Auffassung gelangt. Deswegen ist es bei dieser Novelle notwendig, entschieden zu betonen, daß der Begriff des Arbeiters so festgelegt werde, daß es der Rechtsprechung nicht möglich ist, mit Auslegungen und Unterlegungen aus dem Arbeiter etwas anderes zu machen, als er ist, nur um ihm den Schutzbestimmungen für Arbeiter zu entziehen. Im Jahre 1890 ist uns hier von dem Minister Berlepsch bei der damaligen Arbeiterschutzvorlage die offizielle Versicherung gegeben worden, es bestehe die Absicht, die

Arbeiterschutzbestimmungen auch auf die Heimarbeiter auszudehnen.

Wörtlich hieß es: Ich hoffe, daß es möglich sein wird, solche Verordnungen für diejenigen größeren Industriezweige, in denen der Hausbetrieb mit dem Fabrikbetrieb konkurriert, bis zum 1. April 1893 zu erlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bis zum 1. April 1893 ist keine einzige derartige Verordnung ergangen und 1897 ist lediglich eine Verordnung für die Konfektionsindustrie und dann für die Tabakindustrie ergangen. Sie sehen also, wie wenig auf solche Versprechungen der Regierung zu geben ist. Heute kommt die Regierung und sagt: Gebt uns die Vollmacht zu solchen Verordnungen, denn bis jetzt haben wir diese Vollmacht noch gar nicht. Wenn die Regierung so hin- und herschwankt mit der Rechtsauffassung, kann man wenig auf ihre Versicherungen geben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So liegt es übrigens nicht nur auf dem Gebiet der Heimarbeit. Das Bestreben, große Mengen Arbeiter aus dem Arbeitsvertrag herauszuheben, ist auch sonst vorhanden. Namentlich bei der preußischen Regierung ist dieses Bestreben in außerordentlichem Maße vorhanden. Schon der Abgeordnete Molkenbuhr hat darauf hingewiesen, daß im vorigen Jahre der preußische Handelsminister zu allgemeinem Erstaunen erklärt hat, die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten seien nicht Arbeiter, sie seien den **Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung entzogen.** Im Jahre 1869 hat der preußische Handelsminister das Gegenteil erklärt, am 12. Juni 1877, am 10. September 1877, ebenso am 11. November wurde hier ausdrücklich erklärt, daß es die Absicht der Regierung und der Judikatur sei, daß **die Arbeiter in den Eisenbahnbetrieben der Gewerbeordnung unterworfen** sind. Ausgenommen wurden nur die Arbeiter, die unmittelbar dem Verkehr dienen. Jetzt dagegen kommt der Minister und

nimmt mit einem einzigen Federstrich Tausenden von Arbeitern das Recht,

welches sie haben. Wenn der preußische Eisenbahnminister sich dieser irrigen Ansicht anschließt — und warum soll er das nicht, ist es doch das Vorrecht preußischer Minister, falsche Ansichten zu haben (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) — dann müßte jetzt doch das Reichsamt des Innern kommen und sagen, wir wollen unter allen Umständen bei dieser Novelle zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten unter die Gewerbeordnung fallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber **kein Wort davon** steht in dem Gesetzentwurf, und da wundern Sie sich noch, wenn wir sagen, der Entwurf enthält keine Verbesserung, sondern nur eine **Verschlechterung, und das Unrecht wird durch ihn sanktioniert.** Auch von anderen Arbeitergruppen ist von allen Seiten des Hauses anerkannt worden, daß es notwendig ist, sie der Gewerbeordnung zu unterstellen. Ich erinnere nur an die Gärtner. Bereits 1890 ist es ihnen versprochen worden, daß sie der Gewerbeordnung unterstehen sollen. Die Judikatur ist dann aber andere Wege gegangen und kein Gedanke ist jetzt daran, sie jetzt bei dieser Novelle der Gewerbeordnung zu unterstellen. Mit den Bureauangestellten verhält es sich ganz ebenso. Auch sonst versucht man Arbeiter zu selbständigen Unternehmern zu stempeln. So hat man die Kolonnenarbeiter bei den Maurern in der Rechtsprechung als eine Gesellschaft von Unternehmern behandelt und dadurch dem Bauschwindel außerordentlich Vorschub geleistet. Aber kein Wort davon ist in der Vorlage enthalten, das zu beseitigen. Ebenso verhält es sich mit der Akkordarbeit, von der man 1896 versprochen hatte, sie beim Bürgerlichen Gesetzbuch zu regeln. Auch dies Versprechen ist nicht gehalten und ebenso wenig soll es in dieser Novelle geschehen. Statt dessen bringt auch diese Vorlage nichts weiter als eine

neue Zersplitterung

der Rechtsverhältnisse der Arbeiter. Der Staatssekretär hat sich darüber beklagt, daß wir sein Machwerk ein unsauberes Flickwerk genannt haben. Mag er doch etwas Besseres schaffen, Stückwerk wird es vielleicht auch dann bleiben. Aber es wird wenigstens nicht mehr die gesunde Entwickelung hindern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Freilich, wenn der Entwurf nicht einmal vorher den Arbeiterorganisationen, **sondern nur den Arbeitgebern vorgelegt ist,** so kann man sich nicht darüber wundern, daß die Herren, die keine Sozialpolitik wollen, die Vorlage, die aus dem Geiste der Scharfmacher geboren ist, über das Schellendaus loben, und daß wir, die die Arbeiterinteressen vertreten, sie aufs schärfste verurteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die besten Bestimmungen der Vorlage sind noch schlechte Abschriften von Anträgen, die wir **vor 10 Jahren** gestellt haben. (Heiterkeit.) So soll z. B. das ein außerordentlich großer Fortschritt sein, daß der Arbeiter jetzt ein Zeugnis über Art und Dauer der Beschäftigung schon vom Tage der Kündigung an fordern kann. Wir hatten bei der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches und beim Handelsgesetzbuch beantragt, daß die Zeugnisse gefordert werden könnten vom Tage der Kündigung an und nach Abgang. Damals wurde unser Antrag als überflüssig abgelehnt und die Regierung erklärte in Uebereinstimmung mit der Kommission, daß nach Maßgabe der Bestimmungen über Treu und Glauben sowieso ein Zeugnis vom Tage der Kündigung an und auch nach dem Austritt verlangt werden könne, jetzt soll durch den Wegfall der Worte „nach dem Austritt" neuer Zweifel geschaffen und zum mindesten die Handlungsgehülfen benachteiligt werden. Wenn der Staatssekretär auch nur die kleinen Mängel der Vorlage hätte beseitigen wollen, so hätte er die Vorschläge annehmen müssen, die der badische Gewerbeinspektor Wittmann in der „Sozialen Praxis" gemacht hat. Aber nicht einmal diese rein redaktionellen Aenderungen hat er akzeptiert. Als einen großen Fortschritt feiert man die Bestimmung, daß für alle Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern, nicht nur für Fabriken, die Arbeiterschutzbestimmungen gelten sollen. **Schon 1867** hat hier im Hause der Sozialdemokrat Schweitzer diesen Antrag gestellt, freilich in besserer Form, indem er als Norm zehn Arbeiter nahm, die „in oder für" den Betrieb beschäftigt werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß wird Herr Everling auch diesen Antrag als einen der „perfiden" Anträge der Sozialdemokratie bezeichnen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe keinen Zweifel, daß Sie später einmal auch unsere jetzigen „perfiden" Anträge annehmen werden. Denn die heutige Industrieentwickelung verlangt ja eine ganz andere Grenze. Die Bestimmung bezüglich der zehn Arbeiter ist ja das Minimum, das die Regierung auf Grund des Berliner Uebereinkommens vorschlagen mußte. Aber viele Staaten gehen weiter, z. B. die Schweiz in ihrem neuen Fabrikgesetz. Welcher Grund liegt überhaupt vor, daß die Arbeiter den Schutz nicht haben sollen, sobald zwei oder drei von ihnen zusammenarbeiten. Selbst der **Zentralverband deutscher Industrieller** hat bereits 1878 erklärt, daß ihm eine Grenze von drei Arbeitern angemessen erscheine. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung, die

ganz in den Banden dieses Scharfmacherverbandes

liegt, ist heute noch dahinter zurückgeblieben. Nicht einmal die Arbeiter, die in Fabriken mit weniger als zehn Arbeitern beschäftigt sind, sollen den Schutz behalten, den sie bisher gehabt haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterschutzbestimmungen der Vorlage sind gänzlich unzureichend. Was will denn der sogenannte Zehnstundentag für Arbeiterinnen bedeuten. Wir haben schon im Jahre 1869 den zehnstündigen Arbeitstag für Männer und Frauen gefordert. Damals erklärte sich der konservative General Steinmetz für unseren Antrag. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können ja gar nicht verlangen, daß seine konservativen Epigonen so vernünftig sind. Aber von der Regierung und den sogenannten sozialpolitisch fortgeschrittenen Parteien wäre es doch wirklich nicht zuviel verlangt, daß sie heute die sozialpolitische Höhe des Generals Steinmetz von 1869 erklommen hätten. Bereits 1902 hatten über die Hälfte der Arbeiterinnen in zwei Dritteln der Betriebe den Zehnstundentag errungen, errungen durch den Kampf in den gewerkschaftlichen Organisationen. Wieviel Kummer und Elend wäre erspart worden, wenn die Regierung den Zehnstundentag schon früher gegeben und nicht gewartet hätte, bis ihn sich die Arbeiterinnen im Kampfe eroberten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Seitdem ist die Zahl der Arbeiterinnen bedeutend gestiegen. 1906 zählte man nach den Berichten der Gewerbeinspektion in 80 520 Betrieben 1 095 000 Fabrikarbeiterinnen. Im Interesse der Gesamtheit wäre es dringend notwendig, ihnen endlich den

Achtstundentag

zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) **Der Zehnstundentag drückt nur das Siegel auf das, was sie sich selbst errungen haben.** Warum man ihnen den Achtstundentag vorenthält, darüber schweigt der Regierung Höflichkeit. Es ist überhaupt eine Unwahrheit, wenn man behauptet, daß diese Vorlage die elfstündige Ruhepause und den zehnstündigen Maximalarbeitstag einführt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon heute weist der Elfstundentag große Durchlöcherungen auf. Im vergangenen Jahre wurden in 3610 Betrieben für 197 938 Arbeiterinnen **2 446 000 Ueberstunden bewilligt.** Das ist ein kolossaler Mißbrauch mit den heute bestehenden Ausnahmebestimmungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt sollen diese Ausnahmebestimmungen noch vermehrt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist kein Zehnstundentag, sondern nur eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. **Statt 40 sollen jetzt 60 Ueberzeitarbeitstage zugelassen werden,** der Abg. Schiffer plädierte sogar für noch größere Ausbeutungsfreiheit. Diese Ausnahmebestimmungen sind für uns einfach unannehmbar. Eine große Zahl der Arbeiterinnen hat sich selbst schon den Neunstundentag errungen. Warum bewilligt die Gesetzgebung nicht wenigstens das, sondern beharrt bei dem Minimum der Berner Konvention? Das ist keine Sozialpolitik, sondern Rückschritt, soweit er möglich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Andere Staaten lassen die Arbeiterschutzvorschriften für die einzelnen Betriebe schon bei viel weniger als zehn Arbeitern eintreten. Di Berner Konvention hat diese Betriebe nur freigelassen, weil sie wesentlich Arbeitsstätten für den lokalen oder nationalen Bedarf sind. Da sollte also die Schutzgesetzgebung der einzelnen Nationalstaaten eingreifen. Aber weder davon steht in der Novelle ein Wort, noch von einem Schutz der Arbeitskraft der Frauen, noch von einer Freigabe des Sonnabendnachmittags, noch von einem Verbot des Mitnehmens von Arbeit nach Hause, noch von einem Schwangerschaftsschutzgesetz. In dieser Beziehung stehen wir sogar hinter Spanien zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso steht es auf dem Gebiete des Schutzes für männliche Arbeiter. Insbesondere ist zu tadeln das **absolute Fehlen einer gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter.** In Oesterreich besteht eine solche Begrenzung seit 1885, in der Schweiz seit 1877, Nordamerika hat den Neunstundentag, in großen Gebieten den Achtstundentag,

selbst Rußland

hat seit 1897 für gemischte Fabriken den Maximalarbeitstag für männliche Arbeiter! **Nur Deutschland kennt keine derartigen Vorschriften.** Diese Rückständigkeit der Vorlage ist nur zu erklären, weil sie einseitig mit den Scharfmachern ohne Hinzuziehung von Arbeiterorganisationen ausgearbeitet worden ist. Jedes gleichgültige Gesetz, welches die bürgerlichen Klassen interessiert, wird veröffentlicht, bevor das Reichsamt des Innern es dem Bundesrat vorlegt. Hier aber, wo Arbeiter in Frage kommen, ist vorher nichts veröffentlicht worden, noch sind Arbeiterorganisationen gehört. Das charakterisiert am besten den Geist dieser Vorlage. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe vorhin davon gesprochen, wie notwendig es ist, die Eisenbahnarbeiter wieder der Gewerbeordnung zu unterstellen. Daß es bei der Eisenbahnverwaltung recht schlimm steht, beweist die Tatsache, daß bei ihr Verträge vorkommen, die **wider die guten Sitten verstoßen** und außerhalb einer Behörde als

Erpressungsversuche

betrachtet werden müßten. Aus dem Bericht der Gewerbeinspektion in Dresden liegt mir folgender Fall vor. Zwei bei der Fuhrwerksgesellschaft Schiffer u. Co. beschäftigte Arbeiter klagen auf Auszahlung von einigen Mark, welche ihnen als Strafgelder vom Lohn abgezogen sind. Die Strafe war von der sächsischen Eisenbahnverwaltung über die Arbeiter verhängt worden. Das Verhältnis der Firma zur Eisenbahnverwaltung besteht darin, daß sie Frachtgüter für die letztere verladet. In dem Vertrag der Eisenbahnverwaltung mit der Firma ist ein Passus enthalten, wonach die Eisenbahnverwaltung berechtigt ist, die Arbeiter zu bestrafen. In diesem Falle sind die Arbeiter wegen Nichtausführung von Ueberstunden bestraft worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter klagten vor dem Gewerbegericht auf Zurückzahlung der ihnen als Strafgeld abgezogenen Lohnteile, und das Gewerbegericht verurteilte den Unternehmer auch zur Zurückzahlung. In ähnlicher Weise gibt es auch Arbeitsordnungen, die den Gesetzen widersprechen. Hier muß endlich mit der Selbstherrlichkeit der Unternehmer gebrochen werden. Es besteht heute nicht das konstitutionelle System, sondern die Arbeitsordnung wird durch einen Ukas des Unternehmers bestimmt. Das ist eine

Sklavenordnung,

die freier Arbeiter unwürdig ist. In der Gewerbeordnung steht, es dürfe in die Fabrikordnung nicht hineingeschrieben werden, was gegen die guten Sitten verstoße. In der Tat aber ist häufig der § 616 des B. G.-B. durch Arbeitsordnungen ausgeschlossen. Trotzdem anfänglich die Fabrikinspektoren diesen Ausschluß als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichneten, blieb es dann auf Betreiben der Gewaltigen vom Scharfmacherverbande bei dieser Bestimmung in den Arbeitsordnungen, weil die Fabrikinspektoren nicht vom Minister gestützt wurden. Weiter finden sich in den Arbeitsordnungen eine Reihe von Verstößen gegen das Verbot der Aufrechnung und Zurückbehaltung gegenüber dem Lohn, wie es im § 394 B. G.-B. festgelegt worden ist. Ich vermisse ferner in der Vorlage jegliche Fürsorge in bezug auf Pensionskassen und dafür, daß Kündigungsfristen eingeräumt werden müssen in den Fällen, wo Wohnung gegen Lohn vereinbart ist. Ich vermisse ferner das ausdrückliche Verbot der Beschränkungen der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiter, Bestimmungen gegen den in neuerer Zeit anwachsenden Mißbrauch zur Begünstigung der sogenannten Gelben, daß man Arbeiter zwingt, einer bestimmten Kasse beizutreten. Ferner vermisse ich das Verbot der Konkurrenzklausel. Dabei sind hier Verträge vorgelegt, in denen einfachen Arbeitern mit einem Monatslohn von 80 bis 150 Mark in der Konkurrenzklausel Strafen von 10 000 Mark angedroht sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter bringt die Vorlage auch keinen Schutz gegen den Terrorismus durch

schwarze Listen

und gegen andere Gefährdungen des Koalitionsrechts. Diese Lücken werden wir in der Kommission nach Möglichkeit auszufüllen versuchen müssen, um statt des hier vorliegenden Flickwerkes wirkliche Arbeiterschutzbestimmungen zu schaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Erzberger** (Z.): Gegen die Behauptung, daß die Heimarbeitausstellung eine einseitige und tendenziöse war, muß ich protestieren. Im Gegenteil bot sie ein objektives Bild, freilich kein erfreuliches. Die Organisierung der Heimarbeiter wäre gewiß erwünscht, aber Vorbedingung dazu wäre eine Registrierung der Heimarbeiter, und zwar aller, auch derer, die nur als Nebenerwerb Heimarbeit betreiben. Ich vermisse in dem Gesetz jede Bestimmung über die Zwischenmeister; gegen die wucherische Ausbeutung durch die Zwischenmeister, namentlich auf dem Lande müssen wir gesetzliche Bestimmungen in der Kommission treffen. Aber ich gebe Herrn Naumann recht, daß die Gesetzgebung nicht alles kann, daß in größtem Maße die Selbsthilfe eingreifen muß. Die erhebenden Bilder, die Herr Everling aus der Heimindustrie entworfen hat, halte ich nur für Märchen aus 1001 Nacht. Aber dem völligen Verbot der Heimarbeit, wie die Sozialdemokraten es hier verlangt haben, kann ich nicht zustimmen, und ich freue mich, daß der Abg. v. Vollmar jetzt hier auf dem gleichen Standpunkt steht, denn ich hoffe, er wird auch seiner Partei davon abraten; wenigstens ist auf dem Züricher Kongreß im Jahre 1897 v. Vollmar und die deutsche Sozialdemokratie dem Vorschlag der Engländer auf völlige Beseitigung der Heimarbeit entgegengetreten.

Mit wenigen Worten muß ich noch auf die Sicherung der Koalitionsfreiheit kommen. Beim Reichsvereinsgesetz erklärt die Regierung, die Materie gehöre nicht hinein; hier bei der Gewerbegesetznovelle bringt sie aber auch nichts davon. Hier ist aber der Ort, das Koalitionsrecht zu sichern, und zwar sollte man am besten den § 153 der Gewerbeordnung streichen, denn er stellt ein Ausnahmerecht gegen Arbeiter dar.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Etat des Reichsamts des Innern.

Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom Montag, den 2. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Moltke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Beim Kapitel „Polizeidistriktskommissare in der Provinz Posen" befürwortet

Abg. Dr. Viereck (fk.) die Besserstellung der Distriktskommissare und die Verleihung des Titels „Polizeirat" an besonders bewährte Beamte dieser Kategorie.

Abg. Peltasohn (frs. Vg.) schließt sich dem Wunsche nach Besserstellung dieser Beamten an. Die ihnen gewährten Pferde- und Bureaugelder seien unzureichend, so daß sie dazu Zuschüsse leisten müßten.

Abg. Kindler (frs. Vp.) betont ebenfalls die Notwendigkeit, den Distriktskommissaren die Bureaugelder und die Entschädigung für Pferdehaltung zu erhöhen und hofft, daß diese Beamten bei der bevorstehenden allgemeinen Besoldungsaufbesserung genügend berücksichtigt werden. (Beifall links.)

Minister v. Moltke verspricht wohlwollende Prüfung der vorgebrachten Wünsche.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Landgendarmerie" bezeichnet

Abg. Baensch-Schmidtlein (fk.) es als große Härte, daß den Landgendarmen zugemutet werde, ein Dienstzimmer zu halten. Wenn, wie verlaute, der Minister einen Erlaß ausgegeben haben sollte, daß ein Dienstzimmer nicht zu verlangen sei, so möge er ihn nochmals wiederholen. Wünschenswert wäre die Ernennung der Gendarmen nach 21 Dienstjahren zu Oberwachtmeistern zweiter Klasse. Notwendig seien höhere Mietsentschädigungen sowie die Wiedergewährung des Rechts, die Eisenbahn mit Militärfahrkarten zu benutzen. (Beifall.)

Abg. Schulze-Pelkum (k.) tritt ebenfalls für eine Besserstellung der Gendarmen ein. (Beifall.)

Abg. Wiemer (frs. Vp.) hofft, daß auch die berechtigten Forderungen der Gendarmen bei der neuen Gehaltsvorlage Berücksichtigung finden werden. Die Stellenzulagen werden zu sehr in das Ermessen der vorgesetzten Behörden gestellt, richtiger wären Teuerungszulagen. (Sehr richtig!) Dienstwohnungen sollten im allgemeinen gewährt werden, damit die Gendarmen nicht in Abhängigkeit von den Vermietern geraten. Doch dürfen die Dienstwohnungen nicht zu klein sein, damit sie ausreichen, wenn auch mehr als zwei Kinder kommen. Die Gendarmerie ist doch nicht in der Lage, dem Storch eine Maximalarbeitszeit aufzuerlegen. (Heiterkeit.)

Abg. Warmhoff (natl.) gibt dem Wunsche Ausdruck, daß den Gendarmen gestattet werde, auch eigene Extrauniform zu tragen.

Abg. Hammer (k.) verzichtet aufs Wort, um nicht eine ähnliche Rede wie die Vorredner halten zu müssen.

Abg. Busch (Z.) verlangt ausgiebige Sonntagsruhe für die Gendarmen und weist darauf hin, daß der Abg. Naumann verlangt habe, die Regierung müsse von ihren Beamten fordern, daß sie im Sinne des Bismarckschen Erlasses bei den Wahlen für die Regierungspolitik eintreten, während jetzt von freisinniger Seite verlangt werde, daß die Beamten, auch die Gendarmen, bei den Wahlen volle Freiheit haben sollen. Darin liege ein Widerspruch.

Minister v. Moltke steht den Wünschen in bezug auf die Besserstellung der Gendarmen wohlwollend gegenüber. Für die Wiedergewährung der Militärfahrkarten wolle er tätig sein. Ein Fall an der russischen Grenze, der erwähnt worden sei, habe sich nach den Ermittelungen der russischen Regierung dahin aufgeklärt, daß der russische Grenzbeamte einen preußischen Staatsbürger auf der neutralen Zone getötet habe und freigesprochen worden sei.

Abg. Dr. Wiemer (frs. Vp.) erwidert dem Abg. Busch, daß die freisinnige Volkspartei stets den zitierten Standpunkt des Abgeordneten Dr. Naumann bekämpft habe.

Abg. Busch (Z.) betont, daß man bei den Freisinnigen nicht wisse, welchen Führern man folgen solle. Hoffentlich stehe auch Abg. Eickhoff auf dem Standpunkt des Abg. Dr. Wiemer.

Abg. Dr. Wiemer (frs. Vp.): Ich vertrete die freisinnige Volkspartei, und Abg. Eickhoff steht durchaus auf meinem Standpunkte.

Abg. Busch (Z.): Dann hoffe ich, daß die Freisinnigen im Reichstage für den Antrag Graeber stimmen werden, der sich gegen die Gültigkeit der Wahl des Abg. Eickhoff richtet.

Abg. Eickhoff (frs. Vp.): Selbstverständlich habe ich in bezug auf Wahlbeeinflussungen stets denselben Standpunkt vertreten, wie Abg. Wiemer. Wenn Abg. Busch aber meint, meine politischen Freunde würden für den Antrag Graeber stimmen, so scheint er an Legenden zu glauben, an die ich nur in meiner Jugend geglaubt habe.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei" empfiehlt

Abg. Dr. Faßbender (Z.) die Unterbringung der Fürsorgezöglinge in weiterem Umfange in christlichen Familien auf dem Lande.

Abg. Heckenroth (k.) schließt sich diesem Wunsche an.

Abg. Dr. Hackenberg (natl.) regt an, die schulpflichtigen Fürsorgezöglinge beider Geschlechter gemeinsam zu erziehen, da dies das naturgemäße sei.

Abg. Kenning (k.) ist der Ansicht, daß die Anträge auf Ueberweisung zur Fürsorgerziehung vielfach zu spät gestellt werden.

Ein Regierungskommissar: Im Osten, namentlich in Pommern, fehlt es vielfach an geeigneten Familien, um die Fürsorgezöglinge in Familienpflege unterzubringen, so daß in Pommern im letzten Jahre nur 3½ Proz. der Zöglinge Familien übergeben werden konnten. Viele Zöglinge sind auch so verwahrlost, daß sie erst einige Zeit in Anstalten zubringen müssen, ehe sie in Familien kommen können. Im allgemeinen ist die Familienerziehung der Anstaltserziehung vorzuziehen.

Abg. Dr. Dittrich (Z.) spricht sich gegen die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter in Fürsorgeanstalten aus.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Strafanstaltsverwaltung" führt

Abg. Tourneau (Z.) aus, daß unser Strafsystem Bankerott gemacht habe. Beweis dafür sei u. a., daß Bestrafte zum Beginn des Winters oft lediglich Straftaten begehen, um wieder ins Gefängnis zu kommen, während allgemein eine Scheu vor dem Korrektionshause bestehe, weil dort eine größere Strenge herrsche als im Gefängnis. Bei der Beschäftigung der Gefangenen müsse berücksichtigt werden, daß dadurch der freien Arbeit nicht eine zu große Konkurrenz gemacht werde. Die Unterstellung aller Strafanstalten unter ein Ministerium sei im Interesse eines einheitlichen Strafvollzuges notwendig. Zu bedauern sei, daß noch immer nicht ein Reichsgesetz über den Strafvollzug zustande gekommen sei. Der gesamte Strafvollzug würde am zweckmäßigsten dem Ministerium des Innern unterstellt.

Geh. Rat Krone: Die Gefangenen müssen beschäftigt werden, und es wird auf ein unausgesetztes zwangsweises Arbeiten von der Verwaltung der größte Wert gelegt. Wenn über zu wenig Disziplinarstrafen geklagt wird, so ist das ein Zeichen für die gute Disziplin, die in den Strafanstalten besteht. Wenn der Mann nicht gegen die Disziplin verstößt, so können wir ihn doch nicht bestrafen. Ehe die Gefangenen außerhalb der Gefängnisse beschäftigt werden können, müssen sie in der Anstalt unter das Gesetz gezwungen werden. Die Gefangenen haben nach den vom Bundesrat aufgestellten Grundsätzen das Recht, sich direkt an den Minister zu wenden, und die Eingaben, die oft töricht sind, müssen befördert worden. Wenn viele Verbrecher, die im Zuchthause waren, rückfällig sind, so ist das wohl damit zu erklären, daß der Richter nur Elemente ins Zuchthaus schickt, an denen, wie der Vorredner meinte, nichts mehr zu verderben ist.

Abg. Haarmann (natl.) erklärt, daß die Gefangenen sich stets bewußt sein müßten, daß sie nicht im Gasthof, sondern im Gefängnis seien. Der Dualismus im Strafvollzuge wirkt schädlich, und er muß beseitigt werden, und zwar empfiehlt es sich, den gesamten Strafvollzug dem Justizministerium zu unterstellen. (Beifall.)

Abg. Graf v. Wartensleben-Rogäsen (k.) wendet sich dagegen, daß geisteskranke Verbrecher den Provinzialirrenanstalten überwiesen werden, da dadurch die Provinzen sehr stark belastet würden.

Abg. Marx (Z.): Unser Strafvollzugssystem ist durchaus gut, insbesondere ist der Grundsatz der Strafanstalten, die dem Ministerium des Innern unterstehen, anzuerkennen, daß keiner der Gefangenen aufgegeben werden darf, sondern jeder gebessert werden müsse. Notwendig ist die intensive Ausübung der Seelsorge in den Strafanstalten.

Abg. Rosenow (frs. Vp.): Ich habe es 1905 beklagt, daß die Strafanstaltsdirektoren vielfach aus den Kreisen der Offiziere genommen werden, die wohl nicht immer die geeignetsten Persönlichkeiten dazu sind. Die Anstaltsärzte sind meist kärglich besoldet und sie haben in der Regel in den preußischen Anstalten sehr ungünstige Stellungen. In Baden sind Aerzte im Gegensatz zu Preußen fest bei den Anstalten angestellt, sie haben steigendes Gehalt, Pension und Reliktenversorgung, und in der Richtung müßte auch für die Gefängnisärzte bei uns mehr geschehen. Ueber zu viel Humanität im Strafvollzuge kann nicht geklagt werden. Die Beschäftigung der Gefangenen soll nicht zur Konkurrenz der freien Arbeit der Handwerker führen. Nach meiner persönlichen Ansicht wäre es richtig, wenn die Strafanstalten sämtlich dem Ministerium des Innern unterstellt würden. Die vorzeitige Entlassung der Gefangenen kann sehr segensreich wirken, die Justizverwaltung entschließt sich zu einer solchen aber nur schwer.

Abg. Strosser (k.) tritt namens seiner Fraktion für die Unterstellung des gesamten Strafvollzuges unter das Ministerium des Innern ein.

Geh. Rat Krone erklärt, daß das Ministerium des Innern mit dem Finanzministerium über eine bessere Besoldung der Strafanstaltsärzte verhandele. (Beifall.)

Abg. Dr. Ruegenberg (Z.) gibt eine statistische Uebersicht über die ungünstigen Besoldungsverhältnisse der Strafanstaltsärzte.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Nach Erledigung einiger Petitionen vertagt sich das Haus auf Dienstag, 12 Uhr. (Polenvorlage; Etat der Seehandlung.)

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Petitionskommission.

Wie wir seinerzeit berichteten, ist bei Beratung der Petition des Rheinischen Bauernvereins, die die Beseitigung der kleinen Unfallrenten unter 20 Proz. verlangt, der Zentrumsabgeordnete Giesberts mit seinem Antrage: Uebergang zur Tagesordnung, mit Hülfe seiner sämtlichen Fraktionskollegen in der Kommission am 6. Februar niedergestimmt worden. Sie stimmten mit den Konservativen und Nationalliberalen für Ueberweisung als Material. Am Donnerstag, wo der schriftliche Bericht Giesberts darüber zur Beratung stand, bestritt sein Fraktionskollege Fervers, daß Giesberts Uebergang zur Tagesordnung beantragt habe. Zweitens sei es nicht richtig, daß eine „eingehende Debatte" darüber stattgefunden. Giesberts verwahrte sich sehr entschieden gegen diese Bemängelung seines Berichts. Fervers fand keine Unterstützung in der Kommission, alle Mitglieder gaben zu, daß der Bericht richtig sei. Trotzdem aber kam mit allen gegen 5 Stimmen ein Beschluß zustande, das Wort „eingehende" zu streichen. Wenn sechs Redner sich wiederholt an der Debatte beteiligen, so soll das nach Fervers und der Kommissionsmehrheit keine „eingehende" Debatte sein! Ob nach diesem Vorkommnis Giesberts noch öfters „fahrlässig" behaupten wird, wie er das vergangenen Sonntag in einer Versammlung in Borbeck bei Essen tat: Herr Dr. Fervers und seine Genossen hätten „wegen schlechter Information" für eine bessere Beachtung dieser arbeiterfeindlichen Petition gestimmt, sie seien noch nicht lange in dieser Kommission?? Wattendorf und Marcour sind doch alte Bekannte!

Die Gemeinde Bant petitionierte, bei Bauten des Reichs keine ausländischen Arbeiter zu beschäftigen. Es wurde Ueberweisung zur Erwägung beschlossen.

Eine schon im März vorigen Jahres eingegangene Petition der Stadtverordneten zu Dresden bat um Aenderung des Fleischbeschaugesetzes zur Erleichterung der Einführung gefrorenen, frisch geschlachteten Fleisches aus dem Auslande, um die hohen Fleischpreise zu mildern. Vor der agrarischen Mehrheit fanden die guten Gründe und Vorschläge der Petition keine Gnade. Es wurde ein Antrag unserer Genossen, die Petition zur Erwägung zu überweisen niedergestimmt und mit großer Mehrheit Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Der Verband deutscher Milchhändler-Vereine in Berlin bat in einer Petition, die Grenzsperre für Milch an der holländischen Grenze aufzuheben. Der Regierungskommissar brachte statistisches Material vor, das eine starke Zunahme der Viehseuchen in Holland nachweisen soll, und bekämpfte die Petition. Nur die holländische und die belgische Grenze seien für Milch gesperrt. Die Kommission beschloß Uebergang zur Tagesordnung.

Die Tonröhren-Fabrikanten in Bitterfeld petitionierten um Hinaufsetzung des Zolles auf Tonröhren auf 1 M. (im geltenden Handelsvertrage mit den Nachbarländern ist der Satz von 1 M. auf 40 Pf. pro Doppelzentner herabgesetzt worden). Diese Petition wurde zur Berücksichtigung überwiesen, obgleich zurzeit die Handelsverträge nicht geändert werden können.

Eine Petition des Zentralverbandes deutscher Industrieller will, daß dem Tarifvertrage der Buchdrucker nicht Folge geleistet werden soll, wonach Staat und Gemeinden nicht an solche Buchdruckereien Arbeit vergeben sollen, die dem „Verein der Buchdrucker" nicht angehören. Die Petition wurde für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt, weil sie durch Aenderung des § 4 des Buchdruckertarifs als erledigt anzusehen sei.

Der Internationale Hotelbesitzerverein in Köln petitionierte um Kontrollvorschriften für den Handel mit Konserven. Es sollen an den Konservenbehältern Vermerke angebracht werden, damit der Käufer jederzeit das Alter der Konserven ersehen und sich vor Uebervorteilung schützen kann. Diese Petition wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Eingang.

Im Reichstage gingen ein:

Zum Etat des Innern:

Resolution Neuner u. Gen. (natl.) betr. Unfallfürsorge bei Rettungsarbeiten.

Zum Reichseisenbahnetat:

Resolution Dr. Will u. Gen. (Z.): Arbeiten für die Reichseisenbahnverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Orte des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben, sowie die Reichseisenbahnverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen (Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsordnung) in den Betrieben der Reichseisenbahnen unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse und Arbeiterorganisationen vorzunehmen.

25. bis 84. Bericht der Petitionskommission.

Soziales.

Verlust der Krankenkassenvorstandschaft mit Aufhören der Kassenmitgliedschaft.

Das Oberverwaltungsgericht entschied am Donnerstag in Krankenkassenprozessen, daß ein Vorstandsmitglied einer Ortskrankenkasse sein Amt verliert, sobald es durch Verzug Mitglied einer anderen Ortskrankenkasse geworden ist.

Der Töpfer Hugo John war aus dem Kreise der Mitglieder gewähltes Mitglied des Vorstandes der Berliner Ortskrankenkasse der Töpfer. Und zwar hatte er den Posten des ersten Vorsitzenden inne. Nachdem er in Köpenick in Arbeit getreten war, erhielt er am 11. August 1906 vom Berliner Magistrat als der Aufsichtsbehörde der Ortskrankenkassen Berlins eine Verfügung folgenden Inhalts: Da er nach amtlicher Feststellung nicht mehr Mitglied der Ortskrankenkasse der Töpfer zu Berlin sei, habe er sich jeder Beteiligung an der Verwaltung der Kasse zu enthalten. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte sei der stellvertretende Vorsitzende Prillwitz betraut worden.

John klagte darauf gegen den Magistrat im Verwaltungsstreitverfahren. Der Bezirksausschuß und ebenso nunmehr das Oberverwaltungsgericht erkannten auf Abweisung der Klage. Das Oberverwaltungsgericht führte in der Begründung aus:

Der Senat sei der Meinung, daß dem § 34 des K. V. G. der Grundsatz zugrunde liege, daß Mitglieder nur so lange Vorstandsmitglieder sein könnten, als ihre Mitgliedschaft dauere. Diese Ansicht werde auch bestärkt durch die Motive zum § 54a des Gesetzes. In diesem Paragraphen werde gesagt: „Die Mitgliedschaft dauert während des Bezuges von Krankenunterstützung fort." Und in den Motiven sei dargelegt, daß man damit auch habe festlegen wollen, daß Vorstandsmitglieder, die in die Lage kämen, als Kranke Unterstützung zu nehmen, während dieser Zeit nicht aus dem Vorstand auszuscheiden brauchten, im Gegensatz zu den Fällen des Aufhörens der Mitgliedschaft. Die Entscheidung des Bezirksausschusses sei somit zutreffend. Von einem Wiederaufleben des Amtes durch Wiedereintritt in die Kasse könne keine Rede sein.

In dem gleichartigen Falle des Schriftführers Huhn wurde ebenso entschieden.

Derartige Fälle zeigen, wie notwendig auch vom Standpunkte der Verwaltung der Kassen eine Zentralisierung aller in einem gemeinschaftlichen Wirtschaftsgebiete liegenden Kassen ist.

Haftet der Bierkutscher für Ausfälle durch faule Kunden?

Vor dem Berliner Kaufmannsgericht trat am Freitag als Kläger gegen die Brauerei Friedrichshain der Bierkutscher Albert Sch. auf. Er verlangt von der Brauerei 1600 M. eingezahlte Kaution zurück. Letztere erhebt Widerklage in Höhe von 400 M. für ausgefallene Forderungen von 2000 M. Die Kaution entstand auf Grund folgenden Vertrages: Kläger erhielt neben Prozenten vom Verkauf 40 M. Wochenlohn, von diesem Lohn erhielt er jedoch nur 20 M. in bar ausgezahlt, während die andere Hälfte auf die von der Firma verwaltete Sparkasse gelegt wurde und als Kaution dienen sollte. Mit diesen „Sparkassen", die für jeden Kutscher angelegt wurden, verfuhr jedoch die Gesellschaft, wie die Verhand- angelegt wurden, verfuhr jedoch die Gesellschaft, wie die Verhandlung ergab, ganz nach eigenem Ermessen. So hob sie z. B. von der Sparkasse des Klägers, als sich diese schon auf 1000 M. angesammelt hatte, einfach 800 M. ab, ohne dem Sparkasseneigentümer auch nur ein Wort zu sagen. Darum war auch der Kläger sehr erstaunt, als er den Einwand der Brauerei hörte, der Inhalt der Sparkasse betrage gar nicht mehr 1600 M., sondern nur noch 800 M. Die Entnahme begründete der Brauereivertreter damit, daß die Firma sich an den 800 M. für damals vorhandene Ausfälle in gleicher Höhe schadlos hielt. Jetzt betrage aber die Einbuße durch zahlungsunfähige Schuldner 2000 M., so daß die Brauerei noch 400 M. zu bekommen habe. Auf die erstaunte Frage des Vorsitzenden, warum denn die Kutscher für ausfallende Forderungen haften sollten und nicht die das Bier liefernde Brauerei, erwiderte der Vertreter der Beklagten, daß das „in allen Berliner Brauereien so üblich sei", und berief sich im übrigen auch auf die vor längerer Zeit stattgehabten Verhandlungen des Transportarbeiterverbandes mit dem Brauereiverband, die dazu führten, daß die Brauereibesitzer die Forderung des Arbeitnehmerverbandes, die Kutscher von der Haftpflicht zu befreien, strikte ablehnten.

Die weitere Verhandlung ergab, daß die Kutscher durch das „Haftpflichtsystem" in eine höchst zwiespältige Stellung gerieten. Im inneren Betriebe waren sie Angestellte, die von morgens 5 Uhr mit militärischer Pünktlichkeit ihren Dienst zu versehen hatten, und bei denen die kleinste Verspätung mit Geldstrafen geahndet wurde. Stand es aber mit einem der Gastwirte, an die Bier geliefert war, faul — dann mußte der Kutscher als selbständiger Bierverleger auftreten und als Gläubiger von dem Gastwirt Zahlung verlangen. Bei diesen Versuchen, Geld einzutreiben, ist der Kläger von den Gastwirten häufig hinausgeworfen und noch mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs bedroht worden. War absolut kein Geld zu bekommen, so ließ sich die Brauerei die Forderung von dem Kutscher zedieren und wurde klagbar. Fiel die Klage fruchtlos aus, so blieb der Kutscher der Schuldner. Auf diese Weise stehen, nach der Behauptung des Klägers, „die meisten Kutscher der Brauerei mit Beträgen bis zu 8000 M. an der Kreide". Wollten die Kutscher aus Furcht vor Regreßansprüchen faulen Zahlern nicht mehr Bier hinfahren, so wurden sie durch Drohung mit sofortiger Entlassung dazu gezwungen. Als sich ein Kutscher beim Direktor Jaeger beschwerte, gab dieser achselzuckend zur Antwort: „Ohne Risiko möchte ich auch Bierfahrer sein." Die beklagte Brauerei ging sogar so weit, in Fällen, wo sie außer Bierlieferung noch ein Darlehn dem Gastwirt gegeben hatte, sich durch Pfändung des Mobiliars für das Darlehen schadlos zu halten und dem Kutscher als angeblichen Gläubiger für den Bierkonsum die nackten Wände zu überlassen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Brauerei zur Herauszahlung der einbehaltenen 1600 M. und wies die Brauerei mit der Widerklage ab. Lieferantin des Bieres und Gläubigerin sei die Brauerei, der Kutscher habe als Angestellter nicht nötig, für den Ausfall durch zahlungsunfähige Schuldner einzustehen.

Der Bierkutscher ist im vorliegenden Falle als Handlungsgehülfe und nicht als Gewerbegehülfe erachtet, weil das Gewerbegericht und das Landgericht diese Stellung eingenommen und deshalb nicht das Gewerbegericht, sondern das Kaufmannsgericht für zuständig erachtet hatten. Die Entscheidungen der erwähnten Gerichte sind durchaus zutreffend, denn ein Bierfahrer, der Bier verkauft, selbständig Kunden aufsucht oder auch nur das Spundgeld für das verkaufte Bier einkassiert, verrichtet eine kaufmännische Tätigkeit. So hat auch das Reichsgericht und das Heidelberger Gewerbegericht entschieden.

15½ Stunden tägliche Arbeitszeit.

Herr Paul Baum ersucht uns unter Bezugnahme auf den Gerichtsbericht in der zweiten Beilage der Nr. 49 um Aufnahme folgender Mitteilung:

„Es ist nicht richtig, daß der Verkäufer Kurt K. von mir entlassen worden ist, weil er am Neujahrstage mit einer halben Stunde Verspätung in das Geschäft gekommen ist. K. ist vielmehr sehr häufig zu spät und am Neujahrstage überhaupt nicht in das Geschäft gekommen. Um deswillen ist er von mir entlassen worden. Es ist auch nur dieses in der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht zur Sprache gekommen.

Es ist auch nicht richtig, daß ich auf einen Vorhalt des Vorsitzenden bezüglich der langen Arbeitszeit erklärt habe, daß man früher 16 Stunden habe arbeiten müssen. Ich habe lediglich erklärt, daß in sämtlichen Geschäften der Branche, weil diese Geschäfte von früh um 7 bis abends um 9 Uhr geöffnet hätten, die Arbeitszeit der Angestellten die gleiche, nämlich tatsächlich von früh um 7 bis abends um 9 Uhr sei. Nur zur Erläuterung habe ich noch hinzugesetzt, daß früher das Personal noch länger habe arbeiten müssen."

Dieser Erklärung gegenüber hält unser Berichterstatter den Verhandlungsbericht vollständig und in allen Punkten aufrecht. Der Beklagte hat insbesondere bezüglich des Vorhalts der langen Arbeitszeit wörtlich nach dem aufgenommenen Stenogramm gesagt: „Ich habe sogar 16 Stunden arbeiten müssen. Die jungen Leute haben's aber immer besser."

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 3. März.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Lucia von Lammermoor.
Königl. Schauspielhaus. Uriel Acosta.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Liebelei. [Anfang 8 Uhr.]

Anfang 8 Uhr.

Berliner. Förster-Christl.
Lessing. Das Tal des Lebens.
Neues. Simson.
Lustspielhaus. Panne.
Neues Schauspielhaus. Wolkenkratzer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der rote Leutnant.
Schiller Charlottenburg. Kaiser und Galiläer.
Theater an der Spree. Ungültig.
Lortzing. Fidelio.
Komische Oper. Tiefland.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Lokomotivführer Claussen.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Westen. Ein Walzertraum.
Residenz. Bibi. Der selige Octave.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Luisen. Unser Doktor.
Thalia. Immer oben auf.
Trianon. Baron Toto.
Bernhard Rose. Der Hüttenbesitzer.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitislaw der Moderne. Yvette Guilbert. Spezialitäten.
Folies Caprice. Jeunesse dorée. Paragraph 343. Mal was andres.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Haus Lonely.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Parodie. Tannhäuser. Nachtasyl. Rosenmontag.
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage. Madame Hanako. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten.
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden. Hörsaal 8 Uhr: Dr. O. Thesing: Lamarckismus.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Tägl. 8 Uhr: Gastspiel **Hansi Niesi:**
Die Förster-Christl.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Letztes Gastspiel Ferd. Bonn.
Simson.
Morgen und folgende Tage: Simson.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Morgen und folgende Tage:
2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Lokomotivführer Claussen.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Krimhilds Rache.
Donnerst.: Lokomotivführer Claussen.
Freitag z. 1. M.: Hasemanns Töchter.

Lortzing-Oper.
Abends 8 Uhr: Erstaufführung:
Fidelio.
Mittwoch: Zar und Zimmermann.
Donnerstag 7½ Uhr: Die Zauberflöte.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonnabend: Der Tromp. v. Säcking.
Sonntag 3 Uhr: Martha. Abends 8 Uhr: Rigoletto.

Neues Operetten-Theater
Eröffnung
Donnerstag, den 5. März 1908.
Anfang ½8 Uhr.
Der Opernball.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Straße 57/58.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von B. Shaw.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
8 Uhr. **„Bibi."** 8 Uhr.
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Breitkot . . . Richard Alexander.
Hierauf: **Der selige Octave.**
Sonntag, den 8. März, 3 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. O. Thesing: Lamarckismus.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Zentral-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ein seltsamer Fall
mit **Alwin Neuß.**
Kassenerössn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein seltsamer Fall.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Unser Doktor.
Mittwoch: Des Mädchens Lebenswege.
Donnerstag Benefiz für Herrn Georg Wad. Zum 1. Male: Fuhrmann Henschel.
Freitag: Der eingebildete Kranke.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Hänsel und Gretel. Abends: Unser Doktor.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebenswege. Abends: Maschinenbauer von Berlin.
Montag: Ein verlorener Sohn.

Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Abends 8 Uhr:
Gastspiel Dir. **Sborowitz:**
Ungültig.
(Das Geheimnis einer Ehe.)
Täglich 8 Uhr: **Ungültig.**

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurterstr. 132
Der Hüttenbesitzer.
(Claire: Ida Garbrecht-Bernhardt v. Battenberg-Theater in Leipzig a. G.)
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Mittwoch: Ein toller Einfall.

Rixdorfer Theater
Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 4. März: Benefiz für die Herren Grävenitz und Krüger:
Cornelius Voß.
Lustsp. in 4 Akten v. Franz v. Schönthan.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
— Rauchen überall gestattet. —
Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Apollo Theater
Gastspiel **Yvette Guilbert**
dazu d. Attrakt. **Paul Spadoni**
The 4 black Diamonds
Die vier Athlétas
Rolf Rafaely × Hedy Stanwey
Helin-Trio. Ila Werber.
Mitislaw der Moderne
Operette von **F. Lehár.**

Passage-Panoptikum.
Der größte Soldat
Josef Schippers der lange Kerl.
Sizilianische Bandenkapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Schauspiel in drei Akten von Eduard Goldbeck und Hermann Kienzl.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Weg zum Herzen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Kaiser und Galiläer.
Welthistorisches Schauspiel von Henrik Ibsen. Deutsch von E. Brausewetter.
Erster Teil: **Cäsars Abfall.**
Schauspiel in 5 Akten.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kaiser und Galiläer.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
8 Uhr: **Lieder-Abend.** Jeannette Grumbacher de Jong (Gesang). **Alfred Simon** (Klavier).

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, 3. März, ½8 Uhr:
Große außerordentl. Vorstellung.
Des enormen Erfolges wegen auf nur ganz kurze Zeit prolongiert:
Resisto
der tollkühne Amerikaner, das elektrische Rätsel.
Neuengagiert!
Loya-Trio!
Phänom. Akrobaten a. d. Drahtseil.
Außerdem das Riesen-Programm, endigend mit der Pracht-Ausstattungs-Pantomime
AMERIKA
mit den herrlichen Licht- und Wassereffekten.

XIII. Saison. Zirkus Busch
Dienstag abends 7½ Uhr:
Gala-Abend.
Noch nicht gezeigt!
Ein Sturz aus der 6. Etage (Mon Gadbin).
Neu! Neu! Neu!
Jokoda-Truppe!
12 Personen. Original-Japaner.
Herr Kommissionsrat **Gustav Stoneback**, Direktor des Berliner Tattersalls, als Gast.
Herr **Ernst Schumann**, Neudresseur.
Um zirka 10 Uhr: **Auf der Hallig!**
Vorher: **Gala-Programm.**

Wintergarten
Genaro u. Theol, equilibrist. Produktion. — **Der Biograph,** der enge Schuh. — **Die vier Bracks,** Akrobaten. — **Hania de Vert,** Sängerin. — **De Dio,** Phantasietänzerin. — **Truly Shattuck,** amerikan. Sängerin. — **Marquis Dassie,** dressierte Ponnies. — **Die Tiller Girls,** engl. Gesangs- u. Tanztruppe. — **Paul Jülich,** Humorist.
Große Ringkampf-Konkurrenz
um die Sieges-Prämie von
10 000 Mark.
Hans Schwarz-Bayern gegen **Schiblilski.**- **Altmann**-Berlin gegen **Gambier II**-Vranken. — **Michael Hitzler**-Bayern geg. **Albano**-Frankreich. — **Ahmed Hadrali**-Türkei geg. **Lougeyk**-England.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Allabendlich
der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde:
Salomonisches Urteil.
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: **Endlich allein! Der Fall Blumentopf.**

Palast-Theater
Burgstr. 24. Bhf. Börse.
Heute
Forts. der internationalen Ringkampf-Konkurrenz
Samukoff, Bär von Sibirien, gegen **Farkas,** Ungarn.
Fritz Woldt, Berlin, gegen **Koloß Daumas,** Frankreich.
De Wolff, Champ. v. Belgien, gegen **Karl Erdmann,** Berlin.
Josef Borowski, Ostpreußen, gegen **Kornetzki,** Meisterringer v. Posen.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. v. 10—1 Uhr.

Passage-Theater.
Heute 2 Vorstellungen
Nachm. 3—7 Uhr (kleine Preise).
Abends 8—11 Uhr.
Hanako
Japans größte Tragödin mit ihrem Ensemble
und das glänzende März-Programm.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor
Abends 8 Uhr:
Das neue März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.
Ein Tag in der Opiumhöhle.
Kosta — der Mann mit dem drehbaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunnel: **Bockbierfest,** Reg.-Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Folies Caprice
Neu! Jeunesse dorée. Paragraph 343.
Mal was Anderes
Revue mit Gesang in 3 Bildern.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: **Neu:**
Husaren-Streiche.
Anfang:
Wochent. **8**
Sonnt. **7½**

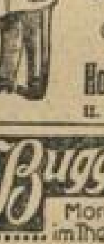
Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: **Bernh. Ross.**
Dienstag, den 3. März 1908:
Gr. Fastnachts-Ball
von den Mitgliedern des Brunnen-Theaters arrangiert.
Alpenfest in St. Moritz.
2 Kapellen
Hauskapelle und eine Tiroler Kapelle.
Die Grenze kann von 8½ Uhr überschritten werden.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 3. März 1908:
Die zärtlichen Verwandten.
Lustspiel in 3 Aufz. von R. Benedix.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Gr. Fastnachts-Ball.

W. Noacks Theater
Direktion **Rob. Olll** Brunnenstr. 16.
Benefiz: **Resi und Robert Fuchs.**
Die Else von Erlenhof.
Volksstück in 5 Akten v. C. S. Staaf.
Anfang **8** Uhr. Entree **30** Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Morgen u. folgende Tage: **Schloß am Meer.**

Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Das neue glänzende Programm.
Nesemann usw.
Nur noch kurze Zeit!
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr:
Hansi weint — Hansl lacht

Trianon-Theater.
8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Cyprienne.**

Sanssouci Kottbuser Straße 6.

Direktion: **Wilhelm Reimer.**
Heute Dienstag:
Großer Fastnachts-Ball.
Anf. **9** Uhr. Entree **20** Pf.
Verstärktes Orchester. Kein Kostümzwang.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzchen.

Buggenhagen
Moritzplatz. im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgekrönte Ringerinnen.
Neu! **Richter als Walzerkönig.** Posse in 1 Akt.
16 Spezialitäten. **Dubkes Bitograph.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Gr. Fastnachts-Konzert mit **Ball.**

Auf Credit!
Möbel- u. Waren-Credithaus
2062L.*) von
L. Silberstein
Spandauerbrücke 2, I.
Bahnstation: Bahnhof-Börse.
Kleinste Anzahlung.
Bequemste Ratenzahlung.

Pickel im Gesicht
und am Körper, Blüten, Mitesser, Wimmerln, Röte, Sommersprossen, Hautjucken, Furunkel, Hautgeschwüre u., wer daran leidet, gebrauche **Zucker's Patent-Medizinal-Seife,** D. R. P., ärztlich empfohlen und tausendfach bewährt. Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15%ig) und Mk. 1.50 (große Packung 35%ig, von stärkster Wirkung).

Wunderbare Erfolge,
zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Zuckooh-Crème,** dem herrlichsten und empfangenen aller Hautcrèmes. Preis Mk. 2.—, Probetube 75 Pfg., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar mild wirkenden **Zuckooh-Seife,** Preis 50 Pfg. (kleine Gebrauchspackung) und Mk. 1.50 (große Geschenkpackung), werden zahlreich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der **Kinder** verwendet die besorgte Mutter **Vitumoor-Kinder-Seife,** D. R. P., Preis 50 Pfg., und **Vitumoor-Kinder-Crème,** Preis 40 Pfg., Doppeldose 75 Pfg., das Edelste, Beste und Reinste für die kindliche Haut. **Ueberall zu haben.** Wo nicht, direkter Versand durch **E. Zucker & Co., Berlin,** Potsdamerstr. 73.

Selten billige Gelegenheitkäufe!!
Zirka 800 Dtzd. **Damenhemden** (vorzüglich waschbar), **95** Pf., **1**.20, **1**.45, **1**.80.
Zirka 150 Dtzd. **Phantasiehemden** in hervorragend schöner Ausführung, **1**.35, **1**.55, **1**.70, **1**.95, **2**.35.
Einsegnungsröcke, saubere Verarbeitung, vorzügliche Stoffe, **1**.65, **2**.25, **2**.95, **3**.35.
Zirka 800 Dtzd. **Korsetts,** tadelloser Sitz, größte Bequemlichkeit, **85** Pf., **1**.45, **1**.95, **2**.45, **2**.95.
Elkan & Co. Oranienstr. 65. 23 eigne Geschäfte.
Vorzeig. dies. Annonce erh. 5% Rabatt.

500
federl. Stirn- u. Lockentuffs **1**.— an, Zöpfe o. Kord. **3**.— an, Unterlagen m. Deckhaaren **3**.— an. B. Kauf Anleitung z. Selbstfrisieren u. Probefrisur **gratis.**
Damen, welche ausgekämmt. Haar aufbewahrt haben, sparen viel Geld, w. sie sich dav. zur Verschönerung sow. Erhaltung d. eigenen Haare einen Zopf ohne Kord. v. **1**.— an, mod. Lock. v. **50** Pf. an, Haarunterlag. m. Deckh. v. **2**.— an anf. lassen. Kopfwasch. m. neuest. Trockenappart **1**.—. **Frau Wolf u. Töchter,** Friseurinnen, **Greifswalderstr. 30.**

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien** sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen
Berlin N., 1469b*
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Peloten, angenehm u. weich am Körper.

Händler und Hausierer
verlangt Preisliste üb. Kurz-, Band-, Leder- u. Stahlwaren, Seifen und alle einschlägigen Artikel von **Wilhelm Sonnenberg** (Inh. **S. Rosenstein**), **Hamburg** 49, Großneumarkt 24, **Spezial-Engros-Geschäft** nur für Händler, Hausierer und Marktreisende. Versand überallhin gegen Nachnahme.

Überraschende Neuheit
garantiert unschädlich
kein Chlor
kein reiben
Persil
vollständig ungefährlich
kein Waschbrett
kein bürsten
Modernes Waschmittel für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.
Zu haben in allen Kolonialwaren-, Seifen- und Drogen-Geschäften.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 29. Februar 1908.

Gewerbefreiheit — Mittelstandspolitiker — Produktionseinschränkung — Syndikatspolitik — Schutz der nationalen Arbeit.

Im Reichstage ist wieder mal das Problem der Handwerkerfrage erörtert worden. Die antisemitisch-konservativen und die zentrümischen Mittelständler sehen die Quelle aller von ihnen beklagten Uebel und Schäden in der Gewerbefreiheit. Diese soll eingeschnürt, der Zopf- und Zunftzwang wieder eingeführt werden. Wenn die Retter des Handwerks konsequent sein wollten, müßten sie Garantien für fesfellose Gewerbefreiheit verlangen. Gerade die Unterbindung dieser durch vertrustete und syndizierte, zollgeschützte Industrien bringt alle Konsumenten in der letzteren Abhängigkeit, untergräbt die Konkurrenzfähigkeit der Kleinen, macht jene zu den Herrschern, die vorwärtsstürmend tausende selbständige Existenzen vernichten. Aber die Mittelständler können bei den Großen nicht bekämpfen, was sie selbst gern betreiben. Man denke nur an den vorjährigen Kampf im Backergewerbe. Die Innungskrauter verbanden sich mit dem Hefesyndikat, um einzelnen ihrer Kollegen die Ausübung ihres Handwerks unmöglich zu machen, weil diese das Verbrechen begangen hatten, in Frieden mit ihren Arbeitern leben zu wollen und deren berechtigte Forderungen anerkannten. Das verdroß die Zunftleute. Sie verbündeten sich mit den syndizierten Hefefabrikanten, damit durch Entzug des unentbehrlichen Rohmaterials der Widerspenstigen Zähmung herbeigeführt werde. Das ist nackter Terrorismus, geboren aus grob egoistischen Motiven. Solche Kampfmittel will man sich frei halten; dazu begehrten die Mittelständler größere Privilegien in der Lehrlingsausbeutung. Mit solchem Geschenk würde das Handwerk seinen Krebsgang nur noch beschleunigen. Die Höherentwickelung der Handwerkerstube zur Kunstwerkstatt, das ist ein Erfolg versprechendes Ziel. Für eine ganze Reihe Gewerbe birgt dieses Ziel für die Zukunft zweifellos schöne Erfolge; hier ist ein Feld dankbarer Betätigung. Unbestreitbar hat die völlige Gewerbefreiheit, die ungezügelte Konkurrenz viele und schmerzhafte Wunden geschlagen, aber getroffen wurde immer nur der Einzelne, ein beschränkter Kreis von Personen. Der Gesamtheit kommen in letzter Linie die unmeßbaren Vorteile zugute. Die staunenswerte, sprunghafte Entwickelung der Technik, die großartigen Leistungen der Chemie auf industriellem Gebiete, die kaum geahnte Steigerung der Produktivität der Arbeit sind Kinder der rastlos vorwärtstreibenden Konkurrenz und sie stellen eine hohe, stolze Kulturerrungenschaft dar. Allerdings, die Früchte werden bis jetzt zum überwiegenden Teile von einer kleinen Minderheit des Volkes eingeerntet. Das ist das zu bekämpfende Uebel. Nun aber sehen wir, wie das organisierte Unternehmertum zu Maßnahmen greift, die die Lebensdauer seines Privilegienbesitzes verlängern sollen. Die vorwärtstreibende Kraft der freien Konkurrenz wird durch mechanische Unterbindung der Produktion ausgeschaltet. Während früher die Konkurrenz immer Anreiz fand, durch Verwendung neuer Maschinen und Arbeitsmethoden die Produktivität zu steigern, die Erzeugung zu verbilligen, ordnet man jetzt mechanische Einschränkung der Produktion an, um dadurch Preisstürze zu verhindern. Wie im Jahre 1900/1901, so erleben wir auch jetzt wieder, daß bei sinkenden Lohnkosten die Preise einzelner Rohmaterialien auf der früheren Höhe gehalten werden oder gar noch darüber hinaustreiben. Das Kohlensyndikat hat seine letzte Preiserhöhung noch für ein volles Jahr festgelegt, und um das störende, preisdrückende Moment eines über die Nachfrage hinausgehenden Angebots zu verhindern, werden Fördereinschränkungen angeordnet. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat hat am 28. Februar eine Produktionseinschränkung von 10 Proz. für Kohlen und 20 Proz. für Koks angeordnet. Englische Kohlen sind seit August v. J. um 20 bis 25 Proz. billiger geworden; in Belgien mußten in den letzten Wochen die Kohlenpreise um 2 Frank nachgeben und zwar unter dem Druck der Konkurrenz durch deutsche Kohlen. In Deutschland selbst jedoch werden die Preise aus der Zeit der größten Brennmaterialiennot heute sogar noch überholt. Das Syndikat der rheinisch-westfälischen Kohlenmagnaten ordnet Produktionseinschränkungen an, aber es fällt ihm gar nicht ein, Preisnachlässe zu gewähren. Die anderen Verbände und Syndikate werden jedenfalls auf diesem Wege folgen. Man könnte nun annehmen, es sei gleichgültig, ob aus Mangel an Aufträgen oder durch freie Uebereinkunft der Produzenten ein Teil der Betriebe still gelegt, die Produktion vermindert wird. Das ist aber nicht der Fall. Bei der freien Konkurrenz ist für den einzelnen Unternehmer die Möglichkeit gegeben, mittels Preisreduktionen den beschränkten Markt für sich zu erobern, und dabei bleibt dann stark wirksam das Bestreben, durch Einführung rationellerer Arbeitsmethoden die Produktionskosten herabzumindern, die Produktivität der Arbeit zu steigern. Die freie Konkurrenz verhindert auf jeden Fall, daß während der Zeit wirtschaftlicher Depression die Spannung zwischen Produktionskosten und Verkaufspreisen größer wird. Das Gegenteil wird aber erreicht mit der Marktregulierung durch die Syndikate. Durch eine dem Gesamtwillen der Produzenten entspringende freiwillige Einschränkung der Erzeugung läßt sich zwar nicht das Gesetz von Nachfrage und Angebot aufheben, aber es wird das Angebot künstlich beeinflußt. Damit ist auch dem Preisdrucke vorgebeugt; die organisierten Produzenten können diktieren, und sie steigern die Profitrate, wenn Arbeitslosigkeit und Lohndruck die Not der arbeitenden Bevölkerung mehrt. Um reicher zu werden, muß man mehr Güter erwerben; in der kapitalistischen Volkswirtschaft ist es umgekehrt: um die „Not" der Kapitalisten zu mildern, wird die Gütererzeugung, die Reichtummehrung mechanisch eingeschränkt. Aus diesem Widersinn, geboren aus dem Gegensatz zwischen Unternehmer- und Volksinteressen, kann die kapitalistische Gesellschaft nicht hinaus. Die vielgerühmte Syndikatspolitik mildert diesen Widersinn nicht einmal, sie läßt ihn noch schärfer sich auswachsen. Nicht die Organisierung der Produktion bekämpfen wir, die Schädlichkeit der Syndikate liegt in der gekennzeichneten Preispolitik. Diese ist um so schädlicher, als sie die Monopolisierung des Innenmarktes dazu benützt, auf dem Auslandsmarkt weit unter dem Inlandspreis zu verkaufen. Da das fast ausschließlich bei Rohmaterialien und Halbzeug geschieht, wird dadurch die Absatzmöglichkeit der weiterverarbeitenden Industrie wesentlich eingeschränkt. Der Auslandskonsument, der aus Deutschland billige Brennmaterialien und billiges Halbzeug bezieht, kann nicht nur dem deutschen Weiterverarbeiter auf dem Auslandsmarkt erfolgreich Konkurrenz bieten, er kann wegen der niedrigeren Selbstkosten sogar in Deutschland erfolgreich konkurrieren. Dadurch wird naturgemäß auch der Arbeitsmarkt im Inlande ungünstig beeinflußt, der Lohndruck wird stärker. In letzter Linie sind es die Arbeiter, die die Kosten der Syndikatspolitik zu zahlen haben. Nach Angaben der „Köln. Volksztg." müssen zurzeit die deutschen Drahtziehereien für rohen Walzdraht 132 50 M. bezahlen, dagegen wurde schon vor zwei Wochen dasselbe Material in Antwerpen-Rotterdam zu 104 M. angeboten. Englische Werke kauften deutsche Drahtknüppel so billig, daß sie 5 Millimeter Walzdraht zu 100 M. pro Tonne abgeben können. Das vermindert für die deutschen Werke und Arbeiter Beschäftigung und Verdienst. Für eine ganze Reihe Artikel für die Weiterverarbeitung ist im Januar 1908 die Ausfuhr schon ganz erheblich gestiegen. Z. B. in rohem Walzdraht von 79 337 Doppelzentner im Jahre 1907 auf 121 559 Doppelzentner, in Blech (roh) von 113 093 Doppelzentner auf 124 894 Doppelzentner, in Stabeisen bis 12 Zentimeter lang von 100 790 Doppelzentner auf 214 207, in Bandeisen von 49 224 Doppelzentner auf 66 971 Doppelzentner. Da die Nachfrage in Fertigartikeln am Warenmarkt nachläßt, muß die Forzierung des Exportes von Halbzeug die inländische Verarbeitungsindustrie schwer schädigen. Und die Syndikatspolitik, die ihre wesentliche Stütze in unserer Zollgesetzgebung findet, segelt unter der Stichmarke: Schutz der nationalen Arbeit! D.

Gautag des Maurerverbandes.

Zu Beginn der Sitzung am Sonntag wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet. Derselbe ergibt, daß 124 Zweigvereine durch 154 Delegierte vertreten sind. 66 Zweigvereine haben keine Delegierte entsandt. Ferner sind anwesend je ein Vertreter des Hauptvorstandes und des Ausschusses, sowie Vertreter der Bauarbeiter und der Zimmerer. — Ueber

Die Lohnbewegungen unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe

referierte Silberschmidt.

Er führte u. a. aus:

Seit dem Jahre 1905 hat sich das Einkommen der Maurer in Deutschland durchschnittlich um 7 Prozent erhöht. Die Preise der notwendigen Bedarfsartikel sind dagegen in viel höherem Maße gestiegen und werden in der nächsten Zukunft noch weiter steigen. Auf der anderen Seite wird es in nächster Zeit kaum möglich sein, das Einkommen der Maurer so zu erhöhen, daß es mit den gesteigerten Ausgaben in Einklang steht, denn in der heutigen Gesellschaft ist nicht das Recht und der moralische Anspruch der Arbeiter maßgebend, auch nicht die wirtschaftliche Notwendigkeit ist bestimmend, um die berechtigten Ansprüche der Arbeiter zu erfüllen, sondern nur die Machtverhältnisse sind ausschlaggebend. In der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsstockung sind die Machtverhältnisse der Arbeiter, besonders im Baugewerbe, nicht günstig gestaltet. Das ist eine Folge der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse und deshalb kein Grund zur Mutlosigkeit. In den vergangenen Jahren des guten Geschäftsganges mußten die Unternehmer die Löhne aufbessern und das Rechtsbewußtsein der Arbeiter im Hinblick auf ihre Verhältnisse zum Unternehmer ist gestärkt worden, nicht zum wenigsten durch den Einfluß der Organisation. Aber bei der Aufstellung von Forderungen hatten die Kollegen in den letzten Jahren nicht immer ein Gefühl für das rechte Maß dessen, was sie den Umständen nach durchsetzen können. Aufgabe der Organisation ist es, dafür zu sorgen, daß sich die berechtigten Forderungen der Kollegen in den Bahnen des tatsächlich Erreichbaren halten. Nur widerstrebend haben die Unternehmer im letzten Jahrzehnt den Forderungen der Arbeiter Folge gegeben und auf die Gelegenheit gewartet, um an den Arbeitern Rache zu nehmen. Seit langer Zeit machen sich in den Reihen der Unternehmer Pläne bemerkbar, die darauf gerichtet sind, den Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage ein Ziel zu setzen. Seit 1904 haben sich diese Pläne zu positiven Vorschlägen verdichtet, die dahin gehen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, zu bestimmen, wann, wo und unter welchen Umständen sie Kämpfe führen wollen. Die Unternehmer wollen jetzt das Kampfgebiet bestimmen und es so weit ausdehnen, daß die Kraft der Arbeiterorganisation einem so großen Kampfe nicht standhalten kann. Diese Pläne der Unternehmer werden ja nicht verwirklicht werden können. Sie werden teils an wirtschaftlichen Verhältnissen scheitern, und die Arbeiterorganisation wird alles tun, um zu verhindern, daß die Wünsche der Unternehmer in Erfüllung gehen. Die Unternehmer haben sich auf den Kriegspfad begeben, sie wollten erreichen, daß der Einfluß, den die Arbeiterorganisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewonnen haben, gebrochen wird. Die Unternehmer wollten wieder die früheren Verhältnisse schaffen, wo sie, gleich absoluten Herrschern, allein die Arbeitsbedingungen festsetzten. Unerhört ist es, daß die Unternehmer Tarife aufstellen ohne Mitwirkung der Arbeiter, und verlangen, daß diese Tarife angenommen werden. Es ist die größte Errungenschaft der letzten Zeit, daß wir den Unternehmern das Recht abgerungen haben, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unsererseits mitzubestimmen, wodurch der absoluten Herrschaft der Unternehmer ein Ende gemacht worden ist. Nun wollen die Unternehmer die Gleichberechtigung der Arbeiter bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen wieder beseitigen. Diese Absichten der Unternehmer tragen deshalb einen unmoralischen Charakter, weil sie durchgesetzt werden sollen in einer Zeit, wo sich die Arbeiter in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Die Pläne der Unternehmer gehen dahin, daß sie alle bestehenden Verträge ablaufen lassen und nicht eher neue Verträge schließen, als bis alle Verträge dem Willen der Unternehmer entsprechend gestaltet sind. Im anderen Falle soll die Aussperrung erfolgen. Bisher waren die Tarife der Ausdruck eines Waffenstillstandes zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Unternehmer wollen jetzt Tarife einführen, welche in ihren Händen eine Waffe sein sollen zur Niederdrückung der Arbeiterorganisation. Nicht eher wollen sie in Deutschland Tarife abschließen, ehe nicht in Berlin ein Vertrag nach ihrem Willen zustande gekommen ist. Wir werden also einen Kampf bekommen, der ernster ist wie unsere früheren Kämpfe. Aber das können wir mit Bestimmtheit sagen: unsere Situation ist keineswegs hoffnungslos oder trostlos. Wir werden uns so einzurichten wissen, daß wir die Pläne der Unternehmer durchkreuzen können.

Wir haben uns vor Augen zu führen, wie sich die Kampfbewegung in unserem Gau entwickeln wird. Hier stehen bis jetzt **26 Lohnbewegungen** in Aussicht, zu denen die Unternehmer bereits ihre Gegenmaßnahmen getroffen haben. In 4 von den betreffenden Vereinen haben die Unternehmer uns ihre Vertragsentwürfe unterbreitet, in Guben ist es bereits zur Aussperrung gekommen. In 7 Vereinen, wo wir keine Forderungen stellten, haben die Unternehmer die Verträge gekündigt und die Annahme ihres Tarifentwurfes verlangt. In drei Vereinen ist uns die Kündigung eingereicht, ohne daß die Unternehmer bis jetzt ihre Vorlage machten. In Rathenow, wo wir bisher keinen Vertrag hatten, verlangen die Unternehmer ebenfalls die Anerkennung ihres Vertrages. Das sind also 15 Orte, wo die Unternehmer bereits Maßnahmen uns gegenüber getroffen haben. In einigen Orten sind die Unternehmer sogar mit Herabsetzung der Löhne vorgegangen. Man sieht daraus, wohin die Unternehmer zielen. Sie wollen nicht nur Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse verhindern, sondern sie benutzen auch die Notlage der Arbeiter, um Lohnherabsetzungen durchzusetzen. Es ist unerhört, daß einzelne unserer Vereine Lohnherabsetzungen ruhig hingenommen haben. Unsere Aufgabe für das nächste Jahr wird vor allen Dingen dahin gehen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die bestehenden Arbeitsbedingungen zu verteidigen und jeder Absicht einer Verschlechterung den größten Widerstand entgegenzusetzen. Bei unseren auf Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse gerichteten Forderungen, werden wir in der nächsten Zeit die größte Vorsicht walten lassen müssen, ob es nicht besser ist, im Interesse der gesamten deutschen Maurerbewegung ein Loch zurückzustecken. Bei allen Angriffsbewegungen ist das Streikregelement und der Rat des Hauptvorstandes genau zu befolgen. Welche Taktik wir bei unserer Abwehrbewegung gegenüber den Aussperrungen auf Grund der Unternehmerbeschlüsse befolgen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen und kann deshalb noch nichts darüber gesagt werden. Doch das ist sicher, daß wir das, was die Unternehmer wollen, mit allen Mitteln abwehren werden. Es kann sein, daß der Verbandsvorstand sich veranlaßt sieht, Maßnahmen zu treffen, die vorher nicht in Versammlungen beraten und beschlossen worden sind und die manchem unverständlich erscheinen mögen. Für diesen Fall rechnen wir darauf, daß die Kollegen unbedingtes Vertrauen zum Vorstande haben und daß sie strenge Disziplin befolgen. Wenn unsere Kollegen in diesem Sinne handeln, dann werden die bevorstehenden Kämpfe nicht so enden, wie es die Unternehmer wünschen. (Beifall.)

•

Lehmann hielt ein Referat über

Agitation.

Er führte aus, was der Gauvorstand hinsichtlich der Agitation im Gau getan hat und in welcher Weise und mit welchen Mitteln die Agitation in nächster Zeit zu betreiben ist. Es werde wesentlich darauf ankommen, daß nicht nur in den größeren Orten, sondern auch auf dem Lande eine lebhafte und energische Agitation betrieben werde. Für die Agitation im Gau sollen folgende Grundsätze maßgebend sein: Es ist Pflicht aller Delegierten, für die Stärkung des Verbandes zu wirken. Die Vorstände haben Vorkehrungen zu treffen, damit alle im Gau vorhandenen Maurer von der Agitation erfaßt werden. In den größeren Bezirken sind Agitationsausschüsse zu bilden, welche den Vorstand bei der Landagitation ständig unterstützen. Diese Agitationsarbeit wird der Vorstand durch Stellung von Referenten, Erteilung von Ratschlägen und erforderlichenfalls durch materielle Mittel fördern. Es sollen auch erneut Erhebungen über die Lage der Maurer im Gau veranstaltet werden.

Die Diskussion erstreckte sich gleichzeitig auf beide Referate. Die Redner beschäftigten sich meist mit Ausführungen über die Agitation, wobei vorwiegend die besonderen Verhältnisse einzelner Bezirke und Orte zur Sprache kamen.

Der Verbandsvorsitzende Bömelburg sagte unter anderem: Da es in der Zeit der Krise kaum möglich sei, in den großen Orten neue Mitglieder zu gewinnen, so müsse die Agitation besonders auf dem platten Lande betrieben werden. Dann werde es auch gelingen, trotz der Krise neue Mitglieder zu gewinnen. Hinsichtlich der bevorstehenden Kämpfe sagte der Redner: Am 16. März beginnen die Verhandlungen mit den Unternehmern für das Gebiet des Maingaues und am 23. für das Rheingebiet. Erst nach diesen Verhandlungen werde sich übersehen lassen, welchen Verlauf die Bewegung nimmt und welche Taktik der Verband zu befolgen habe. Wir sehen in den Tarifverträgen eine Einrichtung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die Unternehmer aber wollen uns Tarifverträge aufzwingen, die ihnen als Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisation dienen. Mit aller Bestimmtheit erkläre ich hier: **Solche Verträge finden unsere Zustimmung nicht.** (Bravo!) Bei allen Verhandlungen, die wir seit Jahren mit den Unternehmern führten, haben wir stets den Verhältnissen Rechnung getragen. Wir hätten so manches Mal, wenn wir unsere Kämpfe fortgesetzt hätten, manchen Unternehmer ruinieren können, aber wir haben immer loyal gehandelt und uns auf einer mittleren Linie zu einigen versucht. Wenn es die Unternehmer jetzt umgekehrt machen, wenn sie versuchen wollen, uns zu knebeln, dann gibt es kein Vertrauen mehr. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir Tarifverträge haben wollen. Wir werden aber niemals Verträge annehmen, durch welche unsere Organisation geknebelt wird. Wir werden den Unternehmern zeigen, daß die Zeiten vorüber sind, wo sie ihre Bedingungen diktieren konnten. Nur auf Grund gegenseitigen Einverständnisses dürfen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgesetzt werden.

Nach Schluß der Diskussion erklärte sich die Konferenz einstimmig mit den vom Referenten Silberschmidt aufgestellten Grundsätzen einverstanden. Dieselben lauten:

1. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ist den Plänen der Arbeitgeber entgegenzuwirken.
2. Jedem sonstigen Versuch der Arbeitgeber, unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist entgegenzutreten.
3. Angriffsbewegungen sind zurückzuhalten und nur in vollem Einverständnis mit der Verbands- und der Gauleitung zu beginnen.
4. In dieser Konfliktszeit ist strenge Disziplin zu üben und den taktischen Maßnahmen der Leitung unserer Organisation unbedingt Folge zu leisten.

Der letzte Punkt der Tagesordnung lautete: Anträge zur Konferenz. Zunächst gelangten mehrere Anträge zur Diskussion, welche sich auf formale Bestimmungen über die Streikunterstützung beziehen. Hierzu wurde beschlossen, den betreffenden Zweigvereinen anheim zu stellen, ihre eingebrachten Anträge dem Verbandsvorstand einzureichen. — Angenommen wurde ein Antrag, welcher besagt, daß Anträge zur Gaukonferenz den Zweigvereinen vier Wochen vor der Konferenz bekannt zu geben sind.

Die Wahl des Gauvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Silberschmidt, Vorsitzender, Lehmann, Kassierer, Anton, Schriftführer, Hanke und Thöns Beisitzer. Lemm, Marx und Kersten Revisoren.

Silberschmidt schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die Maurerorganisation.

Vom Polizeikampf gegen ausländische Polen.

„Der preußischen Landwirtschaft muß geholfen werden; wenn nicht anders, dann durch Zuführung ausländischer gewerblicher Arbeiter!" Das ist die Devise, unter der jetzt unsere Polizei- und Verwaltungsbehörden gegen ausländische gewerbliche Arbeiter vorgehen, die in ihrem Gewerbe in Preußen Beschäftigung haben. Und als Zwangsmittel führt man ihnen das Fallbeil der Ausweisung vor Augen. So erging es dem Vergolder Renkowel, einem russischen Polen, der in der bekannten Goldleisten- und Rahmenfabrik von A. Werkmeister in Berlin arbeitete und in dem Vorort Vorhagen-Rummelsburg Wohnung genommen hatte. — Der Amtsvorsteher des Ortes erließ an ihn unter dem 1. Mai 1907 folgende Verfügung: „Die Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter in gewerblichen Betrieben ist verboten. Sie werden deshalb aufgefordert, sich binnen 14 Tagen in einem landwirtschaftlichen Betriebe, wo die Beschäftigung derartiger Arbeiter zugelassen ist, Stellung zu suchen. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so wird Ihre Ausweisung aus dem preußischen Staatsgebiete erfolgen."

Nach vergeblichen Beschwerden beim Landrat und beim Regierungspräsidenten klagte R. beim Oberverwaltungsgericht zu Berlin. Dieses wies die Klage zunächst ohne mündliche Verhandlung durch einen schriftlichen „Vorbescheid" ab. Das Gericht ging davon aus, daß die Klage im Verwaltungsstreitverfahren überhaupt nicht gegeben sei, weil keine polizeiliche Verfügung im Sinne des § 127 des Landesverwaltungsgesetzes vorliege. Die Aufforderung enthalte kein Gebot, welches mit einem der im § 132 desselben Gesetzes angeführten Zwangsmittel durchgesetzt werden sollte. R. habe nicht zur Beschäftigung in einem landwirtschaftlichen Betriebe polizeilich gezwungen werden sollen, sondern ihm sei nur angedroht, daß er bei Nichtbefolgung ausgewiesen werden würde. Damit sei eine polizeiliche Verfügung erst in Aussicht gestellt worden. Gegen die Landesverweisung würde ihm übrigens nach dem Gesetz, weil er kein Reichsangehöriger sei, die Klage auch nicht zustehen.

Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Liebknecht, beantragte mündliche Verhandlung. In einem ausführliche Schriftsatz wurde aus Rechtserwägungen heraus die Auffassung des Gerichtsbescheides bekämpft, daß es sich um keine angreifbare polizeiliche Verfügung handele. Hervorgehoben wurde, daß § 132 des Landesverwaltungsgesetzes die Behörden nur berechtige, ihre Anordnungen durch die speziell angeführten Zwangsmittel durchzusetzen, sie dazu aber nicht verpflichte. Selbst ohne die Androhung eines solchen Mittels wäre also das Verwaltungsstreitverfahren zulässig. — Der § 127 solle vor polizeilichen Uebergriffen schützen. Deshalb treffe er seine Bestimmungen über das Rechtsverfahren gegen polizeiliche Verfügungen. Die Behörden könnten sich nicht dem entziehen, indem sie einfach in eine Verfügung hineinschrieben, sie wollten kein Zwangsmittel anwenden. Besonders, wo man die Kühnheit besitze, zu sagen, die Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter in gewerblichen Betrieben sei verboten. Hier handele es sich nun zweifellos um eine Anordnung mit amtlichem Charakter. Die Polizei habe jemand zu einem Tun aufgefordert, nicht etwa gebeten. Im übrigen liege hier ohne Zweifel auch eine durch eine Zwangsandrohung verstärkte Verfügung vor. Allerdings sei die Ausweisung keines der Zwangsmittel des § 132. Daraus ergebe sich aber nur, daß kein erlaubtes, sondern ein unerlaubtes Zwangsmittel angedroht sei. Ferner sei ja richtig, daß der Reichsausländer keine Klage gegen eine Ausweisung habe. Das berechtige doch aber die Polizei nicht, eine ihrer Befugnisse auszuüben, um anderes zu erreichen. Die Polizei habe kein Recht, jemanden zu zwingen, landwirtschaftliche Arbeit zu übernehmen; das wolle sie aber hier, indem sie das Zwangsmittel der Androhung der Ausweisung benutze. — — — Rechtsanwalt Theodor Liebknecht betonte noch in der Verhandlung, daß hier nicht einmal die Behauptung aufgestellt sei, R. hätte sich lästig gemacht. Man habe sich lediglich daran gestoßen, daß R. gewerblich und nicht landwirtschaftlich tätig sei.

Das Oberverwaltungsgericht wies am Freitag unter Aufrechterhaltung seines Bescheides die Klage ab. Es führte aus: Der Kläger würde mit seinen Ausführungen über die Verfügung recht haben, wenn nicht der ganze Inhalt der Verfügung darauf hinweise, daß es sich nicht um eine selbständige polizeiliche Auflage handele, sondern lediglich um die Mitteilung der Bedingung, unter welcher R. nicht die Ausweisung zu gewärtigen habe. Gegen die Ausweisung selbst stände ihm ein Klagerecht nicht zu. Also habe ihm der Gerichtshof auch gegen die Mitteilung der Bedingung, unter der er die Ausweisung vermeiden könnte, ein Klagerecht nicht zuerkennen können.

Aus Industrie und Handel.

Streiflichter auf die Weltkrise.

Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß die Wirtschaftslage noch sehr weit davon entfernt ist, als gebessert angesehen werden zu können. Viele Betriebe leben „von der Hand in den Mund". Ein besonders charakterisches Symptom drückt sich in der Lage der Eisenbahnen aus. Vor Jahresfrist herrschte in Amerika größter Mangel an Frachtwagen und Lokomotiven. Noch zu Ende Oktober, knapp vor Ausbruch der Krise, überstieg die Nachfrage nach Waggons die vorhandenen Betriebsmittel um 87 000 Frachtwagen. In den ersten Januarwochen 1908 waren hingegen nicht weniger als 320 000 Waggons und zirka 15 000 Lokomotiven unbeschäftigt. Die amerikanischen Eisenbahnenmilliardäre bemühen sich, den Zinsverlust durch die Ersparnis an den Löhnen der entlassenen Eisenbahnarbeiter wieder hereinzubringen. . . . Ein weiteres Symptom, dem gegenüber alle Schönfärberei versagt, ist das Anwachsen der Konkurse. Im Januar d. J. wurden 1722 Konkurse mit einer Gesamtpassivensumme von mehr als 63 Millionen Dollar gemeldet, was gegenüber dem Januar 1907 in der Zahl der Insolvenzen eine Steigerung von 55, in der Höhe der Schulden eine Steigerung von 850 Proz. bedeutet. Die Krise ist also in voller Wirkung und nach keiner Richtung hin läßt sich eine entscheidende Wirkung zum Besseren erkennen.

In den Nordstaaten Brasiliens am Amazonenstrom herrscht eine schwere wirtschaftliche Krise. Zahlungsstockungen sind an der Tagesordnung. In den Mittelstaaten dagegen sind Anzeichen einer langsamen Besserung wahrzunehmen.

Aus Peru laufen nur wenig Orders in Europa ein, weil die dortigen Landesprodukte fortgesetzt auf einem niedrigen Preisniveau stehen. Auch haben die politischen Streitigkeiten eine befriedigende Entwickelung des peruanischen Handels sehr beeinträchtigt.

Das gleiche gilt von Haiti, wo von der ausgebrochenen Revolution eine ernste Störung des Geschäftes befürchtet wird.

Aus den verschiedenen Teilen Chinas ist die Geschäftsstockung eine nahezu allgemeine. Der fallende Kurs der Shanghai-Taels drückt allen Transaktionen den Stempel auf. Shanghai hat schon wiederholt Kursstürze durchgemacht; allein die Tatsache, daß der Kurs innerhalb dreier Monate gleich um volle 16⅓ Proz. sinkt, steht einzig da. Besonders trostlos liegen die Dinge in der Mandschurei und im Amurgebiet.

In Südafrika geht das Geschäft nach wie vor schlecht. Verschiedene dortige Firmen suchen deutsche Exporteure zu Geschäften und zu längeren Krediten zu animieren; aber nur wenige Aufträge kommen zur Ausführung.

Stagnation herrscht auch auf den meisten Handelsplätzen Britisch-Indiens vor. In manchen Distrikten kann man von einem Notstand sprechen. Die Lagerhäuser sind überfüllt, eine größere Anzahl Händler in Bombay ist fallit geworden und sogar ein Run auf die National Bank of India wurde vor kurzem gemeldet. Hamburger und Londoner Firmen halten mit Verkäufen zurück und nicht wenige Abschlüsse sind rückgängig gemacht worden.

Ueberaus verhängnisvoll hat die amerikanische Krise auf die Verhältnisse in Bolivien eingewirkt. Die Hauptprodukte des Landes, Zinn, Kupfer, Silber und Kautschuk, haben starke Preisrückgänge erfahren, bedeutende Fallimente werden befürchtet.

Sehr Unerfreuliches wird auch aus Jerusalem berichtet. Danach hat besonders das enorme Anziehen der Diskontsätze in Europa dort die Lage enorm verschlechtert.

In Australien liegen die Dinge für das europäische Exportgeschäft sehr schlimm, weil die britischen Waren einen Vorzugszoll genießen, der es anderen als englischen Firmen unmöglich macht, Geschäfte abzuschließen. Hamburger Unternehmungen müssen wegen der bestehenden Zolldifferenz zugunsten Englands sehr häufig auf Aufträge verzichten.

Die Kohlenproduktion Englands im Jahre 1907. Einem soeben herausgegebenen Weißbuch zufolge wurden in Großbritannien im vergangenen Jahre 267 828 267 Tonnen Kohlen gefördert, ein Mehr gegen das Vorjahr von 16 777 467 Tonnen. Die Zahl der in den Kohlengruben beschäftigten Arbeiter betrug 940 618, das sind 58 273 mehr als im voraufgegangenen Jahre. Die Kohlenproduktion hat um 6,68 Proz. zugenommen, während die Belegschaft sich nur um 6,60 Proz. vermehrte. Demnach hat auch eine Steigerung der Produktion pro Arbeiter stattgefunden.

Aus der Frauenbewegung.

Sittlichkeitsheuchelei.

Die kapitalistische Gesellschaft verweigert dem einzelnen das Recht auf Arbeit und Verdienst. Aber sie kann nicht „Im Namen des Königs" Hunger und Durst verbieten. Mit unwiderstehlicher Gewalt erheischen die Naturnächte Befriedigung. Nach der Kirchenlehre ist Mord auch eine der Todsünden, die zur Verdammnis führen. Und wer Kinder hungern läßt, mordet. Wenn jedoch eine arme Mutter, gepeinigt vom Hungerschrei ihrer Kinder, ein Brot stiehlt, dann wandert sie ins Gefängnis. Oder nimmt sie vom Ueberfluß anderer ein Stückchen Kohle, um die unerträglich mörderische Kälte ihrer Behausung zu bannen, die „erziehende" Gerechtigkeit züchtigt sie als Diebin. So will es die beste, gerechteste — göttliche Weltordnung!

Wissen macht frei und begehrlich! Das hassen die Schützer der kapitalistischen Gesellschaft. Darum sind sie auch der Schule als Aufklärungsmittel spinnefeind. Die Schule soll den Autoritätsglauben tief und fest im Volke verankern, dieses zu den Tugenden der Unterwürfigkeit, Bescheidenheit, Demut — zu der Haupttugend Dummheit erziehen. Deshalb soll der Dogmenprediger, der die Seligkeit der Armut lehrt, in der Schule herrschen. Und hierin geht Preußen Deutschland voran. Das neue Schulunterhaltungsgesetz räumt den Dunkelmännern wiederum größeren Einfluß ein. Das Krümelchen wirklichen Wissens, das bisher in der Volksschule verabreicht wurde, die Schulung zum Denken, wird noch mehr verkümmert. Damit wird das Volk in erhöhtem Maße der Spekulation derjenigen Verteidiger der göttlichen Weltordnung preisgegeben, die die Dummheit und die Leichtgläubigkeit zu einer Milch gebenden Kuh für sich machen. Und dazu gehört auch die Spekulation auf die niedrigsten Instinkte und Leidenschaften.

Die Lektüre mit einem grob sinnlichen Zuschnitt, die schreiend unästhetische Kunst, die mit grellen Farben rohe Bilder malt und zeichnet, findet den stärksten Absatz in jenen Schichten, die nach dem Dogmengesetz der Lex-Heinze Männer tugendhaft erzogen und belehrt worden sind. Und nun kommen die Väter der Sünden und Verbrechen wider des Volkes Wohl und fordern Schutzmannsfäuste als Hüter der Sittlichkeit. Der Schutzmann soll die geschäftliche Unsittlichkeit vom offenen Markt vertreiben. Nur im Verborgenen soll die kapitalistische Schmutzpflanze kultiviert werden. Nach der Devise: Von außen rein, innen Schwein! . . . Gerade als ob die Fäulnis, an der der Volkskörper krankt, nicht mehr vorhanden wäre, wenn man diesem einen Kapuzinermantel umhängt und den Gendarmenhelm aufsetzt. Die offiziellen Tugendwächter wollen nicht die Quelle der Unsittlichkeit verstopfen, dagegen bäumt sich das Plünder- und Ausbeuterinteresse auf. Die Häßlichkeiten sollen nur nicht öffentlich auf offenem Markt zur Schau stehen. In dunkle Ecken, in die finsteren Höfe, in heimliche Winkel soll die Gemeinheit verbannt werden. Daß dadurch das Uebel noch schlimmer werden würde, kümmert die Sittenrichter anscheinend gar nicht.

Natürlich ist es die Zentrumsdemagogie, die ganz besonders in Sittlichkeitsretterei macht. Dafür sind die Schwarzen ja auch die gefährlichsten Dunkelmänner und größten Hasser jedweder Aufklärung. Wie wenig es dieser Gesellschaft wirklich ernst ist mit dem Schutz der Sittlichkeit, das hat sie anläßlich der Lex-Heinze-Verhandlung bewiesen. Das Zentrum hatte in seine Vorlage auch einen Paragraphen aufgenommen, der die Unternehmer bedrohte, die sich in sittlicher Beziehung gegen ihre Arbeiterinnen vergehen. Die Sozialdemokratie trat natürlich für den Paragraphen energisch ein. Das Zentrum ließ ihn nachher ohne irgendwelche Opposition wieder fallen! Zentrümliche Theorie und Praxis!

Eine uneheliche Mutter wird als Verbrecherin, als das sündigste Geschöpf verachtet, verfolgt, zu Tode gehetzt, aber Arbeiterinnen gegen die Frechheit ihrer Ausbeuter zu schützen, das fällt den Tugendwächtern gar nicht ein. Nicht die wahre Sittlichkeit soll gefördert und geschützt werden, die Unsittlichkeit des Handels mit der Liebe soll nur in die feinere Gemeinheit der Heiratsanzeigen und der staatlich und kirchlich konzessionierten Kuppelei sich kleiden. Was sich unter der modernen Ehe an Schamlosigkeit und Gemeinheit verbirgt, das stört die Hüter der Sittlichkeit nicht. Daß der ordnungsstaatlich geaichte Ehehandel in zahllosen Fällen Gemüt und Charakter verdirbt und verroht, das läßt die Sittenwächter unberührt. Dem schamlosesten Liebeskauf, der staatlich und kirchlich konzessionierten Prostitution in Permanenz soll keine Schranke gezogen werden. Gebt Volksbildung und Ihr gebt Sittlichkeit!

Die Hebammenfrage vor dem Dreiklassenparlament.

Im Laufe der letzten neun Jahre hat sich das preußische Abgeordnetenhaus, sehr gegen seine Neigung, wiederholt mit der Hebammenfrage beschäftigen müssen. Im vergangenen Jahre hatte der ehemalige Minister der Medizinalangelegenheiten, Dr. Studt, die Vorlage eines Hebammengesetzes bestimmt zugesagt. Inzwischen ist Studt gegangen, und sein Nachfolger Dr. Holle ist nicht geneigt, für die Reformversuche des nunmehr ausgearbeiteten Hebammengesetzes einzutreten. Am 24. Februar beschäftigte das Abgeordnetenhaus die Frage, wie dem Bezirkshebammenwesen ohne gesetzliche Regelung „abzuhelfen" sei, d. h. mit anderen Worten, wie man den Pelz waschen könne, ohne ihn naß zu machen. Der stenographische Bericht enthält eine Reihe von tatsächlichen Feststellungen, aus denen hervorgeht, daß die Mütter unseres Volkes in vielen ländlichen Kreisen Preußens jede menschenwürdige Fürsorge in ihrer schweren Stunde entbehren müssen. Es war charakteristisch, daß ein Vertreter der zahmen Freisinnigen Vereinigung, der Abgeordnete Münsterberg, den entsetzlichen Notstand auf diesem Gebiete zugestehen mußte.

Wir haben in Preußen 20 000 Hebammen; es entfällt eine Hebamme auf 1760 Einwohner. Es entfallen auf je eine Hebamme Einwohner: im Regierungsbezirk Allenstein 2749, in Köslin 1935, im Kreise Osterode 7730 und im Kreise Ortelsburg 10 070. Es werden durchschnittlich 94 Proz. aller Entbindungen von Hebammen geleitet; in den Regierungsbezirken Allenstein und Gumbinnen entbehrten 29 Proz. der Entbindungen des Beistandes einer Hebamme, in den Regierungsbezirken Posen und Bromberg 28 bis 30 Proz., im Kreise Ortelsburg 68 Proz. und im Kreise Johannisburg gar 73 Proz., also fast drei Viertel aller Entbindungen! Das heißt nichts anderes, als daß der Staat es zuläßt, wenn die Gemeinden, die für eine ausreichende, sachverständige Geburtshülfe zu sorgen hätten, ihre Gebärenden aus Not und Unverstand dem allerschlimmsten Kurpfuschertum überantworten. Es wurde darauf hingewiesen, daß diesem Mangel an Hebammen in einzelnen Gegenden die Folgen, die sich für die Volksgesundheit ergeben, entsprechen. Die Todesfälle im Kindbett und die Kindersterblichkeit seien überaus groß. Im Jahre 1906 seien nach dem statistischen Jahrbuch 3722 Personen im Kindbett gestorben. Viel höher aber wären die dauernden Schädigungen, die aus Fehlern bei der Entbindung hervorgehen. Nach neuesten Ziffern seien in der Zeit vom 29. Dezember 1907 bis 1. Februar 1908, also ungefähr innerhalb eines Monats, nicht weniger als 646 Frauen an Kindbettfieber erkrankt und 142 davon daran gestorben. In sehr armen ländlichen Kreisen, wie Karthaus, sei die Sterblichkeit der Frauen in der Entbindung fünfmal so groß wie im Durchschnitt für ganz Preußen.

Im Verlauf der Debatte wurde auch das traurige Kapitel von der Hebammenauswahl durch die Gemeinden berührt, die bekanntlich aus kommunalegoistischen Gründen oft ganz ungeeignete Personen veranlassen, sich dem Hebammenberufe zuzuwenden, nur damit sie nicht etwa der Armenpflege zur Last fallen. Ein Erlaß des Kultusministers aus dem Jahre 1904, daß nur solche Personen dem Hebammenberufe zuzuführen seien, welche lesen, schreiben und rechnen können, sei überhaupt nicht beachtet worden . . .

Und so erstand aus diesen und anderen alarmierenden und geradezu erschütternden Tatsachen, auf die näher einzugehen, hier zu weitführen würde, ein der Wahrheit vielleicht nahekommendes Bild von dem Elend, das durch die Geburtshülfe in ihrer heutigen Gestalt über weite Schichten unserer Bevölkerung gebracht wird.

Hier, wo eine radikale Aenderung aller in Betracht kommenden Verhältnisse bitter not täte, kommt das preußische Dreiklassenparlament aus den „Erwägungen" über mehr oder minder klägliche Flickversuche nicht heraus. So war es auch diesmal: 50 000 M. wurden bewilligt, um einige unwesentliche Verbesserungen im Verwaltungswege herbeizuführen. „Die Hebammenfrage ist schließlich eine Geldfrage," sagte der Kultusminister. Sehr richtig! Aber es ist eines Kulturstaates unwürdig, für die Chimäre der Polenbekämpfung Milliarden zu opfern und die auf die Erfüllung von wirklichen kulturellen Pflichten Dringenden mit winzigen Abschlagszahlungen hinzuhalten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Rixdorf. Mittwoch, den 4. März, 8½ Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151/52. Vortrag: Dr. Alfred Bernstein.

Reinickendorf. Mittwoch, den 4. März, findet bei Gründer, Hoppestraße 24, Vortrag der Genossin Mech statt.

Lichtenberg. Dienstag, den 10. März, im Lokale von Gürsch, Frankfurter Chaussee 128: Oeffentliche Frauenversammlung. Vortrag: Genossin Baader.

Gerichts-Zeitung.

Schutz gegen Bilanzverschleierungen.

Eine für die Sicherheit im Geschäftsleben wichtige Frage ist jetzt durch ein Präjudiz des ersten Zivilsenats des Reichsgerichts gelegentlich eines Prozesses zwischen der Milchzentrale und einem ausgeschiedenen Genossenschafter entschieden worden. Es gehört zu den immerhin noch seltenen Vorkommnissen, daß günstige Bilanzen eines Unternehmens, die von den Generalversammlungen zuerst mit dem Ausdrucke besonderen Dankes an die Leiter der Gesellschaft der Genossenschaft genehmigt wurden, nachträglich sich als falsch herausstellen, so daß alle Gewinnverteilungen und Rückzahlungen von Guthaben auf Grund irrtümlicher Annahme erfolgten. In solchen Fällen hat man bisher, namentlich auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, häufig zu dem Mittel gegriffen, die früheren Bilanzen zu „berichtigen", um so die ehemaligen Genossenschafter zur anteiligen Deckung der nachträglich ermittelten Fehlbeträge heranzuziehen. So kam es vor, daß Geschäftsleute und Privatpersonen, ja selbst deren Erben, nach Jahren zur Bezahlung erdrückender Zubußen aufgefordert wurden, weil sie oder ihre Rechtsvorgänger irgend einmal einer Genossenschaft angehört hatten. Die Milchzentrale hatte im Jahre 1906 nach demselben Prinzip ihre sämtlichen früheren Bilanzen revidiert, ihre ausgeschiedenen Genossen auf Zahlung von Zubußen verklagt oder wenigstens mit diesen Forderungen auf Zubuße gegenüber Ansprüchen der ausgeschiedenen Genossen aufgerechnet, wenn diese die bekanntlich vom Reichsgericht für gesetzwidrig erklärte Milchabgabe von der Milchzentrale zurückverlangten. Jetzt hat das Reichsgericht grundsätzlich ausgesprochen: eine nachträgliche Abänderung von genehmigten Bilanzen findet wegen objektiver Unrichtigkeit der Bilanzposten nicht statt. Die einmal angenommenen Bilanzen bleiben in Kraft, auch wenn spätere Ereignisse ihre objektive Unrichtigkeit klargestellt haben, da das Gesetz nur eine nach den damaligen Verhältnissen zutreffende Aufstellung fordert, nicht eine, die sich auch in der Zukunft als richtig erweisen wird. Voraussetzung für jede Berichtigung von Bilanzen ist daher der Nachweis, daß schon bei der Aufstellung selbst von den verantwortlichen Stellen gegen die gesetzlichen Obliegenheiten durch Vernachlässigung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns gefehlt worden ist. — Mit dieser Auslegung des Gesetzes dürfte die Möglichkeit nachträglicher Abänderung von Bilanzen so gut wie ganz beseitigt sein, da der vom Reichsgericht verlangte besondere Nachweis nur in sehr seltenen Ausnahmefällen erbracht werden kann.

Spielautomaten — verbotene Glücksspiele.

Vom Landgerichte Bochum ist am 17. Dezember der Automatenbesitzer Hermann Schwerdt wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Er hatte eine Schießbude eröffnet und in derselben eine Reihe von Automaten aufgestellt, darunter auch einen Spielautomaten „Imperator". Ein 5 Pf.-Stück wird durch einen Schlitz geworfen und muß dann mittels eines Hebels weiter befördert werden. Fällt es in einen der mittelsten drei von den vorhandenen sieben Löchern, so erhält der Spieler eine Marke von gleichem Werte. Das Gericht gibt zu, daß die Geschicklichkeit des Spielers Einfluß auf den Erfolg haben kann, aber dieser ist so gering, daß der Erfolg wesentlich nur vom Zufall abhängt. — Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgerichte verworfen, da ohne Rechtsirrtum festgestellt sei, daß der Erfolg vom Zufall abhänge.

Glücks' Tee und Glücks' Unglück.

Wegen unlauteren Wettbewerbs hatte sich der Teehändler Fr. Glücks gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin II zu verantworten. Der Angeklagte verfertigt unter der verheißungsvollen Marke „Glücks' Tee" einen Wundertee, dessen Wirkungen bei allen nur denkbaren Krankheiten in volltönenden Worten in einer Broschüre angepriesen wird, die den Käufern des Tees gewissermaßen als Gebrauchsanpreisung mitgegeben wird. Der Preis für ein Päckchen Tee ist ein ganz mäßiger, er überschreitet aber den wirklichen Wert immer noch um ein ganz bedeutendes und wirft dem Angeklagten eine sehr respektable Rente ab. Wie dieser in dem gestrigen Termin mit Stolz hervorhob, hat er im letzten Jahre einen Umsatz an tausende Personen und ein Reineinkommen von 21 000 M. erzielt. Durch eine ihm im Jahre 1904 zudiktierte erhebliche Geldstrafe hat er sich nicht warnen lassen, sondern in jener Broschüre den Mund wieder sehr vollgenommen und seinen Tee als Universal-Heilmittel für alle und auch solche Krankheiten hingestellt, denen die medizinische Wissenschaft bis jetzt machtlos gegenübersteht. Die Aerztekammer hat darauf den Strafantrag gestellt. Im gestrigen Termin führte der Angeklagte eine Reihe von Personen vor, welche behaupteten, durch den längeren Gebrauch des Tees von alten Leiden befreit zu sein und dem Angeklagten Dank zu schulden. Ueber die Zusammensetzung des Tees bewahrt der Angeklagte Stillschweigen. Nach dem Gutachten des Professors Dr. Juckenack besteht er fast ausschließlich aus Rainfarn (Tanacetum vulgare), welches massenhaft an Flußufern vorzufinden ist und früher offizinell war. Nach dem eingehend begründeten Gutachten des Medizinalrats Dr. Störmer enthält die Broschüre, die den Eindruck eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen soll, eine Menge tatsächlicher Angaben, welche zur Irreführung des Publikums geeignet sind. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 4 Wochen Haft und 1500 M. Geldstrafe eventuell noch 6 Wochen Haft.

Ein Buchmarder,

der seinerzeit in der Königlichen Bibliothek Diebstähle verübt hatte, wurde in der Person des 24jährigen Studenten Charles Bloiel der Schöffenabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte vorgeführt. — Anfangs d. J. tauchte in der Lesehalle der Königlichen Bibliothek ein Buchmarder auf, der sich nicht nur ganze Bücher aneignete, sondern auch aus einer Anzahl von Werken Seiten und Illustrationen herausriß und dadurch die Bücher völlig wertlos machte. Trotzdem eine scharfe Kontrolle seitens der Kriminalpolizei in der Lesehalle eingerichtet wurde, gelang es längere Zeit nicht, des Diebes habhaft zu werden. Ende Januar lenkte sich schließlich der Verdacht der Täterschaft auf den Angeklagten Bloiel. Dieser ist französischer Staatsangehöriger und studierte auf der hiesigen Universität. Bloiel wurde scharf beobachtet und schließlich dabei abgefaßt, als er aus einem wertvollen Buche mehrere Seiten herausriß. Bei einer Haussuchung in seiner Wohnung wurden noch mehrere gestohlene Bücher und herausgerissene Seiten und Bilder aus anderen Büchern vorgefunden. — In der Verhandlung legte B. ein Geständnis ab. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß es sich um gemeingefährliche Diebereien handele, dem Antrage des Amtsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

Sozialdemokratischer Wahlverein des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises.

Dienstag, den 3. März, abends 8 Uhr, in den „Pharusfälen", Müllerstraße 149:

Großer astronomischer Vortrag

gehalten von Herrn Dr. **Archenhold**, Direktor der Sternwarte in Treptow.

Thema: **Wanderungen durch das Weltall.** Illustriert durch über 100 Lichtbilder.

Die nachfolgenden Vorträge finden statt am **Freitag, den 13. März**, in der **Kronenbrauerei**, Alt-Moabit 47/49; **Dienstag, den 17. März**, in den **Germaniasälen**, Chausseestr. 110; **Freitag, den 20. März**, in der **Brauerei Groterjan**, Schönhauser Allee 130. 225/1*

Gültig zu allen Vorträgen sind die Billettnummern 29 501—34 500.

Billetts sind bei den Bezirksführern und im Bureau zu haben.

Genossinnen! Genossen!

Dienstag, den 3. März 1908, abends 8 Uhr:

2 Volksversammlungen

im „Moabiter Gesellschaftshaus", Wiclefstraße 24, Emdener Straße 34/35. Referent: Genosse Stadtverordneter **Emanuel Wurm**,

in der „Urania", Wrangelstraße 9/10. Referentin: Frau **Klara Wehl**.

Tages-Ordnung: **Was tut die reiche Stadt Berlin für die hungernden und unbeaufsichtigten Kinder?**

Genossinnen und Genossen, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen!

Die Vertrauenspersonen.

1*

Zentralverband der Maurer

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, bei Freyer, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörigen Zahlstellen und Bezirke der **Maurer, Putzer, Gips- und Zementbranche, sowie der Fliesenleger und Backofenmaurer.**

Tagesordnung:

1. **Bericht der Delegierten von der 10. Gaukonferenz.**
2. Diskussion über die vorgeschlagenen Kandidaten zum Vorstand des Zweigvereins. 3. Verschiedenes. **Der Zweigvereinsvorstand.**

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Werte Kollegen! Die Woche vom **2. bis 7. März** ist die **erste Beitragswoche**; damit beginnt auch die Abstempelung der Arbeitslosigkeit für die Kollegen, die länger als drei Tage arbeitslos sind. Abgestempelt wird **Mittwoch, Donnerstag** und **Freitag** in der Zeit **von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr** unter Vorlegung der Invalidenkarte im Verbandsbuch, in der entsprechenden Wochenrubrik.

In nachstehenden Lokalen geschieht dies für alle Mitglieder des Verbandes, unbeschadet des Viertels wo sie wohnen.

Bezirk:

Westen, Bülowstr. 58 bei Wiemers.
Schöneberg, Kyffhäuserstr. 26 bei **Folger**.
Süd-Westen, Bergmannstr. 97 bei **Maaß**.
Süden, Britzerstr. 32 bei Döring.
Süd-Osten, Lausitzerstr. 25 bei **Laaser**.
Osten 1, Langestr. 53 bei Kluge.
Osten 2, Tilsiterstr. 85 bei Kempin.
Nord-Osten, Georgenkirchstr. 65 bei **Späth**.
Norden, Schwedterstr. 23/24 bei Obiglo.
Oranienburger Vorstadt, Tieckstr. 10 bei Salomon.
Wedding, Pasewalkerstr. 3 bei Hoffmann.
Moabit, Salzwedelerstr. 16 bei Bachstein.

Zahlstellen:

Charlottenburg, Rosinenstr. 3 bei **Engel**.
Rixdorf, Kirchhofstr. 45 bei Grosser und Boddinstr. 66 bei Krieg.
Wilmersdorf, Lauenburgerstr. 21 bei **Käseler**.
Steglitz, Ahornstr. 15a bei Schellhase.
Friedenau, Kaiser-Allee 37 bei Grube.
Gr.-Lichterfelde, Kranoldplatz 1 bei Müller.
Zehlendorf, Potsdamerstr. 25 bei Mickley.
Mariendorf, Chausseestr. 16 bei Reichardt.
Marienfelde, Berlinerstraße bei Dittmann.
Tempelhof, Berlinerstr. 41 bei Müller.
Schmargendorf, Ruhlandstr. 20/21 bei Rogatt.
Johannisthal, Roonstr. 2 bei Gobin.
Oberschöneweide, Siemensstr. 16 bei Neumann.
Friedrichsfelde, Wilhelmstr. 38 bei Haberlandt.
Weißensee, König-Chaussee 38 bei Roßkopf.
Pankow, Wollankstr. 122 bei Clemen.
Reinickendorf, Residenzstraße, Ecke Holländerstraße bei Hermann.
Tegel, Schlieperstr. 64 bei Müller.
Friedrichshagen, Am Rundteil bei Lerche.
Alt-Glienicke, Grünauerstr. 29 bei Satz.
Lankwitz, Kiepertplatz 7 bei Jacuszewski.

Außerdem im Bureau des Zweigvereins, Engel-Ufer 15, vorn 3 Tr., Zimmer 29.

Da bis auf weiteres die früheren Zahlstellen der Freien Vereinigung in der Form weiter bestehen bleiben, daß dort jetzt für den Zentralverband kassiert wird, so können sich die Mitglieder auch dort unter denselben Bestimmungen die Arbeitslosigkeit abstempeln lassen. **Osten**, Rüdersdorferstr. 26 bei **Böhl**. **Südost**, Naunynstr. 86 bei Grunwald. **Süden**, Wilmsstraße 4 bei Löwenhagen. **Westen**, Elßholzstr. 16 bei **Sander**. **Moabit**, Bredowstr. 11 bei Müller. **Wedding**, Wiesenstr. 27 bei Maaß. **Oranienburger Vorstadt**, Gartenstr. 48 bei Korfowski. **Norden 1**, Graunstr. 40. **Norden 2**, Wichertstr. 3 bei Höhnisch. **Nordost**, Prenzlauer Allee 48 bei Hartig. **Charlottenburg**, Bismarckstr. 34 bei Bogen. **Friedrichsberg**, Frankfurter Allee 181. **Rixdorf**, Hermannstr. 68 bei Göbler, sowie im Bureau, **Steinstr. 38**, vorn 1 Treppe.

Wir ersuchen die Kollegen, sich diese Anzeige aus der Zeitung heraus zu schneiden, um so immer die betreffenden Lokale bei der Suche nach Arbeit, zwecks Abstempelung auffinden zu können.

Die Verbandsleitung.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Rabitzspanner!

Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, bei **Jannaschk**, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die Pläne der Unternehmer im Baugewerbe.** Referent: Kollege **Julius Gehl**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

NB. **Diejenigen Kollegen, welche arbeitslos sind, ersuchen wir, sich in den bekannten Bezirkslokalen der Sektion der Gips- und Zementbranche arbeitslos abstempeln zu lassen.**

Der wichtigen Tagesordnung wegen ersuchen wir alle Rabitzspanner, in dieser Versammlung zu erscheinen.

168/19 **Der Sektionsvorstand.**

Große

Volks-Versammlung

Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr,
Arminhallen,
Kommandantenstr. 58—59, großer Saal.

Referenten: **Adolf Stern**, ehemaliger Geistlicher und Stadtverordneter **Adolf Hoffmann**.

Tages-Ordnung:

1. **Staat, Schule und Kirche.**
2. Diskussion. 417b

Die Geistlichen der betreffenden Gemeinde sind brieflich eingeladen.

In der Versammlung sind Kirchenaustrittsformulare zu haben.

I. A.: A. Harndt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 4. März 1908, abends 7 Uhr,
im Saale von **Milbrodt**, Müllerstraße 7 (am Weddingplatz):

Versammlung der Maschinenformer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die wirtschaftliche Krise und unsere Organisation. 2. Wahl von zwei Kommissionsmitgliedern. 3. Diskussion. 113/2

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**

Rauchtabake × Kautabake × Schnupftabake × Zigarren.

Zigaretten

1996L*

sämtlicher bekannten Marken **zu Originalpreisen** wie **Garbaty, Josetti, Salem**, echt ägtr. **Regie-Zigaretten** usw., alle **Manoli-Marken,**

Jslam, **2 Pf.-Verkauf**, Abbas, **3 Pf.-Verkauf**,
Gibson Girl, **5 Pf.-Verkauf** etc.
zu den billigsten Originalpreisen.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Amt IV, 3014.

Die Selbstvergiftung, die Grundursache der Krankheiten. Gründliche Heilung resp. Verhütung derselben durch eine erprobte Blutentgiftungskur, Blutentsäuerung und Blutentgasung. (Preis 0,80 Mark.) Dr. Walser. **Die chronische Darmschwäche, das Grundübel des Kulturmenschen,** ihr Einfluß auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung. Dr. Pacskowski. **Neurasthenie** des Mannes. Ursachen, Verhütung (0,80 M.) und Heilung. Dr. Poeche. (1,50 M.) **„Reinigung, Auffrischung, Verjüngung des Blutes."** Dr. Pacskowski (1,50 M.) („Ich schätze mich glücklich, dieses Buch zu besitzen", schreibt Dr. Pflester.) — **Kalte Füße und ihre Heilung** Dr. Orlob. (0,80 M.) — Die **Hämorrhoiden** und ihre Heilung durch ein erprobtes Heilverfahren. Von Dr. Pacskowski. (0,80 M.) — **Zuckerkrankheit** heilbar. Neues Heilverfahren. Dr. Reymann. (1,50 M.) — **Halskrankheiten** und Heilung. Dr. Kollegg. (1,00 M.) — **Gicht, Rheuma** und Heilung. Dr. Kollegg. (1,00 M.) — **Nervosität** und Heilung. Dr. Walser. (1,20 M.) — **Fettleibigkeit** und Heilung. Dr. Kollegg. (1,00 M.) — **Migräne, Kopfschmerz** und Heilung. Dr. Pacskowski (0,50 M.) — **Ohrenleiden** und Heilung nach neuer, gesetzlich geschützter Methode. Dr. Walser. (0,50 M.) — **Asthma**, eine Kohlen- und Harnsäurevergiftung und Heilung. Dr. Walser. (0,80 M.) — **Gallen-, Nieren- und Blasensteine** und ihre Heilung. Dr. Walser. (0,50 M.) — **Blinddarmentzündung** und Heilung. Dr. Walser. (1,20 M.) — **Herzkrankheiten** und Heilung. Dr. Walser. (1,50 M.)

Edmund Demme, Leipzig 75.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Stralauer Viertel).

Bezirk 351 b.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Stellmacher

Gustav Altenkirch

(Kopernikusstraße 14)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Kirchhofe in Potsdam statt.

Der Vorstand.

Nachruf!

Am Freitag, den 28. Februar, abends 11 Uhr, verschied nach kurzem Leiden unser lieber Mitbruder

Emil Reich

im Alter von 50 Jahren.

Mit seinem biederen offenen Charakter war er uns allen ein gutes Vorbild.

Ehre seinem Andenken!

Die blauen Brüder vom Sanatorium Beelitz.

Turnverein „Fichte"

2. Lehrlings-Abteilung.

(M. d. A.-T.-B.)

Am 1. März verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Turngenosse

Paul Gall

im 18. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Jugend-Ausschuß.

Danksagung.

Für die reiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines Sohnes und unseres Bruders **Max Burkhard** sagen wir allen Freunden und Bekannten nebst Kollegen unseren herzlichsten Dank. 5885

Witwe Burkhard nebst Geschwistern.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen wir dem Deutschen Holzarbeiter-Verband sowie den Kollegen von Schülke Nachf. und dem Musikverein unseren herzlichsten Dank. 4245

Emma Hoffmann nebst Verwandten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Bruders, des Gastwirts

Wilhelm Kühn

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Wahlverein des IV. Kreises, dem Gastwirtsverein, sowie dem Personal der Zuckerspinnerei unseren innigsten Dank. 21172

Wwe. Klara Kühn, geb. Ulrich, nebst Kindern, Markgrafendamm 32.

Inventur-Extrapreise! nur einmal jährlich im

Steppdecken Spezialhaus Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen?

Sonderangebote

Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 3.00

Similiseide / Wollatlas in den Farben rot, blau, oliv 4.15 5.25 / 5.65 8.50

Bunte Normal-Schlafdecken 1.85 2.50 3.50

Wolldecken ganz dick 3.00 4.00

Reisedecken (ca. 1.) gefüttert 6, 8, 10 M.

Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 4. März, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

Süden bei **Gliesing**, Wassertorstr. 68.

Süd-Westen. **Die Vertrauensmänner-Versammlung fällt aus.** Am **Donnerstag abend 5½ Uhr** (gleich nach Feierabend) findet eine **Bezirksversammlung** statt.

Tages-Ordnung:

Bericht vom Gautag. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.

Südosten I (zwischen Adalbert- und Manteuffelstraße) bei **Ruhs**, Manteuffelstr. 95.

Südosten II (zwischen Manteuffelstraße und Görlitzer Ufer) bei **Ruhs**, Manteuffelstr. 95.

1. Punkt der Tages-Ordnung: Bericht vom Gautage.

Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei **Walter**, Andreasstr. 21.

Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei **Litfin**, Memeler Straße 67.

Oestliche Vororte bei **Wildner** in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.

Nordosten bei **Boeker**, Weberstr. 17.

Jede Sargtischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei **Obiglo**, Schwedter Str. 23

Wedding und Moabit: bei **Fahrow**, Ravenéstr. 6.

Bautischler.

Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei **Höhring**, Admiralstraße 18c.

Osten, Bez. 2: bei **Zietz**, Warschauer Str. 61.

Norden, Bez. 3: bei **Karl Hube**, Kopenhagener Str. 74.

Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei **Fortanier**, Tegelerstr. 36.

Möbelpolierer.

Osten bei **Boeker**, Weberstr. 17.

Südosten im „Märkischen Hof", Admiralstr. 18c.

Norden bei **Günter**, Brunnenstr. 96.

Möbelmagazinarbeiter u. Beizer

bei **Grapentin**, Stalitzer Straße 102.

Drechsler u. Treppengeländer-Branche.

Norden bei **Döhling**, Brunnenstr. 79.

Osten bei **Schneider**, Friedenstr. 67.

Südosten u. Südwesten bei **Stramm**, Ritterstr. 123.

Musikinstrumenten-Arbeiter

abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 8.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Gautage. 2. Bericht der Kommission. 3. Die Vorgänge in unserer Branche.

Modell- und Fabrik-Tischler

bei **Kramer**, früher Mothes, Hussitenstr. 40.

Bodenleger

im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15.

Diese Versammlung beginnt um 8½ Uhr.

Stellmacher

bei **Wohlfahrt**, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Str. 57.

Kistenmacher

bei **Baudach**, Breslauer Straße 28.

Einsetzer

im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15.

Kammacher

bei **Walter**, Adalbertstr. 62.

Korbmacher

bei **Hoffmann**, Koppenstr. 47.

Bürstenmacher

bei **Preuß**, Holzmarktstr. 65.

Perlmutt-, Horn- und Steinnußarbeiter!

6½ Uhr Oppelner Straße 47 bei **Paul Hoffmann.**

Bilderrahmenmacher

bei **Natteroth**, Ritterstr. 32.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Stockarbeiter

bei **Lehmann**, Neue Friedrichstr. 1.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Jalousie-Arbeiter

bei **Mühle**, Mariannenstr. 41.

Maschinenarbeiter

Die Versammlung fällt aus.

Ladeneinrichtungsbranche

Donnerstag, den 5. März cr., abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Freitag, den 6. März, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

bei Freyer, Koppen-Straße 29.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Die **Mitgliederversammlung** der **Ortskrankenkasse der Maschinenbauarbeiter** und verwandten Gewerbe findet am **Mittwoch**, den 4. März, abends 8 Uhr, im Lokal von **Wilke**, Brunnenstr. 188 statt.

Tages-Ordnung:

Aufstellung der Delegierten.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

113/I J. A.: C. Kuhl.

Kleber!

Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, bei Meyer, Oranienstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Verlauf unserer Bewegung. 2. Diskussion.

Pflicht eines jeden Klebers ist es, zu erscheinen!

177/8* **Die Verbandsleitung.**

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Voran"

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Donnerstag, den 12. März 1908, abends 9½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11–12:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Kassenbericht. 3. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz. 4. Beschlußfassung über Gewinnverteilung. 5. Revisionsbericht. 6. Ersatzwahlen des Vorstandes und Aufsichtsrates. 7. Anträge. 8. Genossenschaftliches. 104/1

Das Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht. — Die Bilanz liegt für die Mitglieder bei dem Genossen **Langner**, Pankstr. 32d, zur Einsicht aus.

Der Vorstand.

Paul Liers. Otto Wermke. Julius Langner.

(gesetzlich geschützt)

das Pfund **2,85** Mark.

Die erste

Bettfedernfabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. **45, 46 u. 47,**

führt **nur**

Bettfedern	Daunen
zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5,00 Mk. per Pfd.	zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,50, 6,50 bis 8,00 Mk.

Fertige Betten,

bestehend aus Oberbett, Unterbett, zwei Kissen, zu 12, 15, 20, 23, 28, 31, 38, 45, 54, 61, 75, 90 bis 105 Mk.

Bett-Inlette und andere Bett-Artikel.

Größtes Spezial-Geschäft Deutschlands.

Es kann niemand, namentlich nicht solche Geschäfte, die allerlei Artikel führen,

Bettfedern und Betten

billiger oder besser liefern, weil kein zweites Geschäft einen auch nur annähernd so großen Umsatz hat und günstiger einkauft, als die Firma

Gustav Lustig.

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllungen

echt chinesische (gesetzl. geschützt)

Monopoldaunen

Pfund Mk. 2.85,

echt russische (gesetzl. geschützt)

Matadordaunen

Pfund Mk. 3.50.

Von diesen beiden Sorten genügen 3 bis 4 Pfd. zum großen Oberbett.

Tausende von Nachbestellungen sind der beste Beweis für die Güte der Waren.

Umsatz im Jahre 1907:

2480 Zentner Bettfedern u. Daunen.

Kein zweites Bettfedern- und Bettengeschäft Deutschlands hat ein so großes Lager von Bettfedern, Betten und anderen Bettartikeln aufzuweisen.

Rücksendung und Umtausch gestattet.

Aufarbeiten von Betten und Bettfedern. Proben und Preislisten umsonst.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Am Sonntag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, findet eine Uraniavorstellung statt. Zur Aufführung gelangt: „Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt." Billetts a 65 Pf. sind in der Spedition, Neckarstraße 2, zu haben. Die Bezirksführer werden ersucht, alle nicht verkauften Billetts in der Spedition niederzulegen. Der Vorstand.

Charlottenburg. Wir machen nochmals auf die heute abend stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam und erwarten bei der Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreichen Besuch. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Rummelsburg. Heute Dienstagabend 8 Uhr findet bei der Witwe Weigelt, Türrschmidtstr. 45 eine Gemeindewählerversammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Stadtverordneter Schubert wird über „Unsere Forderungen an die Gemeindeverwaltungen" referieren. Außerdem wird Bericht aus den letzten Sitzungen der Gemeindevertretung erstattet werden. Ferner findet die Aufstellung der Kandidaten zu den Gemeindewahlen statt. Recht zahlreiches Erscheinen aller Parteigenossen erwartet Das Wahlkomitee.

Stralau. Heute abend 8 Uhr im Restaurant „Perle", Alt-Stralau 23, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht der Delegierten von der Kreisgeneralversammlung; Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen; Stellungnahme zum 1. Mai und Verschiedenes. Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf. Am Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, findet bei Schmitz, Ruhwaldstr. 35, ein Extra-Zahlabend statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Gemeindewahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen.

Borsigwalde. Mittwoch, den 4. März, abends 7 Uhr, findet vom Lokale von A. Reuter aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Potsdam. Eine Volksversammlung findet am Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, im „Viktoriagarten", Alte Luisenstr. 87, statt. Reichstagsabgeordneter Emmel-Mülhausen i. E. spricht über das Reichsvereinsgesetz. Zahlreichen Besuch, auch der Frauen, erwartet Der Einberufer.

Die Wahlvereinsversammlung am Mittwoch, den 4. März, fällt aus. D. O.

Berliner Nachrichten.

Die Verteuerung der Omnibusfahrten

ist der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft übel bekommen. Sie hat ihr eine Verminderung der Fahrgäste gebracht, die alle Erwartungen übertrifft. Daß auf ihren Linien der Rückgang des Verkehrs bedeutend ist, lehrt schon der Augenschein; auf den Linien mit erhöhtem Tarif kriegt man kaum noch einen voll besetzten Omnibus zu sehen. Wie sehr aber die Tariferhöhung die Zahl der Fahrgäste herabgedrückt hat, darüber gibt die Verkehrsstatistik des Berliner Statistischen Amtes den besten Aufschluß. Im Januar 1908, aus dem jetzt das Statistische Amt die Monatstabellen veröffentlicht, beförderte die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft auf 35 Linien mit Pferdebetrieb nur 6 188 683 Personen, während sie im Januar 1907 auf damals 32 Linien mit Pferdebetrieb noch 9 011 193 Personen befördert hatte. Der Januar war der erste Monat nach Einführung des höheren Tarifs; das Minus aus diesem ersten Monat stellt sich auf ziemlich drei Millionen Fahrgäste, die der Omnibusgesellschaft entzogen worden sind. Die Verkehrsstatistik gab früher auch die speziellen Zahlen für die beiden Gruppen der Fahrgäste zu 10 Pf. und zu 5 Pf., diesmal aber sind die speziellen Zahlen für die drei Gruppen der Fahrgäste zu 10 Pf., zu 7½ Pf. und zu 6 Pf. nicht hinzugefügt. Auch die speziellen Zahlen für die einzelnen Linien, die früher stets mitgeteilt wurden, werden diesmal nicht angegeben. Die Omnibusgesellschaft hat von der allgemeinen Verteuerung ein paar Linien ausgenommen, die mit 5 Pf.-Linien des Spediteurvereins konkurrieren. Es wäre nun vielleicht sehr lehrreich, zu untersuchen, ob auf diesen Ausnahmelinien der Omnibusgesellschaft, denen der 5 Pf.-Tarif erhalten geblieben ist, im Januar der Verkehr sich gleichfalls vermindert hat. Aber die Zahlen bleiben, wie gesagt, der Oeffentlichkeit vorenthalten. Sie sind freilich wohl nicht ganz leicht festzustellen, da ja die Doppelbilletts und die Bons zu fünf Billetts auf beliebigen Linien benutzt werden durften. Auf den erwähnten Konkurrenzlinien des Spediteurvereins ist übrigens die Zahl der Fahrgäste in auffälliger Weise gestiegen; im Jahre 1907 waren hier 333 722 Fahrgäste gezählt worden, im Januar 1908 wurden 342 738 gezählt. Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß die panikartige Flucht vor den Wagen der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft sogar jenen Ausnahmelinien einen Teil ihrer Fahrgäste entzogen und diese den konkurrierenden Linien zugeführt hat. Der Verkehr der Großen Berliner Straßenbahn weist gleichfalls für Januar eine Zunahme auf, und zwar eine ganz ungewöhnlich große; die Zahl der beförderten Fahrgäste war im Januar vorigen Jahres nur 27 575 259, aber im Januar dieses Jahres 31 307 609. Sicherlich hat auch die Straßenbahn einen Teil der Verkehrszunahme des Januar nur der Omnibusgesellschaft zu danken, die das fahrende Publikum aus ihren Wagen hinausscheuchte. Im Februar hat die Omnibusgesellschaft uns eine winzige Tarifänderung beschert, durch die so gut wie nichts gebessert worden ist. Wie mag das Frequenzergebnis des Februar ausgefallen sein? Zu bedauern sind in diesen Zeiten des Niederganges der Omnibusgesellschaft die Schaffner. Das Gehalt, das sie kriegen, will nicht langen — und die Trinkgelder, auf die die Gesellschaft sie verweist, bleiben aus.

Hofball.

In der „stolzen Königsberg an der Spree", wie so gerne das Berliner Schloß von Byzantinern genannt wird, ist heute abend großer Klimbim. „Bei Kaisers", wie die königstreue kleinere Hälfte der Berliner sagt, ist Fastnachtsball mit Punsch und Pfannkuchen. Das geht uns zwar nichts an, aber machen wir uns heute einmal den Spaß, stellen wir uns heute abend vor der stolzen Königsburg mit der verbergenden Tarnkappe auf, kleben wir uns ein großes Pechpflaster auf den nach größeren Mund und machen wir über den Spuk da drinnen „Gedanken".

Der altersgraue viereckige Kasten ist rundherum mit einer dichten Kette von revolverbeschwerten Staatsrettern abgesperrt. Natürlich. Die bösen Sozis könnten ja sonst auf den Einfall kommen, sich einen Fastnachtsulk zu leisten, zu den Klängen der Tanzmusik da droben in den Feensälen die Marseillaise anzustimmen und zu verlangen, daß der König von Preußen wie weiland Friedrich Wilhelm der Vierte vom Balkon herab den Hut vor dem Volke zieht. Gehabt euch wohl, ihr Herren! Das Volk stört euch nicht in eurem Vergnügen. Das Volk verlangt seine Rechte offenen Blicks am hellen Tage, nicht mit dem Schleichen der Katze in der Nacht. Es denkt heute bloß darüber nach, wie hier und da in wenigen Stunden soviel Geld verjuxt wird, daß davon Tausende, die darben müssen, gesättigt werden könnten. Soviel Luxus und Verschwendung, Adelsstolz und Proletenverachtung auf einem großen Haufen — das muß Arbeiterblut in Wallung bringen.

Wochenlang spukt so ein Hofball in der „Creme der Gesellschaft" vor. Wem die Fürstensonne jemals gelächelt hat, der muß selbstverständlich eingeladen werden. Und wenn der Hoffourier nicht bei ihm vorfährt oder auch keine gedruckte Karte anlangt, dann verschwindet er in der Hofversenkung für immer. Die meisten wissens ja im voraus, daß sie wieder mal die Sonne in allernächster Nähe strahlen sehen dürfen. Aber es gibt doch noch etliche Hundert andere, die gern ein Vermögen opferten, wenn sie den höfischen Fastnachtsrummel mitmachen dürften. Den Angstschweiß gönnen wir keinem Hund. Die Schar der Kommerzienräte ist seit vierzehn Tagen total nervös. Doch nur wenige sind auserwählt. So ein Titelchen, das vielleicht Hunderttausende für die Wohltätigkeit gekostet hat, berechtigt noch lange nicht zur Intimität. Die skrupellosen „Blockmänner" habens besser. Man braucht sie ja wie das liebe Brot. Sie trecken kräftig mit an der verfahrenen Staatskarre, die trotzalledem nicht aus dem Dreck heraus will, und kreuzvergnügt läßt ihnen der große Elegant aus der Wilhelmstraße die Peitsche um die Ohren knallen. Vorläufig braucht man sie noch. Den „Piepmatz" haben sie schon weg. Heute kriegen sie auch noch Punsch und Pfannkuchen, vielleicht auch einen gnädigen Blick oder ein persönliches Wort aus allerhöchstem Munde. Und der berühmte Bürgerstolz beugt sich tief bis zur Erde vor dem Königsthron. Es ist ein gottvoller Anblick — kraus die Kautschukpolitik, krumm die Kniehosenbeinchen und noch krummer der Rücken!

Heute abend auf dem Hofball gibt es noch eine Menge anderer vergnüglicher Bilder zu schauen. Bernhard, der unverwüstliche Kanzler vierter Güte, strahlt wie die Sonne selbst. In seinen glänzenden Augen ist zu lesen, daß er für das Harakiri noch zu jung und für die seidene Schnur noch nicht entbehrlich genug ist. Hochaufgerichtet steht er neben dem Thron: Mir kann keiner! Er hat mit dem übelriechenden Staatskleistertopf wieder mal den preußischen Staat gerettet, der „polnischen Hydra" ein paar Köpfe zertreten. Und daneben sonnt sich Herr Oberbürgermeister von Adickes, der gefeierte und frischgeadelte „Nationalheld". Noch manche andere gefällige Trabanten am Reichssternenhimmel sind da, die großen, die kleinen und die ganz kleinen. Scheu drückt sich der neugebackene Reichsschatzsekretär in irgendeine Ecke, um dem faszinierenden Sonnenblick zu entgehen. Er soll das schier Unmögliche möglich machen, soll die Hand in die leeren Taschen des Volkes stecken und sie gefüllt herausziehen. Vielleicht gelingt heute noch das Taschenspielerstückchen — sic volo, sic jubeo! Auch auf dem Hofball wird Politik getrieben. Da ist schon so manche kleine Intrige aus den Windeln gehoben worden, die sich später für das Volk zu einem zentnerschweren Sorgenkind auswuchs. Reichlich ist das Zentrum vertreten, aber doch nicht so reichlich wie in besseren Tagen. Die Freundschaft hat einen mächtigen Knax bekommen. Viele sind so ehrlich, keine Faust in der Tasche zu machen und lieber auf die königlichen Fastnachtspfannkuchen zu verzichten. Die Eminenz vom Breslauer Fürstensitz darf selbstverständlich nicht fehlen. Sie weiß sich der jeweiligen Situation schlau anzupassen, gibt mit der Linken, was des Königs, und nimmt mit der Rechten, was der Kirche ist. Das dumme Volk bekommt den Segen davon. Besonders süßsaure Mienen werden heute abend die fremden Botschafter machen. Sie haben sich die Kanzlerworte aus dem Herrenhause für spätere Gelegenheit wohlweise hinter die Ohren geschrieben: „Ob Lob oder Tadel — was kümmerts den Preußenadel!" Und wenn der geschmeidige Bernhard auch noch so liebenswürdig ist — das Mißtrauen der fremden Regierungsvertreter wird sich auf dem Hofball hinterrücks in manchem Blick wiederspiegeln. . . .

Und da drüben am anderen Ende, wo die Politik des Herzens spricht, wird getanzt. Es ist die Jugend, die ihr Recht will, die goldene Jugend, die aus dem Vollen des Genusses schöpft, und sich niemals Sorgen macht, woher die Gelder zum Vergnügen fließen. Solange es Volk gibt, arbeitendes, geknechtetes, rechtloses Volk — solange muß es in Hülle und Fülle auch Geld geben. Es sind die edlen Sprößlinge jener edlen Väter, die das Wohl des Volkes stets auf der Zunge, aber nimmermehr im Herzen tragen. Tanzt, soviel ihr wollt, ihr Edelsten der Nation. Aber tanzt nicht auf dem blutenden Herzen des Volkes!

Der Hofball ist zu Ende. Die strahlende Sonne ist untergegangen. Es war herrlich, entzückend, gottvoll schön. Millionenwerte sind zur Schau gestellt worden. Und mitten durch all den prunkenden Reichtum huschte lautlos hier und da auch Frau Sorge. Reichtum ist noch lange kein Glück. Das sieht anders aus. Was hier mit Gold und Juwelen, mit Samt und Seide überdeckt wird, das ist bei Lichte besehen unendlich oft weiter nichts wie Talmi, die glänzende Schale über dem faulen Kern. Vielleicht nirgends in der Welt stoßen soviel Neid und Mißgunst, Haß und Intrige, Mißtrauen und Verrat auf einen kritischen Punkt zusammen, als auf dem gleißenden, spiegelglatten, gefährlichen Hofparkett.

Uns fällt da ein feudales Bild ein aus einem unserer bedeutsamsten politischen Witzblätter, eine köstliche Satire auf den Hofball. Graf von Soundso kommt stark angesäuselt nach Hause, und Dame Adelheid, die wegen übermäßiger Korpulenz nicht mittun konnte, fragt den Ehegemahl, wie die Sonne geschienen habe. Und der Brabe salutiert stramm: „Serenissimus war ungemein gnädig. Na, bist du auch da, alter Schafskopf? hat er gesagt. Adelheid ich sage dir, die andern wollten fast bersten vor lauter Neid. . . ."

Die Beschaffung eines Grundplanes für die Bebauung von Groß-Berlin beschäftigte am Montagnachmittag die Vertreter der Stadt Berlin, der Stadtgemeinden von Groß-Berlin und der beteiligten Kreise Teltow und Niederbarnim unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner. Es wurde beschlossen, die für die Beschaffung eines solchen Grundplanes erforderlichen Kosten (etwa 165 000 M.) auf die beteiligten Gemeinden derart zu verteilen, daß die Stadt Berlin zunächst die Hälfte dieser Kosten übernehmen soll und die andere Hälfte dann auf die übrigen Gemeinden nach der Zahl ihrer Bevölkerung und ihrer Steuerkraft repertiert werden soll. Für die Beschaffung des Grundplans ist ein Wettbewerb in Aussicht genommen worden. Zur Bearbeitung und Vorberatung der gestern von mehreren Seiten für diesen Wettbewerb gemachten Vorschläge wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, der in nächster Woche berichten wird.

Die internationale Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt gibt bekannt: „Internationale Ballonfahrt. Am Donnerstag, den 5. März, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Finder eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet."

Ein Raubmordversuch wird wieder gemeldet. Im Westen der Stadt ist er am Sonnabendabend verübt worden. Auf dem Grundstück Bülowstraße 52 wurde der 28jährige Kutscher Hermann Böttcher, Meininger Straße 12 in Schöneberg wohnhaft, von einem bisher noch nicht ermittelten Täter niedergeschlagen und beraubt. Eine Summe von 761 Mark und 58 Pfennigen fielen dem Räuber zur Beute. B. wurde schwer verletzt, doch ist irgendwelche Gefahr für sein Leben glücklicherweise nicht vorhanden. Böttcher beschreibt den Täter als einen großen kräftigen Menschen mit kleinem schwarzen Schnurrbart und dunkelblondem Haar. Er trug dunklen Anzug und schwarzen steifen Hut. Bei einer Gegenüberstellung würde er ihn sofort wiedererkennen. Für die Ermittelung des Täters sind 500 M. Belohnung ausgesetzt worden.

Als Täter ist der 29 Jahre alte Hausdiener Heinrich Gunkel aus der Eckartstraße in Haft genommen worden. Der beraubte Kutscher Böttcher erkannte ihn gestern auf dem Polizeipräsidium bestimmt als den Räuber, ebenso stellten ihn andere Personen als den Mann fest, der von der Bülow- nach der Yorkstraße zu entfloh.

Landgerichtsdirektor Leonhardt, über dessen Selbstmordversuch wir berichteten, ist gestern morgen 7 Uhr in der Heilanstalt des Sanitätsrats Dr. Edel in Charlottenburg, wohin er am Freitag gebracht worden war, an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Eisenbahnkuriosa. Im Tarifwesen unserer Stadt- und Vorortbahn herrschen doch noch recht sonderbare Zustände. Vor uns liegen zwei Arbeiterwochenkarten; sie sind gelöst am 18. November bezw. am 13. Dezember 1907. Die eine galt für die Strecke zwischen Zentralviehhof und Köpenick, während die zweite zwischen Landsberger Allee und Köpenick Geltung hatte. Obwohl die Station Landsberger Allee noch um eine Station weiter liegt als die Station Zentralviehhof, ergibt sich die wunderbare Tatsache, daß eine solche Wochenkarte nur 1,40 M. kostet, während für die Tour Köpenick-Zentralviehhof 1,50 M. erhoben wird. Ob dieses Tarifkuriosum auch augenblicklich noch besteht, ist uns nicht bekannt, daß es aber im Dezember bestand, steht fest. Wie will das die Eisenbahnverwaltung rechtfertigen?

Beim Wettefahren auf dem Zweirade tödlich verunglückt ist gestern der Schriftsetzerlehrling Richard Schreiber. Er fuhr auf seinem Zweirade in der Seestraße mit mehreren Freunden um die Wette und benutzte eine in scharfem Tempo fahrende Autodroschke als Windschutz. Als er sich dicht hinter derselben befand, mußte der Chauffeur plötzlich bremsen, weil ein Wagen die Straße kreuzte. Hierbei fuhr Schreiber, der das Bremsen nicht gleich bemerkt hatte, mit solcher Gewalt gegen die Droschke, daß sein Rad vollständig zertrümmert und er selbst in weitem Bogen gegen die Bordschwelle geschleudert wurde. Sch. zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu, welche den sofortigen Tod des Verunglückten herbeiführte.

Ein Schlafstellendieb treibt seit einiger Zeit im Osten sein Unwesen. Er nennt sich Karl Koch und gibt an, Glasschleifer zu sein; es ist aber anzunehmen, daß dies nicht sein richtiger Name ist. Dieser Tage mietete sich dieser erst 19jährige Bursche bei Kalau, Grüner Weg 38, eine Schlafstelle, am anderen Tage war er unter Mitnahme eines Anzuges, einer Uhr, eines Portemonnaies und eines Wahlvereinsbuches seines Schlafkollegen Bredereck verschwunden.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich in der Nacht zum Montag am Rosenthaler Tor. Als kurz nach 12 Uhr ein aus Motor- und Anhängewagen bestehender Straßenbahnzug der Ringlinie 2 in der Richtung nach der Lothringer Straße das Tor kreuzte, geriet der etwa 40 Jahre alte obdachlose Arbeiter August Lampe in angetrunkenem Zustande zwischen den Motor- und Anhängewagen, wurde niedergerissen und überfahren. Der Unglückliche erlitt eine Zersplitterung des rechten Ober- und linken Unterschenkels, des Nasenbeines und innere Verletzungen. L. wurde sofort nach dem Lazaruskrankenhause übergeführt, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung verstarb.

Ein großes Hehlerlager hat gestern die Kriminalpolizei in der Münchener Straße 45 in Rixdorf entdeckt. Vor einigen Tagen wurde der Firma Jakob u. Valentin aus der Holzmarktstraße ein mit sieben Kisten beladener Rollwagen in der Kommandantenstraße gestohlen. Das Fuhrwerk hatte einen Wert von 5000 M. In der Hasenheide wurde später der Wagen ohne Ladung und Pferde vorgefunden. Die Kriminalpolizei stellte bald fest, daß die Kisten vor dem Hause Münchener Straße 45 abgeladen und nach dem Keller transportiert worden waren. Eine in dem Keller vorgenommene Untersuchung hatte ein überraschendes Resultat. Der Raum war vollständig mit Waren aller Art angefüllt und sämtliche Gegenstände rührten aus Diebstählen her. Auch die sieben Kisten wurden vorgefunden. Es stellte sich heraus, daß der Händler Willy Kempfer, Lenaustraße 25, den Keller direkt zu dem Zweck gemietet hatte, um dort ein Hehlerlager einzurichten. Als Mithelfer wurden die beiden Brüder Otto und Ferdinand Kreiner aus der Simon-Dachstraße 14 ermittelt und ebenso wie der Hehler verhaftet.

Ein schwerer Unglücksfall ist am Sonntag durch den Postwagen Nr. 1067 herbeigeführt worden. Gegen ¼8 Uhr abends verließ ein unbekannter, etwa 40jähriger Mann an der Haltestelle Brunnen-Ecke Bernauer Straße einen Straßenbahnwagen der Linie 89. In demselben Augenblick fuhr der Postwagen so dicht an dem haltenden Straßenbahnwagen vorüber, daß der absteigende Fahrgast von den Pferden erfaßt, niedergerissen und überfahren wurde. Der Verunglückte erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, starke Quetschung der linken Gesichtsseite und des linken Auges. Lebensgefährlich verletzt wurde er nach dem Lazaruskrankenhause übergeführt.

Mit durchschossener Brust wurde in der vorgestrigen Nacht im Friedrichshain ein Selbstmörder aufgefunden. Der Lebensmüde wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht, wo er aber, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb. In dem Toten wurde der Verwalter Emil Kleotos aus der Elbinger Straße 62 festgestellt.

Erschossen hat sich am Sonnabend der lange Jahre in der Turbinenabteilung der A. E. G. angestellte Beamte Kastner. Arbeiter, die zufällig im Holzkeller zu tun hatten, fanden K. bereits leblos vor.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Sonnabendabend im Tiergarten zugetragen. In der Großen Quer-Allee wurde die Frau des Magistratssekretärs Hoffmann, Kriemhildstr. 6 wohnhaft, von dem Droschkenautomobil Nr. 5925 überfahren und schwer verletzt. Frau H. war im Begriff gewesen, den Fahrdamm der Quer-Allee zu überschreiten. In diesem Augenblick kam das Automobil in rasendem Tempo herangesaust und Frau H. vermochte nicht mehr früh genug den schützenden Fußweg zu erreichen. Sie wurde umgerissen und das Automobil ging über sie hinweg. Der linke Unterschenkel wurde ihr gebrochen und außerdem hatte sie im Gesicht, an den Händen und am linken Knöchel erhebliche Verletzungen davongetragen. Die erste ärztliche Hülfe erhielt die Verunglückte auf der Unfallstation am Zoologischen Garten.

Einen schweren Verlust hat der Fuhrmann Otto Schönherr, Rückerstraße 1, erlitten. Sch. macht kleine Fuhren und hatte die letzten Tage einige kleine Aufträge ausgeführt, indem er Garderobenstücke von Artisten zusammengeholt hatte, um diese nach einem Variété zu bringen. Als Sch. am Sonntag früh die Sachen an Ort und Stelle bringen wollte, fehlte ein Kostümkorb, der zwei Militärmäntel, zwei Ulanen- und zwei Husarenkostüme, außerdem Notenmaterial enthielt. Für den Schaden wird voraussichtlich der arme Teufel noch verantwortlich gemacht werden.

Seine Ausweispapiere verloren hat am Sonntagvormittag der Arbeiter Eduard Gläser, Forsterstr. 49. Unter denselben befanden sich u. a. die Invalidenkarte und Krankenkassenbücher. Gl. glaubt, die Papiere auf dem Postamt 38 am Sonntagvormittag 9 Uhr bei Erledigung einer Angelegenheit aus der Tasche genommen und liegen gelassen zu haben und wäre für Zurückerstattung sehr dankbar.

Das neue Wintergartenprogramm steht unter dem Zeichen der Ringkämpfe. Die Direktion des Wintergartens hat geglaubt, zur Veranstaltung einer internationalen Ringkampfkonkurrenz greifen zu müssen, um eine Zugnummer bieten zu können. Ob sie daran gut getan hat, möchten wir zu bezweifeln wagen. Das Interesse für Ringkämpfe ist erheblich gesunken, auch wenn die Direktion den Weltmeister Jakob Koch, den Türkenbesieger Michael Hitzler, den Franzosen Marchand, den Singhalesen Chase und zahlreiche andere Ringkämpfer des In- und Auslandes aufmarschieren läßt. Der erste Abend war nicht sehr aufregend, das wird erst der Fall sein, wenn nach Wochen eine Anzahl ausgeschieden ist und der Kreis der um die 10 000 Mark kämpfenden Ringer ein immer kleinerer geworden ist. Die sonstigen Spezialitätennummern bieten diesmal auch nicht besonders Bemerkenswertes. Interessant waren die Vorführungen der Marquise Dessin; ihre Ponys waren vorzüglich dressiert. Leidlich waren auch die Leistungen der amerikanischen Sängerin Shattuck. Auf dem Gebiete des Humors brachte der Humorist Paul Julich einige ganz akzeptable Sachen.

Feuernachrichten. Am Montagmittag stand der Dachstuhl des Eckhauses Alexandrinenstraße 88 und Kommandantenstraße und bald darauf der des Eckhauses Oranienstraße 61 und am Moritzplatz in großer Ausdehnung in Flammen. Leider sind bei letzterem Brande mehrere Feuerwehrmänner verunglückt. In dem alten Eckhause in der Oranienstraße 61 befindet sich auch ein Lichtschacht. In diesem hatte sich der Qualm festgesetzt. Als das Dach dieses Schachtes, um Luft zu machen, eingeschlagen wurde, stürzten eine Menge größerer Glassplitter herab und verletzten den Feuerwehrmann Gube nicht unerheblich im Rücken. Der Verletzte wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht und dort verbunden. Ein zweiter Feuerwehrmann erkrankte an Rauchvergiftung. Ein dritter, der in der Alexandrinenstraße 88 ohnmächtig geworden war, wurde durch Sauerstoff wieder zum Bewußtsein gebracht. An dieser Brandstelle mußte die Feuerwehr mit drei Schlauchleitungen und einer großen mechanischen Leiter und am Moritzplatz mit vier Schlauchleitungen von Dampfspritzen und zwei mechanischen Leitern vorgehen, um die Flammen, die an mehreren Stellen ausgekommen waren, zu löschen. In beiden Fällen liegt vorsätzliche Brandstiftung vor, die Zahl derselben hat sich damit seit Montag auf 15 erhöht. Die Täter hat man immer noch nicht.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Groß-Lichterfelde.

Die Wahlen zur Gemeindevertretung finden am Mittwoch, den 11. März, statt. Außer dem Grundbesitzerverein, dem Verein der Handwerker und Gewerbetreibenden hat nun auch der „Freisinnige Verein" seine Kandidaten nominiert. Die Wahlbeteiligung wird aller Voraussicht nach eine sehr starke werden. Es ist nicht zu leugnen, daß die Mißstimmung über das Grundbesitzerregiment auf dem Rathause, das nur seine Klasseninteressen kennt und im übrigen auf allen Gebieten der Kommunalpolitik eine glänzende Unfähigkeit an den Tag gelegt hat, im Wachsen begriffen ist. Dazu trägt auch noch die prächtige Bestimmung der Landgemeindeordnung bei, die einem Ort von 10 000 Mietern und höchstens 3000 Grundbesitzern — darunter eine große Anzahl Forensen — eine Gemeindevertretung von zwei Dritteln Grundbesitzermajorität aufzwingt. Das ist natürlich den Grundbesitzern nicht unbekannt geblieben und so haben sie denn im Bezirk Westen einen ihrer Interessenvertreter als Mieter maskiert und denselben den Wählern als Gemeindevertreter zur Wahl empfohlen. Ob dieser Trick, der in das Gebiet der politischen Bauernfängerei gehört, von Erfolg sein wird, ist eine andere Frage.

Für den östlichen Wahlbezirk haben die vereinigten Grundbesitzervereine und die Mittelstandspolitiker bereits ein Flugblatt erscheinen lassen, das im Stile des Reichsverbandes von denjenigen spricht, „die Haß und Unzufriedenheit säen". Es wird darin die Behauptung aufgestellt, daß „die Schulen und andere Wohlfahrtseinrichtungen" auf einer Höhe stehen, daß sie jeden Vergleich aushalten. Was die Gemeindeschulen anbelangt, so sind sie, wie wir schon öfter nachgewiesen haben, ebenso schecht wie anderwärts, besonders im Bezirk des bisherigen Gemeindevertreters und jetzigen Kandidaten Dr. Dietrich. Und die „anderen Wohlfahrtseinrichtungen". Ja welche denn? Etwa die Badeanstalt? Die ist ja eingesunken und sollte für die Zukunft besser als Entenpfuhl Verwendung finden. Diese „Wohlfahrtseinrichtung" gehört weder zum großen, noch zum kleinen Befähigungsnachweis der Lichterfelder Gemeindevertretung. Es wäre also besser, hierüber zu schweigen. Dann kommt das Köstlichste. Die Herren auf dem Rathaus haben niemals Interessenpolitik getrieben, weil sie die Personalsteuern von 125 auf 110 Proz. herabgesetzt und die Grundwertsteuer um eine Kleinigkeit erhöht haben. Das geschah aber lediglich im wohlverstandenen eigenen Interesse der Grundbesitzer. Der Zuzug von Mietern nach Lichterfelde hat bedeutend abgenommen infolge der Mißwirtschaft der Grundbesitzer.

Groß-Lichterfelde gehört zu den Gemeinden mit der niedrigsten Grundwertsteuer. In einem Verein der Grundbesitzer wurde es ja auch ganz offen ausgesprochen, daß man diese minimale Erhöhung der Grundwertsteuer bei stärkerem Zuzug von Mietern vielfach wieder herausholel Dagegen wollen wir erinnern an das Geschenk von 25 000 M. an die „Terraingesellschaft vom Neuen botanischen Garten" und an die Tatsache, daß die Gemeinde für die Grundbesitzer allein im Jahre 1907 an Pflasterkosten 288 000 M. „vorgeschossen" hat! Der Zinsenverlust seit 1901 für diese „vorgeschossenen" Beträge beträgt bisher 70 000 M. und bis diese Summe von den Grundrentnern erstattet werden wird, haben die Zinsen längst das Kapital aufgefressen. Das gehört auch, um mit dem Flugblatt zu reden, zum „Wohl der Allgemeinheit".

Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird diesmal alles daransetzen müssen, den Sieg an ihre Fahne zu fesseln. Bis zur Wahl muß eifrig agitiert werden auf dem Bau, in der Werkstatt, überall, wo Proletarier zusammenkommen. Kein Wähler darf am Tage der Wahl fehlen. Es gilt ohne Stichwahl zu siegen; denn bei einer solchen hat die Sozialdemokratie den Block gegen sich.

Aus taktischen Gründen hat der sozialdemokratische Verein eine Aenderung der Kandidaturen eintreten lassen. Es werden kandidieren im Westen die Genossen A. Neumann, Vergolder, Steinäckerstraße 24; E. Pints, Zigarrenhändler, Dürerstr. 42; K. Wenzel, Zeitungsexpedient, Sternstraße 27; im Osten ist alleiniger Kandidat K. Wenzel, Zeitungsexpedient, Sternstr. 27.

Friedrichshagen.

„Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde" war das Thema, das am Sonnabend in der gut besuchten öffentlichen Gemeindewählerversammlung im Restaurant Eiskeller von dem Genossen Stadtverordneten Schubert-Berlin behandelt wurde. In seinem zweistündigen Vortrag besprach der Referent das Programm der Sozialdemokratie im Gemeindeparlament. Treffend zeigte er, daß die Bürgerlichen weder gewillt noch befähigt sind, die Interessen der Besitzlosen zu vertreten. Der Referent schloß seinen Vortrag mit dem Appell an die Anwesenden, bei der am 5. März hier stattfindenden Gemeindewahl dafür zu sorgen, daß die beiden ausscheidenden Genossen mit großer Majorität wiedergewählt werden. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag gab Genosse Hermann Sonnenburg in kurzen Zügen ein Bild von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter; auch er forderte die Anwesenden zur energischen Agitation für eine zahlreiche Wahlbeteiligung auf. Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die öffentliche Gemeindewählerversammlung stimmt den Ausführungen des Referenten Stadtverordneten Schubert-Berlin voll und ganz zu. Die anwesenden Gemeindewähler verpflichten sich, bei der am 5. März stattfindenden Gemeindewahl für die sozialdemokratischen Kandidaten Stephan und Sonnenburg zu stimmen, damit dieselben mit großer Stimmenmehrheit gewählt werden. Die Versammelten verpflichten sich ferner, soweit dies noch nicht geschehen, der hiesigen sozialdemokratischen Parteiorganisation, dem Wahlverein für Friedrichshagen und Umgegend beizutreten und auf die sozialdemokratische Parteipresse, den „Vorwärts", zu abonnieren.

Reinickendorf.

Zur diesjährigen Gemeindevertreterwahl, die in etwa drei Wochen stattfinden dürfte, ist der Ort in drei Wahlbezirke geteilt, und zwar so, daß der westliche Ortsteil, der bei der Volkszählung im Dezember 1905 eine Seelenzahl von 7738 aufwies, den ersten Bezirk bildet. 1482 Kommunalwähler wählen hier in der 3. Klasse zwei Gemeindevertreter. Der östliche Ortsteil ist in zwei Wahlbezirke geteilt. Die Teilungslinie geht vom Schönholzerweg durch die Sonntag-, Kühlewein- und Seestraße bis zur Justusstraße und zwar so, daß alles östlich dieser Linie liegende Terrain den 3., der übrige Teil den 2. Bezirk bildet. Interessant ist hierbei das Verhältnis der Seelen zur Wählerzahl. Die Seelenzahl des 2. Bezirks betrug nach der letzten Volkszählung 7192, die des 3. Bezirks 7470. Die Zahl der Wähler aber beträgt nach der Wählerliste 1352 und 1255. Das heißt, im 3. Bezirk ist die Seelenzahl größer als im 2. Bezirk, die Wählerzahl aber ist kleiner als im 2. Bezirk. Die Lösung des Rätsels ist — der 3. Bezirk ist das Arbeiterquartier. Eine größere Kinderanzahl und eine größere Zahl nicht Wahlberechtigter drücken hier die Wählerzahl zugunsten des 2. Bezirks. Den Bürgerlichen kommt diese Wahlkreisgeometrie sehr gelegen. Durch die Schaffung eines Elitebezirks hoffen sie diesmal die vor zwei Jahren verlorene letzte Position in der 3. Wählerklasse wieder zu erobern. Sie sind daher, wenn auch in ihrer gewohnten Weise im stillen, aber um so eifriger tätig. Hausbesitzer-, Bürgervereine und auch die Innungen beschäftigen sich schon seit Wochen mit der Kandidatenfrage. Die Vermehrung der Zahl der Gemeindevertreter um je einen in jeder Klasse gibt den verschiedenen Interessentengruppen Gelegenheit, ihre Günstlinge in den Vordergrund zu schieben. Wenn bis zum Wahltage sich die feindlichen Brüder nicht noch einigen, so werden sich zwei bürgerliche Kandidaten um das eine Mandat der 2. Klasse raufen. In der 1. Klasse ist man sich einig, denn 22 Mann können hier schon die 6 Vertreter erküren". Auch in der 3. Klasse gestatten sie sich den Luxus einer Doppelkandidatur nicht mehr. Dafür erhoffen sie aber diesmal ganz bestimmt den Sieg, denn 32 Vereine haben bei der Aufstellung der Kandidaturen mitgewirkt, berichtet stolz die „Grundeigentümer-Zeitung". Unsere Genossen haben am Sonntag den Wahlkampf mit der Verteilung eines Flugblattes begonnen. Mehrere öffentliche Versammlungen in den verschiedenen Bezirken werden in Kürze stattfinden und den Wählern Gelegenheit geben, das bisherige Wirken unserer Genossen zu beurteilen und unsere Kandidaten kennen zu lernen. Als solche sind von den Wahlvereinen aufgestellt worden in der 3. Klasse die Genossen: Otto Ohl und Robert Maleika für den 1. Bezirk, der Genosse Ernst Gründer für den 2. Bezirk und Genosse Karl Köhn für den 5. Bezirk. Die 2. Klasse wählt nicht in Wahlbezirken, sondern gemeinschaftlich; hier kandidieren unsere beiden Genossen Otto Ohl und Karl Schönberg. Erschwert wird uns die Agitation dadurch, daß es uns nicht möglich war, eine Abschrift der Wählerliste zu beschaffen, nicht einmal die Entnahme von Notizen aus der Wählerliste wurde vom Bürgermeister gestattet. Die deswegen beim Landrat erhobene Beschwerde ist dieser Tage zurückgewiesen worden, da der Landrat den Verdacht des Bürgermeisters, daß „eventuell eine mißbräuchliche Benutzung oder Verbreitung der Notizen stattfinden könnte", als nicht unberechtigt anerkennen müsse. Wir sind daher ganz auf die persönliche Agitation angewiesen. Sache der Genossen nun ist es, die kurze Zeit bis zur Wahl rege zur Agitation zu verwenden.

Zehthen.

Ueber **„Die Forderungen der Arbeiterklasse an die Kommune"** sprach am Sonntag in gutbesuchter Versammlung der Genosse Dr. Bruno Borchardt-Charlottenburg. Der Referent verstand es, innerhalb eines 1¾stündigen ausgezeichneten Vortrages ein Bild solcher Gemeinde zu zeichnen, die als wirklich fortschrittlich auf sozialem Gebiete gelten könnte. Dem Referate folgte reicher Beifall. — In der anschließenden Diskussion beleuchtete zunächst Genosse Hoffmann die Verhältnisse des Ortes und im besonderen die bisherige soziale Rückständigkeit der Gemeindevertretung. — Die Genossen Bitte, Mollenthin, Neumann und Zander machten noch ergänzende Ausführungen. — Von den brieflich eingeladenen bisherigen Vertretern der dritten Klasse war nur der jetzt ausscheidene Gärtnereibesitzer Alf erschienen, der aber bereits vor Schluß des Referats die Versammlung wieder verließ. Dafür aber ergriff der ebenfalls eingeladene neue Kandidat des Hausbesitzervereins, Herr Obst, das Wort. — Und ein Wunder geschah! Herr Obst erklärte sich mit allen unseren Programmforderungen einverstanden, **im besonderen sogar mit der Einführung einer Wertzuwachssteuer.** Diese Erklärungen wurden von der Versammlung als das aufgenommen, was sie nach Lage der Dinge nur darstellen können, **Spekulation auf Arbeiterstimmen.** Selbst wenn Herr Obst die ehrliche Absicht hätte, seine Versprechungen wahr zu machen, so dürften ihm seine Mandatgaber bald klar machen, daß sie mit seiner Aufstellung nicht den Interessen der Allgemeinheit, sondern den eigenen Interessen der Hausagrarier dienen wollten. — Nach einer Ansprache unseres Genossen Feiertag erklärte sich die Versammlung mit der Aufstellung desselben als Kandidat der dritten Klasse einverstanden. Nach einem kernigen Schlußwort des Vorsitzenden, Genossen Walther, erfolgte sodann Schluß der Versammlung. — Die Arbeiterwähler der dritten Klasse werden nunmehr ersucht, die noch verbleibenden zwei Tage zu intensivster mündlicher Agitation zu benutzen. Der Erfolg kann in diesem Jahre von einer einzigen Stimme abhängen. Berechnete doch selbst das Wahlkomitee des Grundbesitzervereins seine Siegesaussichten nach Anspannung aller Kräfte und mit sämtlichen Papierstimmen auf nur etwa zehn Stimmen Majorität. Dieses Verhältnis umzukehren, ist ernste Aufgabe der Arbeiterschaft. Sie darf zur Herbeiführung dieses Erfolges selbst ein Opfer nicht scheuen, da die Wahlzeit (4½—6 Uhr) ungünstig liegt. — Im besonderen aber ersuchen wir die Parteigenossen, zu der am heutigen Dienstag, abends 7½ Uhr vom bekannten Lokale aus stattfindenden Flugblattverbreitung vollzählig zu erscheinen.

Hohen-Schönhausen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich mit der bevorstehenden Gemeindewahl. In 1¼stündigem Vortrage entwickelte der Genosse Rösler das Programm der Sozialdemokratie im Gemeindeparlament. Am Schlusse seiner Ausführungen gab er bekannt, daß es dem Wahlkomitee noch in letzter Stunde möglich geworden ist, einen Kandidaten in der Person des Genossen Emil Albrecht ausfindig zu machen, der die Bedingungen, welche die Landgemeindeordnung bezüglich der Hausbesitzerqualifikation stellt, erfüllt. Ferner forderte er die Genossen auf, recht rege für die Wahl zu agitieren und sich am Wahltage selbst zur Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen. Genosse Thiele wies darauf hin, daß aller Wahrscheinlichkeit nach diesmal außer dem Kandidaten der Sozialdemokratie noch drei verschiedene Kandidaten bürgerlicher Richtung sich zur Wahl stellen werden. Der Wahlkampf verspricht also sehr interessant zu werden.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Am Sonntag fand im Schulzschen Lokale eine öffentliche Gemeindewähler-Versammlung statt, in welcher Genosse Franke-Rixdorf über das Thema: „Das Dreiklassenwahlunrecht in den Gemeinden" sprach. An der Hand der preußischen Geschichte erläuterte Redner den Werdegang der preußischen Gesetzgebung, insbesondere die rückständige Landgemeindeordnung. Pflicht der Sozialdemokratie sei es, in die Gemeindevertretungen einzudringen. Genosse Röber-Pankow ermahnte in der Diskussion die Versammelten noch besonders, bei der bevorstehenden Gemeindevertreterwahl ihren Zusammenhalt und ihre Agitationskraft zu beweisen.

Die Wahlen für die III. Klasse finden statt am Donnerstag, den 5. März, von 2—4 Uhr, im Gasthof des Herrn Stech. Zu wählen sind: ein Hausbesitzer und zwei Nichtangesessene. Die sozialdemokratischen Kandidaten sind die Maurer Genossen Otto Ernst, Emil Knoost, Wilhelm Karl.

Diejenigen Maurer, welche die Woche über in Berlin wohnen, werden **dringend aufgefordert,** am Donnerstag ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Wir ersuchen sämtliche Maurer, welche mit Schönwalderu zusammenarbeiten, dieselben auf die Wahl aufmerksam zu machen. Nur wenn alle, Mann für Mann, antreten, ist der Sieg unser.

Rixdorf.

Gewerbegerichtswahlen in Rixdorf.

Am Sonntag, den 8. März, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags findet die Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer zum hiesigen Gewerbegericht statt. Wahlberechtigt ist jeder über 25 Jahre alte Arbeiter, der in Rixdorf wohnt oder beschäftigt ist. Zur Ausübung des Wahlrechts genügt eine Legitimation, die von den Polizeirevieren, in denen die Wähler wohnen, kostenlos verabfolgt wird. Auch können diese Legitimationen vom Arbeitgeber unterzeichnet werden, worauf wir besonders aufmerksam machen, damit auch die nur in Rixdorf beschäftigten Genossen ihr Wahlrecht ausüben. Wir ersuchen nun alle Arbeiter und Parteigenossen, sich rechtzeitig mit diesen Legitimationen zu versehen. Gleichzeitig machen wir auf die Versammlung am Donnerstag bei Hoppe, Hermannstr. 49, aufmerksam und erwarten zahlreichen Besuch. Tellersammlung findet nicht statt.

Das Gewerkschaftskartell.
J. A.: Heinrich Schultz.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in mehrstündiger Sitzung mit der Beratung des Haushaltsetats für das Rechnungsjahr 1908. Eingangs der Sitzung wies der Gemeindevorsteher darauf hin, daß im Gegensatz zum vorjährigen Etat höhere Ansprüche an die Gemeinde gestellt werden. Die Uebernahme der Reinigung der Straßen und Bürgersteige durch die Gemeinde sei eine Notwendigkeit geworden, wofür die Summe von 25 000 M. angesetzt ist. Hierdurch ist endlich eine wichtige Frage gelöst, der Besitzer ist nicht mehr zur Reinigung verpflichtet, hat also auch keine Bestrafung mehr wegen unterlassener Reinigung zu befürchten. Ferner ist eine vermehrte Beleuchtung der Straßen hauptsächlich während der Nacht- und Morgenstunden in der Herbst- und Winterszeit in Aussicht genommen. Auch sind die Armenlasten gegen das Vorjahr bedeutend gewachsen. Trotz dieser Aufwendungen ist es jedoch möglich geworden, die Kommunalsteuern von 140 auf 130 Proz. herabzusetzen. An Stelle der bisher erhobenen Grundwertsteuer von 3,6 pro Mille für bebaute und unbebaute Grundstücke sieht der diesjährige Etat eine Grundsteuer von 4,6 pro Mille für bebaute und von 6 pro Mille für unbebaute Grundstücke vor. Wenn der Grundbesitz durch die Uebernahme der Straßenreinigung durch die Gemeinde entlastet werde, so müsse er durch die Erhöhung der Grundsteuer stärker herangezogen werden. In der Debatte wurde die Erhöhung der Grundwertsteuer als nicht gerecht bezeichnet, da ausschließlich dem Grundbesitz die Lasten aufgebürdet seien und die kleinen Grundbesitzer mit geringem Einkommen bedeutend mehr zahlen müßten. Der Vorsteher erwiderte, daß die Hauptlasten nicht die kleinen Grundbesitzer treffen, sondern den Fiskus und die großen Gesellschaften, die Werte von 20 bis 30 Millionen repräsentieren. Der beantragten Erhöhung der Grundwertsteuer wurde zugestimmt. Gegen die Bier- und Lustbarkeitssteuer stimmten die fünf Sozialdemokraten und ein bürgerlicher Vertreter. Bei dem Titel: „Ausgaben der Amtsverwaltung" forderte Genosse Stephan eine strengere Kontrolle der Polizeibeamten. Der Vorsteher sicherte dies zu. Er bat, ihm Verstöße der Beamten mitzuteilen, eine strenge Untersuchung würde sofort erfolgen. Bei dem Titel: „Volksschulverwaltung" forderte Genosse Sonnenburg die Einstellung von Mitteln für die Errichtung einer Hülfsschule für schwachbegabte Kinder. Nach dem letzten Schularztbericht waren zirka 80 schwachbegabte Kinder vorhanden, es müßten also jetzt schon Mittel in den laufenden Etat eingestellt werden. Gen. Barth schloß sich diesen Ausführungen an. Der Gemeindevorsteher sowie der Schöffe Anklam hielten die Errichtung einer Hülfsschule noch nicht für notwendig. Jedenfalls werde die Vertretung die Mittel hierfür bewilligen, wenn die Notwendigkeit an sie herantrete. Die Schöffen Dr. Kohli und Dr. Wallburg sprachen gegen den Antrag Sonnenburg, der dann auch gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt wurde. Bei dem Spezialetat des Realgymnasiums forderte Genosse Sonnenburg, daß den aus der Gemeindeschule übernommenen Freischülern auch die Lehrmittel unentgeltlich geliefert werden. Redner wies darauf hin, daß es den Eltern der Freischüler infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse schwer falle, neben der Unterhaltung ihrer heranwachsenden Kinder noch die teuren Lehrmittel zu kaufen. Hier habe die Gemeinde die soziale Pflicht, helfend einzugreifen. Die hierfür erforderliche Summe sei im Vergleich zum Gesamtetat des Realgymnasiums (83 200 M.) als äußerst mäßig zu bezeichnen. Genosse Barth befürwortete ebenfalls den Antrag. Der Gemeindevorsteher sowie die Schöffen Dr. Kohli, Dr. Wallburg und Anklam sprachen dagegen, sie seien aber bereit, Anträge der Eltern um unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel von Fall zu Fall zu prüfen. Der Antrag Sonnenburg wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Pflasterung der Kastanienallee wurde zugestimmt. Das Ortsstatut für die Reinigung der Straßen wurde dahin geändert, daß bei Glatteis im Winter die Fußsteige bestreut werden müssen, jedoch das Streuen mit Asche zu verbieten. Der Nachtrag zur Grundsteuerordnung sowie der Nachtrag zur Steuerordnung für Aufbringung direkter Steuern wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Der Haushaltsetat für 1908 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 571 300 M. Die einzelnen Positionen der Einnahme setzen sich zusammen aus: Vorjahren mit 9700 M., gewerbliche Unternehmungen 56 200 M., Kanalisation 53 000 M., Kurparkverwaltung 2051 M., Baupolizeiverwaltung 1800 M., aus Kapitalien 2120 M., aus Grundstücken 3280 M., Straßen und Wege 206 M., Feuerlöschwesen 240 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 4319 M., Volksschulverwaltung 9070 M., höhere Schulen 42 070,63 M., Gesundheitspolizei 4325 M., Armenverwaltung 622 M., indirekte Steuern 40 050 M., direkte Steuern 342 060 M., zur Abrundung 126,37 M. — Die Positionen der Ausgabe betragen: aus Vorjahren 1000 M., gewerbliche Unternehmungen 43 612 M., Kanalisation 53 000 M., Kurparkverwaltung und Verschönerung des Ortes 3233 M., Baupolizeiverwaltung 4165,90 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindeschulden 17 970,18 M., für Gemeindegrundstücke 3400 M., Straßenpflasterung, Besprengung, Beleuchtung und Unterhaltung der Straßenbrunnen 48 928,15 M., Feuerlöschwesen 1910 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 83 835,75 M., Volksschulverwaltung 133 000 M., höhere Schulen 86 200 M., Gesundheitspolizei 7750 M., Armenverwaltung

31 200 M., indirekte Steuern 120 M., direkte Steuern 45 000 M., zur Abrundung 6975,02 Mark. — Der Spezialetat des Realgymnasiums schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 83 200 M. — Das Gemeindevermögen beträgt 2 362 755,34 M., die Gemeindeschulden betragen 1 893 538,62 M., mithin verbleibt ein Vermögensüberschuß von 469 216,72 M.

Bernau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung überwies das Gesuch betreffend die Tieferlegung der Panke dem Magistrat zur Erwägung und Berücksichtigung. Verschiedene Baulichkeiten auf dem städtischen Restaurations-Etablissement am Liepnitz erfordern eine Nachbewilligung von 10 000 M. Unsere Genossen sprachen hierbei den Wunsch aus, daß man es bei künftigen Bauten vermeiden müsse, mit Nachbewilligungen zu kommen. Die Magistratsvorlage betreffend die Anstellung eines Kassendieners und Vollziehungsbeamten rief eine lebhafte Diskussion hervor. Besagter Beamter sollte mit einem jährlichen Gehalt von 1000 M. sowie 60 M. Kleidergeld und den einzuziehenden Mahn- und Pfandgebühren angestellt werden. Unsere Genossen mißbilligten das, indem sie es als verkehrt bezeichneten, Beamte mit ungewissem Gehalt anzustellen. Sie verlangten, daß dem betreffenden Beamten ein höheres Gehalt gezahlt werden soll, während die ihm zugedachten Gebühren der Stadtkasse zuzufließen haben. Die Versammlung beschloß dann auch, ein jährliches Gehalt von 1200 M. sowie 60 M. Kleidergeld und die Vollziehungsgebühr zu bewilligen. Die Mahngebühr wird hingegen von der Stadtkasse vereinnahmt.

Zossen.

In dem letzten Wahlvereinsbericht hat der Druckfehlerteufel aus dem Boykottbruch einen Kontraktbruch gemacht. Nicht wurde darauf hingewiesen, daß sich verschiedene freigewerkschaftlich Organisierte des Kontraktbruchs, sondern des Boykottbruchs schuldig gemacht haben, weil sie in gesperrten Lokalen verkehrten.

Ober-Schöneweide.

Bei der heutigen Gemeindevertreterwahl errangen unsere Kandidaten den Sieg; es wurden gewählt: Genosse Grunow mit 572, Genosse Doblaw mit 569 und Genosse Jakobsen mit 506 Stimmen. Ein Herr Schaffranik, der von den Katholiken aufgestellt worden war, brachte es auf 61 Stimmen, während Herr Silkmüller 39 Stimmen erhielt.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung erstattete der Oberbürgermeister Vosberg den Verwaltungsbericht. Zu den wichtigsten städtischen Ereignissen zählte er u. a. auch die Wahl des Abg. Pauli zum Reichstag, den großen Fackelzug und die Ansprache von der Wohnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Die Finanzlage der Stadt ist im allgemeinen günstig. Steuersätze bleiben dieselben. Für die im Jahre 1910 zur Abschaffung kommende Fleisch- und Schlachtsteuer hofft man durch Aufhebung des Beamtenprivilegs Ersatz zu finden. Vorläufig will man aber noch für das nächste Jahr 13 000 M. mehr herausholen, auch die Umsatzsteuer soll noch 8000 M. mehr bringen. Man hat im vorigen Jahre den Etat dadurch zum Balanzieren gebracht, daß man den Ueberschuß aus 1905 und den zu erwartenden Ueberschuß aus 1906 mit verrechnete, ein gewagtes Experiment, das für 1906 geglückt ist, sich aber auch mal bitter rächen kann. Die Schulen erfordern einen Zuschuß von 562 464 M., davon die höheren Schulen 260 000 M. und die Gemeindeschulen 302 380 M. Bei letzteren macht sich seit einigen Jahren eine stete Abnahme der Schülerzahl bemerkbar, da die Arbeiterschaft bei dem Mangel an kleinen Wohnungen immer mehr gezwungen wird, in die Vororte zu ziehen. Sind doch unter den im Berichtsjahre entstandenen 300 neuen Wohnungen nur drei, bestehend aus Stube und Küche. Unter diesen Umständen sind die Mietspreise natürlich ziemlich hoch. Die werbenden Anlagen (Wasserwerk, Elektrizitätswerk, elektrische Straßenbahn) rentieren sich gut und bringen Ueberschüsse. Der ganze Etat hat sich um $^3/_4$ Millionen erhöht, von $4^1/_2$ Millionen auf $5^1/_4$ Millionen. Die Gemeindeabgaben bringen (bei gleichen Sätzen wie im Vorjahre) 100 000 M. mehr, im ganzen ziemlich 2 Millionen Mark. Von den 13 Millionen betragenden Schulden der Stadt sind 5 Millionen in den gewerblichen Anlagen, 1 Million im Grundbesitz und $1^1/_2$ Millionen im Schlachthaus, Kanalisation usw. angelegt, so daß der Finanzstand der Stadt günstig ist. Eine Debatte knüpfte sich an diesen Bericht nicht, wie denn auch fast bei allen Etatsberatungen die Stadtverordneten weiter nichts taten, als nach den Referaten durch Handaufheben ihre Zustimmung zu geben.

Verirrt und verunglückt ist am Sonnabendmorgen die 80jährige bei ihrer Tochter in der Berliner Straße wohnhafte Frau Borgmann, als sie ihren Neffen in der Laubenkolonie besuchen wollte. Die schon lange kränkelnde Frau geriet dabei ins Wasser und wurde mittags am Kietz als Leiche aus dem Wasser gelandet.

Vermischtes.

Das Ende der Allensteiner Tragödie.

Hauptmann v. Goeben, der den Major v. Schönebeck in der Nacht zum zweiten Weihnachtsfeiertag erschossen hatte, hat, wie die „Allensteiner Zeitung" meldet, gestern nachmittag 4 Uhr durch Oeffnung der Halsschlagader Selbstmord verübt. Der um 5 Uhr erschienene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Damit hat die Tragödie, die einen so ungeheueren Staub aufwirbelte, ein rasches Ende gefunden. Die Frau des erschossenen Majors wurde, wie wir berichteten, kürzlich für geistig unzurechnungsfähig erklärt. Es dürften somit wohl die Akten über den Fall geschlossen sein.

Eine Lawinenkatastrophe

hat sich Sonnabend in Goeppenstein (Kanton Wallis) zugetragen. Durch den Luftdruck einer gewaltigen Staublawine wurde das Hotel der Bauunternehmung Loetschbergtunnel, ein auf Steinfundament ruhender Bretterbau mit Doppelwänden, wie ein Kartenhaus weggerissen. Von den im Hotel anwesenden Personen wurden elf getötet, darunter zwei Kinder, ein Arzt und zwei Ingenieure. Fünfzehn Personen erlitten Verletzungen, zwei schwere Verletzungen.

Der „Voss. Ztg." wird hierüber aus Bern berichtet: Die Bauunternehmung hatte am Südausgang des im Bau begriffenen Tunnels für Ingenieure, Beamten und Aufseher ein Hotel erbauen lassen, das von etwa 80 Personen bewohnt war. Sonnabends saßen die Leute gerade beim Nachtessen, als über dem Felsen der gegenüberliegenden Talseite eine gewaltige Staublawine niederdonnerte, deren Luftdruck allein genügte, das Haus im Augenblick in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Auch das danebenstehende Verwaltungsgebäude, sowie ein kleines Postgebäude wurden schwer beschädigt. Für die Bewohner des Hotels war ein Entrinnen unmöglich. Alle wurden unter Trümmern und Schnee begraben. Sofort wurden die Rettungsarbeiten begonnen. Die italienischen Sprengarbeiter wurden aus dem Tunnel herbeigerufen und arbeiteten die ganze Nacht an der Bergung der Toten und Verwundeten. Bisher sind 11 Tote und 15 Schwerverwundete geborgen. Die Leichen zeigen sämtlich die Merkmale des Erstickungstodes, daneben auch Wunden. Unter den Toten befinden sich der von der Unternehmung besoldete Arzt Dr. Bossus aus Genf, der eben erst geheiratet hatte, sowie der Ingenieur Guillet aus Rouen, der den Tunnel besichtigen wollte. Die übrigen Toten sind Buchhalter, Magaziniers und Kassierer des Unternehmens, sowie die Knaben. Man war darauf bedacht gewesen, das Hotel an einen lawinensicheren Ort zu stellen, hatte aber ohne den furchtbaren Luftdruck gerechnet. Die Arbeit im Tunnel ist vorläufig eingestellt, noch immer herrscht Lawinengefahr.

Auf die italienischen Bahnarbeiter hat das Lawinenunglück solchen Eindruck gemacht, daß sie scharenweise Goeppenstein und die Tunnelarbeit verlassen, um nach Italien zurückzukehren. Man ist besorgt, daß deshalb die Arbeiten längere Zeit unterbrochen werden müssen. Die tot aufgefundenen Knaben sind beide Kinder des Hotelverwalters Gsell aus dem Kanton Zürich. Diese Knaben hatten die Gefahr zuerst bemerkt und waren während des Nachtessens in den Speisesaal gestürmt mit dem Rufe: „Die Lawine, die Lawine!" Die Einrichtungen für den Tunnelbau haben nicht gelitten.

Das Heidelberger Rathaus eingeäschert. Wie aus Heidelberg vom gestrigen Tage gemeldet wird, brach nachts 1 Uhr im alten Rathause am Marktplatz Feuer aus, das in wenigen Stunden das ganze Gebäude einäscherte. Der daneben befindliche neue Flügel konnte vor den Flammen geschützt werden. Der nahe Turm der Heiligengeistkirche fing mehrmals Feuer und nur den größten Anstrengungen der Feuerwehr ist es zu danken, daß er von dem Feuer verschont blieb. Viele Akten sind verbrannt; andere wurden teilweise von Studenten in Sicherheit gebracht. Bemerkenswert ist, daß bereits am letzten Mittwoch ein Feuer in dem alten Flügel ausgebrochen war, ohne jedoch Schaden anzurichten.

In der Grube verunglückt. Wie die „Schlesische Zeitung" aus Kattowitz meldet, wurden gestern früh um 6 Uhr auf dem Redenschacht der Kleophasgrube durch scharfes Aufsetzen der Förderschale sieben Mann schwer, einer leicht verletzt. Die Ursache des Unglücksfalles ist anscheinend in dem Defektwerden des Tiefenanzeigers zu suchen.

Schneesturm in England. Aus London wird vom 1. März gemeldet: Ein heftiger Schneesturm, begleitet von starker Kälte wütet seit gestern in ganz England. Im südlichen Teil der Grafschaft Wales ist der Eisenbahnverkehr vollkommen unterbrochen. Der Schnee liegt stellenweise einen Meter hoch, die Wege sind meist unpassierbar. In der Grafschaft Cumberland ist ein Personenzug zwischen Penrith und Keswick im Schnee stecken geblieben. Man befürchtet zahlreiche Unfälle auf See.

Ein heftiger Erdstoß wurde, wie von Catanzaro gemeldet wird, gestern morgen um 6 Uhr 25 Minuten in dortiger Gegend verspürt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. W. 21. In Ihrem Falle erbt der Vater die eine Hälfte, die Geschwister die andere. — **O. W., Kottbuser Damm.** Nein. — **M. W. 95.** Der Vater ist im Recht, aber die Tochter könnte unter diesen Umständen mit Aussicht auf Erfolg sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — **H. M. G. 20.** 1. und 2. Ja. Die ausdrücklich vereinbarte Vertragszeit muß aber eingehalten werden. — **D. W. 4711.** Der betreffende kann Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten und auf Herausgabe der Skizze und auf vollen Schadenersatz klagen. — **M. P. 919.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Das ist unzulässig. — **A. P. 25.** Sie müßten alle Karten beifügen. — **B. G. 82.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **Spandau 100.** Der Vater kann den Sohn zurückverlangen, wenn er mit dem jetzigen Meister keinen schriftlichen Lehrvertrag geschlossen hat. — **C. W. 99.** Ja. — **18 H.** Im Falle einer Klage ist die Entscheidung zweifelhaft und eher für die Firma wie für Sie günstig. — **L. S. 35.** 1. Ja. 2. Nein. — **H. G. 1.** 1. Die Polizeibehörde des Beschäftigungsortes ist zuständig. 2. Ja. — **Oskar 105.** 1. Nein. 2. Beides. 3. Nein. 4. Ja. 6. Sie könnten lediglich die Kündigung aussprechen. — **M. H. 80.** 1. Ihre Frau. 2. Die Frau kann Herausgabe verlangen. Das Vormundschaftsgericht entscheidet. Auch mit dem dritten Kinde liegt es ebenso. 3. Nein, das Gericht hat zu entscheiden. 4. Wenn nicht etwa der Mutter das Erziehungsrecht genommen ist, kann sie die Kinder hernehmen. — **St. G. 41.** Nein.

100 A. G. Eine Klage auf Schadenersatz und auf Unterlassung der Schädigung hat Aussicht auf Erfolg. Bestimmte Anwälte, Aerzte usw. zu empfehlen, lehnen wir grundsätzlich ab. Wenden Sie sich an einen Anwalt, der Ihr Vertrauen hat. — **H. P. 11.** Nein, da Sie sich im guten Glauben befunden haben. — **M. W., Lichtenberg.** Nach dem Vorgetragenen sind Sie Sachse und müssen die preußische Staatsangehörigkeit erwerben. — **O. 11.** Ja. — **R. S. 14.** 1. Stempel und dergl. ist nicht erforderlich. 2. Zweckmäßig ist es, das Testament bei dem Amtsgericht zu übergeben.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise hoch. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise gut. Fische: Zufuhr, außer in Flundern, mäßig, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, in Blumenkohl reichlich, Geschäft flau, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 2. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	755	S	3	wolkenl	0	Haparanda	767	S	2	bedeckt	—8
Hamburg	752	SSO	4	wolkenl	1	Petersburg	768	SO	2	bedeckt	—6
Berlin	756	SO	2	heiter	—1	Scilly	756	NNO	5	wolkig	6
Frankf. a. M.	754	S	1	wolkig	—2	Aberdeen	756	NW	3	wolkig	2
München	755	SO	2	wolkig	—4	Paris	753	SSO	2	bedeckt	0
Wien	757	Still		bedeckt	0						

Wetterprognose für Dienstag, den 3. März 1908.

Zeitweise nebelig, vielfach heiter, nachts leichter Frost, am Tage mild bei schwachen südöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 3. cm	seit 29. 2. cm [1])	Wasserstand	am 1. 3. cm	seit 29. 2. cm [1])
Memel, Tilsit	327 [3])	—10	Saale, Grochlitz	227	+7
Pregel, Insterburg	225 [3])	—18	Havel, Spandau [2])	153	—3
Weichsel, Thorn	254 [4])	+2	„ Rathenow [2])	170	+3
Oder, Ratibor	182	—2	Spree, Spremberg [2])	136	—4
„ Krossen	274	+10	„ Beeskow	207	—1
„ Frankfurt	261	+5	Weser, Münden	162	+11
Warthe, Schrimm	—	—	„ Minden	234	+3
„ Landsberg	241	+4	Rhein, Maximiliansau	455	+7
Netze, Vordamm	130	+3	„ Kaub	342	0
Elbe, Leitmeritz	83	—13	„ Köln	464	—7
„ Dresden	—12	—26	Neckar, Heilbronn	200	—20
„ Barby	374	—22	Main, Wertheim	271	—10
„ Magdeburg	330	—14	Mosel, Trier	309	+25

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. [4]) schwaches Eistreiben.

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Putzern zur Nachricht, daß heute der Parteigenosse **Otto Wunnicke** bei der Firma A. Baumgarten, Schablonenfabrik, Golzstr. 30, sein **15jähriges Arbeitsjubiläum** feiert.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

F. Emil Schmidt,
Restaurant,
Lindenstr. 3, 2. Hof part.
Sonntags nachm. von 5 Uhr:
Gemütlicher
Familien-Knatsch
Räume z. Verf. 30—120 Pers.
Zahlst. d. Metallarb.-Verb. Zahlabend.

SCHATZ
Brunnenstr. 160
(Eing. Anklamerstr.)
liefert geg. bar sowie
auch auf Teilzahlung
Wohnungseinrichtgn.
sowie einzelne Möbel
in jeder Preislage.
Enorme Auswahl.
Eigene Tischler- u. Tapezierer-Werkstätten.
MOEBEL

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wilke. Amt IIIa, 4835.

Achtung! 50/4*
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees** und **Saalinhabern** unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.
Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

Engelhardt-Malzbier das beliebteste, überall käuflich.
Preis 10 Pf. pro Flasche.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Lege-Hühner
garantiert junge beste Leger, à 2,50 und 3,00 M., verkauft **Wegner,** Berlin SO., Mariannenstr. 34. 164/3

Gummiwaren jeder Art
billigste Bezugsquelle
Drogerie Weinbergsweg 1
direkt am Rosenthaler Tor.

Soldinerstr. 16 Wohnungen 2 bis 1 Zimmer sofort.

Manoli Abbas
MANOLI
Beste 3 Pfg Cigarette

Berliner Eisenmöbel-Fabrik
Carl Seiffert
135. Grosse Frankfurterstr. 135.
Eiserne Bettstellen in allen Ausführungen
Patent-Matratzen Chaiselongues etc.
Kein Laden! - Verkauf Hof Quergeb. 1 Treppe

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 1475Q*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7. Sonnt. 10—12 Uhr.

Zur Gründung einer Genossenschaftsfabrik
werden 15—20 000 Mark gegen hohe Zinsen per sofort zu leihen gesucht. Gefl. Offerten unter „T. 1" in der Exped. d. Bl. erbeten.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg empfiehlt ihre anerkannt vorzüglichen **Qualitätszigarren.** Fabrikniederlage Berlin SO., Köpnickerstr. 20a. Vertr.: Udo Stangenberg. Zigaretten u. Tabak en gros. Amt 4, 9460. 40 Verkaufsstellen in Berlin und Vororten.

Wäsche-, Krawattenarbeiter und -Arbeiterinnen

Filiale Berlin III des Deutschen Schneiderverbandes.

Sonnabend, den 7. März 1908:

Sommerfest am Freibad Wannsee

in den festlich dekorierten Gesamträumen von **Freyers Festsälen, Koppenstr. 29** (früher Keller).

In dem Tunnelsaal, sowie in den **oberen Räumen von 9 Uhr an:**

Großer Ball unter Leitung des berühmten Musikdirektors Herrn **Tietz.**

Auf dem Festplatz: **Unterhaltungen aller Art, Schießstände, Rutschbahn, Kegelbahnen, Festzug. Reigenfahren,** ausgef. von Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**

Anfang 8½ Uhr. **Strandkarte 50 Pf.**

Wir bitten, in dem Fest entsprechenden Kostümen, als: Badegäste, Matrosen, Schiffer usw. erscheinen zu wollen. — Die Vertrauenspersonen werden um regen Billettumsatz gebeten. Die Kollegen und Kolleginnen bitten wir, zahlreich zu erscheinen, auch sind die Kollegen und Kolleginnen von der Filiale I und II sowie alle Freunde und Bekannte herzlichst willkommen. — **Billetts sind an allen bekannten Stellen zu haben.** 162/10*

Die Badekommission. **Die Filiale III, Neue Königstr. 6.**

Die **Urania-Vorstellung** ist am 29. März, nachm. 4 Uhr, in der Taubenstr. 48/49. Zum Vortrag gelangt: **„Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt."** Billetts à **70 Pf.** sind außer bei den Vertrauenspersonen nur noch im Bureau Neue Königstr. 6 zu haben.

Die Ortsverwaltung Berlin III.

Frühjahrs-Neuheiten

Jackettkleider, Paletotkleider

in neuesten Fassons und Farben

aus feinem Tuch 20, 25, 30, 40. | aus besten engl. Stoffen 12, 18, 24, 30.

Elegante französische Kleider u. Trauerkleider

mit reicher Spachtelgarnierung 24, 30, 40 M.

Woll., seid., Tüll- u. Spachtel-Blusen. Täglich Neuheiten.

2000 Kostümröcke

neueste Schnitte, elegant garniert, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung.

Fussfreie Röcke	Taffet- und Tuchröcke	Bordüren-Röcke
garantiert regenecht	in hochelaganter Ausführung	in allen Farben
4.50, 6, 9, 12, 15 M.	18, 25, 36 M.	5.50, 7, 10, 12, 18 M.

Farbige und schwarze Tuchjacketts in allen neuen Formen.

Elegante Tuchhänger × Kimonos × Frauenmäntel × Regenmäntel × Havelocks.

1200 Paletots aus englischen Stoffen, kariert und gestreift, **8, 10, 12, 15, 18, 25 M.**

Backfischmäntel und Backfischkleider.

Sämtliche Konfektion auch für starke Damen stets in grosser Auswahl.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

12 Schaufenster — 2 Häuser vom Dönhoff-Platz.

Stempel-Fabrik von 15302*
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an

M. Krügers Speise-Leinöl

ist das beste, täglich frisch und garantiert rein. — Hausfrauen! Wenn Sie wirklich schmackhaftes, frisches und reines Speise-Leinöl genießen wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das **Flaschen-Etiquett „Spreewälderin in Nationaltracht"** und fordern ausdrücklich **M. Krügers Speise-Leinöl.** Dasselbe ist in besseren Kolonialwaren- und Vorkostgeschäften zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, **M. Krügers Speise-Leinöl „Marke Spreewälderin"** nicht erhalten können, so bekommen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber sicher.
Engros-Lager Berlin SO., Skalitzer Straße 105.

Hygienische Bedarfsartikel, Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. **Apoth. S. Schweitzers** Fab. hyg. Präp., **Berlin O.,** Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.

Leih-Haus — Charlottenburg — **Friedrich-Karl-Platz 12**
Beleih. v. Brillant., Gold- u. Silbersach. Uhren, Büch., Wäsche, Kleidungsst. rc.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre †1

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Stalitzerstraße 40. 320K*

Gelegenheitskauf. Kleiderschrank, Vertiko, Bettstellen, Waschtoilette, Speisetisch, Stühle, Schreibtisch, Bücherschrank, Nußbaummöbel, Säulenspiegel, Garderobenspind, Ankleidespind, Plüschsofa, komplette Wirtschaften, Küchenmöbel. Möbelspeicher Schillingstraße 15/16 (Nähe Große Frankfurterstraße). 3148*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 381K

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332K*

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich Chaiselongues 20, Schlafsofa 33, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Garnitur 75, Säulentrumeau 33, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 18, Muschelspind, Vertiko 30. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 2892K*

Winterpaletots, Schrockanzüge, Jackettanzüge, Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Pfänderverkauf, Verschiedenes spottbillig. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn.

Möbel auf Teilzahlung, Prinzenstraße 62. 111/4*

Leihhaus Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldsachen, Uhren, Ketten spottbillig zu jeder Gelegenheit. 2805K*

Milchgeschäftseinrichtungen. Milchkübel, -Kannen, -Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Michaelkirchstraße 21. 2758*

Möbeltischlerei liefert gediegen, Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Metallbetten, Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte. Schneider Kurfürstenstraße 179 (Dennewitzstraße). 638*

Möbel, G. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Ganz besondere Gelegenheit! Anzüge und Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. J. Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. 327K*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lüdekes Auktions- und Möbelspeicher. Kostenloser Transport. Lagerung. 2568*

Möbelspeicher Brunnenstraße 182 Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Stücke, Säulentrumeau, Taschensofas, Muschelbetten, Englischbetten, Muschelvertiko, Teppiche, Muschelschrank 23,—, Spiegel, Spiegelspinden, Kommoden, moderne Küchen, Marmortoiletten, Ausziehtische, Sofatische usw., alles spottbillig. 328K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, Arkonaplatz 1. 315K*

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, bunte Küche 30,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische 28,—, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Wichtigste Offerte für Brautleute. Lennert, Lothringerstraße 55.

10,00, Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 58. 346K*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. 347K*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Kanarienvögel Wielefstraße 15, Flohr, Quergebäude. 3925*

Kinderwagen, Bettstellen, billigstes Spezialgeschäft. Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. †114

Inventur-Ausverkauf, Teppiche mit Farbenfehlern und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 3498*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,50 usw. 350K*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 351K*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,85, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 352K*

Tischdecken, Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 354K*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 355K*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 58. 326K*

Gaskocherhaus!!! Geschlossene Zweilochgaskocher! 5,00. Extragroße Spargaskocher! Gasbügelapparat! Gasplättetten! spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 3168*

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. Extraliste gratis. 1078*

Große Diwandecken 4,35, Karamani, doppelseitig 7,50, Pa. Plüsch 23,50, Diwanrückwände, reichgestickt, 3,85. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Möbelfabrik H. Rolle, Tischlermeister, liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen der Kasse und auf Teilzahlung zu billigsten Preisen. Berlin N., Zionskirchstraße 40. Telephon III 5562. 2818*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Staunend billige Herrenanzüge! Herrenpaletots! Extrabilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Sonntags ebenfalls geöffnet. †113

Ladentisch, Regal, sofort Schönhauser Allee 65, Quergebäude. 294/3

Halbrenner, 25,00, tadellos, selten gebotene Gelegenheit, verkauft sofort Horn, Koppenstraße 33. 4536

Pianino, hohes, kreuzsaitig 140,00 Mark, Turmstraße 8 I. 113/15

Herrenfahrrad, 1 Jugendrad, tadellos, erstklassig, Luxusmodell, sofort, jeden Preis. Beusselstraße 21, Verwalter. †80

Schlafzimmer, Büfett, Schreibtisch, moderne Küche, Gaskrone, Bilder, billigst. Fräulein Bölling, Kastanien-Allee 21, vorn I links.

Bohrmaschine, Arbeitstische für Klempner, Rundschnitte heute Dienstag spottbillig, von 9—12, 2—4, Kottbuserufer 33 II, Fabrikgebäude.

Schreibtisch, Spind, Bettstelle mit Matratze, Tisch, Spiegel verkauft Brückner, Rixdorf, Hermannstraße 50, vorn IV. †113

Zuchtgänse, Puten und Legehühner sind zu verkaufen Rudolfstraße 17. †123

6.50 prachtvolle Betten Dresdenerstraße 106, I links. 113/14

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 4525*

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft verkauft Gliese, Wittstockerstraße 22. †102

Restauration, zehnjährig, verkauft Eberswalderstraße 3. †122

Zigarrengeschäft umständehalber sofort billig zu verkaufen Ebertystraße 40. †30.

Milch- und Kolonialwarengeschäft wegen Krankheit verkäuflich, größerer nachweisbarer Ueberschuß. Bäckermeister Spanar, Johannisbußstraße 1.

Restauration, 1200 Mark, erforderlich 800 Mark, Tilsiterstraße 49.

Restauration, anschließende Wohnung, 2 Stuben, Kegelbahn, 6 Jahre Kontrakt, 1200 Miete, preiswert verkäuflich. Näheres Weihel, Richthofenstraße 21. †89

Wurst- und Buttergeschäft, 5 Jahre in einer Hand, auch für Nichtfachleute billig verkäuflich. Wilke, Beusselstraße 77. †128

Seifengeschäft verkäuflich Kopenhagenerstraße 42. 444b

Bäckerei, nur Ladengeschäft, billige Miete, Ueberschuß 3000, billig. Zu erfragen Seifenladen, Pietsch, Kommienerstraße 29 b. 38

Verschiedenes.

Teilnehmer, event. mehrere, mit kleinem Kapital, für Möbeltischlerei mit vorhandenen Maschinen. Günstige Gelegenheit. Offerten unter R. O. Expedition dieser Zeitung. 3976

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Weßel, Gitschinerstraße 94a. 2355K*

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21. Amt 3a, 4378. 145K*

Kunstkopierei von Frau Kolooß, Charlottenburg, Goethestraße 84, 1. *

Gesellschafts-Anzüge verleiht billigst Kaufhaus für Monatsgarderobe, Große Frankfurterstr. 93.

Hausdiener! Alte Packleinewand, Emballage kauft laufend zu besten Preisen Hasenfelle-Export-Gesellschaft, Brandenburger Ufer 2. †92*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 3008*

Tanzesfreudige Herren als Mitglieder erwünscht. Näheres Mittwoch abend Restaurant Nitschke, Reichenbergerstraße 66. 4495

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Bücher, alte, Lexika und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Oranienstraße 138. 451b*

Vermietungen.

Soldinerstraße 31 Läden und Wohnungen zu vermieten. †116

Geschäftskeller mit Wohnung und großem Nebenraum, bisher Kohlengeschäft, Hollmannstraße 13, billig. Näheres Barbierladen. 381b*

Sommerlokal verpachtet Platz für Karussell billig. Görke, Kaulsdorf, Restaurant Jägerheim. 4595

Wohnungen.

Soldinerstraße 9 Vorderwohnung, 2 Stuben, Küche, Balkon 32,00; Stube, Küche, Balkon 25,50 bei Siender. 333K*

Soldinerstraße 6 Vorderwohnung, 2 Stuben, Küche, Balkon 31,00; Stube, Küche, Balkon 25,00 bei Schnaak. 334K*

Grünthalerstraße 42 Vorderwohnung, 2 Stuben, Küche, 2 Balkone 33,50; Hofwohnung Stube, Küche, Balkon 20,00 bei Stange. 335K*

Reinickendorf-W. billige, kleine Wohnungen 1. April zu vermieten Augusta-Viktoria-Allee 33. †98*

Große zweizimmerige Vorderwohnung, schöne Aussicht, große einzimmerige Hinterwohnungen, reichlich Zubehör, Pappelallee 76. †122*

Sofort oder später Stube, Küche, Zubehör 19,00, Kaiserfriedrichstraße 69 — Querstraße Schönhauserallee —, Wirt. †122

Stuben und Küchen zu vermieten, 23 Mark, Alt-Boxhagen 28. †124

Zwei Stuben, reichlich Zubehör, billig. Wilhelm Meißner, Helmholtzstraße 35, Restaurateur. †20*

Zimmer.

Herrenlogis frei, Monat 4,00, Wochenzahlung, Kastanienallee 102, Seitenflügel IV. †122

Möbliertes Vorderzimmer sofort, ungeniert. Dröseler, Rigaerstraße 12.

Möbliertes Vorderzimmer, zwölf Mark einschließlich, Rixdorf, Emserstraße 77 IV, geradezu. †113

Schlafstellen.

Freundlich möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Vorderzimmer. Becker, Niederbarnimstraße 24. †124

Möblierte Schlafstelle, Balkonzimmer, 2 Herren oder Damen, Frau Treppe, Oderbergerstraße 31, III.

Möblierte Schlafstelle, Hureingang, Wallstraße 35, vorn III. 4565

Schlafstelle, Mädchen, Soldinerstraße 66, Dünzel. †60

Freundliche Schlafstelle vermietet Frau Igler, Wendenstr. 9, vorn III, am Görlitzer Bahnhof. 3726*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1466b

Stellenangebote.

Stempelsetzer verlangt P. Herm. Schultze, Ritterstraße 11. 113/11

Farbigmacher oder Farbigmacherin, eingeübt auf Spiegelleisten, verlangen Gaugitz u. Taenzer, Kastanienallee 79. †122

Buchdrucker- und Schriftsetzerlehrling finden gute Lehrstelle Regnitzerstraße 15. 456b

Schlosserlehrling bei hoher Vergütung zum 1. April gesucht. B. Baum, Elisabethufer 5/6. 3635*

Formerlehrlinge, Dreherlehrlinge, Ziseleurlehrlinge, Schleiferlehrlinge verlangt Speck, Lützowstraße 2.

Hausreinigung mit Geschäftskeller und Wohnung, bisher Beschlanstalt, Hollmannstraße 13. Näheres Barbierladen. 457b

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Stralauerstraße 20 (Tour Stralauer Allee). *

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. 113/12*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Meldungen Schützenstraße 24/25, Hof geradezu parterre. 113/13*

Verkäuferinnen für unsere Abteilung Betten und Bettfedern zum baldigen Antritt bei hohem Gehalt gesucht. Es werden jedoch nur branchekundige Damen berücksichtigt, welche bereits längere Zeit in lebhaften Detailgeschäften tätig waren. Meldungen vormittags von 11—12 Uhr. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 365K

Näherinnen für unsere Damen-Konfektion zum sofortigen Antritt bei hohem Gehalt verlangt. Meldungen von 11—12 Uhr vormittags. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21—24. 366K

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Wegen Streik und Differenzen ist gesperrt:

Für **Tischler, Polierer, Lackierer und Maschinenarbeiter:**

Dischlolt, Admiralstraße 18.

79/131 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Fliesenleger!

Die Firma **Otto Kamin, Schöneberg,** Schwäbischestraße Nr. 1, ist wegen Lohndifferenzen für sämtliche Fliesenleger gesperrt.

Die Bauten liegen:
Ebersstr. 21, Schöneberg.
Augsburgerstraße, Bau **Kuttner.**
Viktoriastr. 30.
Mündenerstraße, Charlottenburg, Bau **Richter.**
Breitestraße, Schmargendorf, Bau **Fiedler.**
Theklastraße 6, Groß-Lichterfelde, Bau **Borchardt.**

Der Sektionsvorstand und die Freie Vereinigung der Fliesenleger.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.